

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Die gehorsamsten deutschen
Erfüllungsgehilfen und
willigsten Handlanger
der satanischen
Neuen Weltordnung**

Sonderheft Nr. 3



**Die
gehorsamsten deutschen Erfüllungsgehilfen
und
willigsten Handlanger
der
satanischen Neuen Weltordnung**

Sonderheft Nr. 3

Deutsche NWO-Marionetten

| <u>Inhaltsverzeichnis</u> | Seite |
|---|--------------|
| Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der satanischen Neuen Weltordnung: Franz von Papen | 3-7 |
| Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der satanischen Neuen Weltordnung: Adolf Hitler | 8-36 |
| Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der satanischen Neuen Weltordnung: Willy Brandt | 37-45 |
| Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der satanischen Neuen Weltordnung: Helmut Kohl | 46-50 |
| Gehorsame Erfüllungsgehilfin und willige Handlangerin der satanischen Neuen Weltordnung: Angela Merkel | 51-93 |
| Schlußbemerkungen | 94-95 |
| Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis | 96-98 |

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der satanischen Neuen Weltordnung: Franz von Papen

Wenn man einmal das Böse bei sich aufgenommen hat, verlangt es nicht mehr, daß man ihm glaubt.

Franz Kafka (1883-1924, österreichischer Schriftsteller)

Franz von Papen (1879-1969, 1920-1932 Abgeordneter der Zentrumspartei im preußischen Landtag, 1923-1938 päpstlicher Geheimkämmerer, von Juni bis November 1932 Reichskanzler, ebnete 1933 Hitler den Weg zur Machtübernahme, 1933-1934 Vizekanzler, 1939-1944 Botschafter in der Türkei, 1946 im Nürnberger Prozeß freigesprochen).

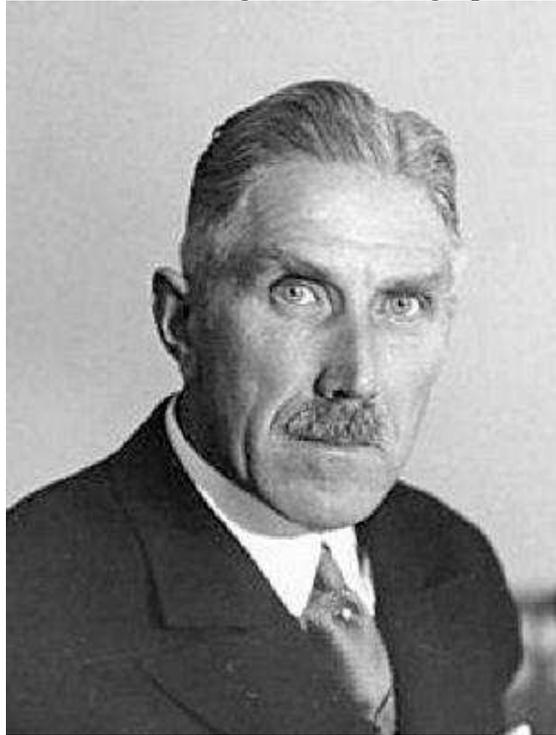


Abb. 63 (x017/2.859): Franz von Papen

Dr. Reinhard Barth schrieb später über Franz von Papen (x051/436): >>Papen, Franz von, geboren in Werl (Westfalen) 29.10.1879, gestorben in Obersasbach (Baden) 2.5.1969, deutscher Politiker; zunächst Offizierslaufbahn, im 1. Weltkrieg Militärattaché in Mexiko und den USA, später bei den deutschen Streitkräften in der Türkei und Stabschef der 4. türkischen Armee in Palästina; 1920-32 für die Zentrumspartei im preußischen Landtag.

Auf dem äußersten rechten Flügel angesiedelt, Monarchist und Mitglied im exklusiven Herrenklub mit guten Beziehungen zur Industrie (durch Heirat mit einer Erbin der saarländischen Porzellanfirma Villeroy & Boch), geriet Papen bei der Präsidentenwahl 1925 in Gegensatz zu seiner Partei, als er Hindenburg statt des Zentrumskandidaten Marx unterstützte. 1932 war der Bruch vollständig: Reichspräsident Hindenburg hatte den Zentrumsmann Brüning entlassen und Papen am 1.6.32 zum neuen Reichskanzler ernannt.

Papens "Kabinett der nationalen Konzentration", wegen der vielen adligen Mitglieder auch als "Kabinett der Barone" verspottet, schlug, allein gestützt auf Notverordnungen des Reichspräsidenten, einen autoritären Kurs ein (u.a. Aufhebung des Verbots von SA und SS, Preußenschlag gegen die sozialdemokratische Minderheitsregierung Braun), der in der Auflösung des Reichstages nach Abstimmungsniederlage am 12.9.32 gipfelte. Da Neuwahlen im November 32 keine Mehrheit für ihn brachten und Hindenburg diktatorische Vollmachten versagte, trat Papen am 17.11.32 zurück und beteiligte sich fortan am Intrigenspiel, das schließlich Hitler zur Macht brachte.

Papen verabredete sich mit dem Führer der NSDAP bei einem Treffen im Hause des Bankiers Schröder (4.1.33) zum Sturz seines Nachfolgers Schleicher und zu einer gemeinsamen Kabinettsbildung. Seine Rechnung, vom Posten des Vizekanzlers (ab 30.1.33) aus den Kanzler Hitler zu "zähmen", ging nicht auf; im Gegenteil bewirkte Papens und der anderen konservativen Minister Anwesenheit in der Regierung Hitler eine Aufwertung des Nationalsozialismus. Von großem Nutzen für Hitler war auch das von Papen vermittelte Konkordat mit der katholischen Kirche.

Papens Kampfansage an die radikalen Kräfte in der NSDAP (Marburger Rede 17.6.34) beschleunigte Hitlers Abrechnung mit der SA-Führung (Röhm-Affäre) und brachte den Vizekanzler zeitweilig selbst in Lebensgefahr, mehrere seiner Mitarbeiter, u.a. E. Jung, wurden ermordet. Im Juli 34 ging Papen als Botschafter nach Wien, wo er Juliabkommen und Anschluß vorbereiten half. 1939-44 war er Botschafter in Ankara.

1946 sprach ihn der Nürnberger Militärgerichtshof im Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher frei, eine deutsche Spruchkammer dagegen verurteilte ihn 1949 zu acht Jahren Arbeitslager, die allerdings durch vorherige Haft als verbüßt galten.

Seine Autobiographie "Der Wahrheit eine Gasse" (1952) zeigte keinerlei Einsicht in die verhängnisvolle Rolle, die er bei der Liquidierung der Weimarer Republik und der Etablierung des nationalsozialistischen Unrechtsstaates gespielt hatte.<<

Der rechte Zentrumspolitiker Franz von Papen (Monarchist mit guten Beziehungen zur deutschen Industrie) wurde am 1. Juni 1932 durch Reichspräsident Hindenburg zum neuen deutschen Reichskanzler ernannt. Papen, der höchstens von 10 % der Reichstagsabgeordneten unterstützt wurde ("Kabinett der Barone"), regierte zwangsläufig nur mit Notverordnungen.

Der Staatsstreich in Preußen

Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich (sogenannter "Preußenschlag") in Preußen durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand beseitigen bzw. absetzen ließ.

Reichskanzler Franz von Papen begründete die widerrechtliche Amtsenthebung der preußischen Landesregierung später mit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten sowie Prügeleien, die während der preußischen Parlamentsdebatten von den Nationalsozialisten und Kommunisten provoziert wurden). Durch die Ausschaltung der seit jeher besonders verfassungstreuen preußischen Regierung und der äußerst disziplinierten preußischen Beamtenorganisationen (Polizei und Verwaltung) wurden die letzten gefährlichen Gegner der NSDAP gewaltsam aus dem Weg geräumt.

Nach dem Staatsstreich (sogenannter "Preußenschlag") verhängte Reichskanzler von Papen den Ausnahmezustand über Berlin sowie die Provinz Brandenburg und übernahm als "Reichskommissar" die Führung des preußischen Ministerpräsidiums.

Anstatt diesen Staatsstreich gewaltsam niederzuschlagen, rief die preußische Regierung damals nur den deutschen Staatsgerichtshof an. In der Folgezeit wurden in Preußen ungezählte "unbequeme Mitarbeiter" aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".

Mit diesem Verfassungsbruch bzw. Hochverrat versuchte Reichskanzler von Papen jedoch vergeblich, Hitler für die Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen.

Joseph Goebbels berichtete am 20. Juli 1932 in seinem Tagebuch (x034/604): >>Alles rollt programmgemäß ab.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Preußenschlag" (x051/455-456): >>Preußenschlag, Bezeichnung für die Amtsenthebung der preußischen Regierung unter Ministerpräsident O. Braun (SPD) durch den Reichskanzler Papen am 20.7.32. Bei den Landtagswahlen am

24.4.32 hatte die Weimarer Koalition (aus SPD, Zentrum und Staatspartei) die Mehrheit im preußischen Landtag verloren. Dennoch blieb die seit dem 6.4.25 amtierende, aus Ministern dieser Parteien gebildete Regierung Braun als geschäftsführend im Amt.

Mit der Begründung, in Preußen sei die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die bürgerkriegsartigen Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten - ihr Höhepunkt: der Altonaer Blutsonntag am 17.7.32 - gefährdet, enthob Papen durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten am 20.7. alle preußischen Minister (Braun selbst befand sich aus Krankheitsgründen seit dem 6.6. nicht mehr im Amt), den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski und den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Heimannsberg ihrer Ämter, machte sich selbst zum Reichskommissar in Preußen, den Essener Oberbürgermeister Bracht zu seinem Stellvertreter und zum Innenminister und übertrug diesem die Regierungsgewalt in Preußen.

Der Staatsstreich in Preußen war eine "Vorleistung" Papens für Hitler, mit der er diesen und die NSDAP zur Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen hoffte. Er beseitigte mit der demokratischen Regierung im größten deutschen Land eines der wichtigsten und letzten Bollwerke der Republik und ebnete so der NSDAP den Weg zur Machtergreifung.

Statt sich dem Preußenschlag mit Gewalt zu widersetzen, rief die preußische Regierung nur den Staatsgerichtshof an, der zwar am 25.10.32 feststellte, die Regierung Braun befinde sich weiter im Amt und könne Preußen im Reichsrat vertreten, ansonsten aber den Preußenschlag für rechtmäßig erklärte; endgültige Absetzung Brauns am 6.2.33 durch Verordnung des Reichspräsidenten.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den "Preußenschlag" (x063/569-570): >>Der 20. Juli war der Schicksalstag der Deutschen Republik. Alles spätere baut folgerichtig darauf auf. Nur offener Widerstand unter Führung der preußischen Regierung hätte das Unheil abwenden können.

Die Regierung hätte sich auf die Gewerkschaften, die Arbeiterschaft, den überparteilichen Schutzbund zur Verteidigung der Republik, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die preußische Polizei und auf die Unterstützung anderer deutscher Länder verlassen können.

Die Staatsregierungen, mit denen sogleich Verhandlungen aufgenommen wurden, waren um so bereiter zur Zusammenarbeit, als sie erkannten, daß auch ihre Stellung durch Papens Staatsstreich gefährdet war. Der hessische Minister Wilhelm Leuschner lud ... die preußische Regierung nach Darmstadt ein. Die Stadt lag innerhalb der entmilitarisierten Zone, die die Regierung Papen damals zu verletzen nicht gewagt hätte.

Als eine Art von Exilregierung auf deutschem Boden sollte das preußische Kabinett von Darmstadt aus den Aufruf an alle deutschen Regierungen und verfassungstreuen Kräfte richten, sich gegen Papen zusammenzuschließen. Die bayerische Staatsregierung hatte ... bereits zugesichert, sie würde dann sofort ablehnen, die von Papen Ernannten im Reichsrat als rechtmäßige Vertreter Preußens anzuerkennen.

Den preußischen Ministern kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie das Unrecht kampflos hinnahmen. Sie wollten kein Blut vergießen, sagte Innenminister Carl Severing. Aber verhältnismäßig geringe Opfer zu jener Zeit hätten Deutschland und der ganzen Welt später Hekatomben von Blut erspart.

Die preußischen Minister haben in edlem, aber wirklichkeitsfremdem Vertrauen auf die Demokratie gemeint, die Reichstagswahlen vom 31. Juli würden die Regierung Papen wiederum in eine so hoffnungslose Minderheit versetzen, daß es mit ihrer Macht ganz von selber zu Ende sei. Das stellte sich bald als Illusion heraus. ...<<

Franz von Papen trat am 17. November 1932 mit seinem gesamten Kabinett zurück.

Papen traf sich am 4. Januar 1933 mit Hitler im Haus des Bankiers Schröder in Köln, um über die Bildung einer gemeinsamen Regierung zu verhandeln (x054/209).

Der Kölner Bankier Freiherr Kurt von Schroeder berichtete später über dieses Gespräch vom 4. Januar 1933 (x243/38-39): >>... Papen (führte) aus, daß er (es) für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente ... zusammen mit den Nazis vertreten seien. Er schlug vor, daß diese neue Regierung womöglich von Hitler und von Papen zusammen geführt werden sollte. ...

Hitler ... sagte, daß, wenn er zum Kanzler ernannt würde, Anhänger von Papen als Minister an seiner (Hitlers) Regierung teilnehmen könnten. ... Er skizzierte Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland. ...

Von Papen und Hitler erzielten keine prinzipielle Einigung. ...

Diese Zusammenkunft wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. ... Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft. ... Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange an der Macht bleiben würde. ...

Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten ... eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen. ... Weiterhin erwartete man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen ... (entstehen) würde. ...

Zu erwähnen (sind) eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht ... auf 300.000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen und die Kredite, die der öffentlichen Hand ... gegeben werden sollten. Aufträge zur Verbesserung der Reichsbahn, und Förderung (von) Automobil- und Flugzeugbau. ...

Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. Es war klar, daß in einem starken Deutschland auch die Wirtschaft aufblühen werde. ... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt. ...<<

Papen vertrat damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarteten. Obwohl Papen Hitlers radikale Absichten längst kannte, machte er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen. Nach stundenlangen Gesprächen wurde der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Franz von Papen erklärte damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete Hindenburg gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein. Der Untergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

NS-Vizekanzler Franz von Papen verhandelte später mit der katholischen Kirche über den Abschluß eines Konkordats. Am 20. Juli 1933 schlossen Papst Pius XI. und das NS-Regime in Rom ein feierliches Konkordat. In diesem Vertrag garantierte der NS-Staat der katholischen Kirche u.a. "die Freiheit des Bekenntnisses und die Ausübung der katholischen Religion".

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. März 1957 blieb das Konkordat für die Bundesrepublik Deutschland weiterhin gültig.

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über das Abkommen zwischen dem Vatikan und der NSDAP vom 20. Juli 1933 (x1.001/7):

>>... Joseph Rovin (1918-2004, französischer Historiker und Journalist) ... kommentiert das diplomatische Abkommen zwischen dem Vatikan und dem faschistischen (nach dem Führerprinzip organisierten, nationalistischen, antidemokratischen, rechtsradikal regierten) Deutschen Reich am 20. Juli 1933:

"Das Konkordat (staatliches Abkommen mit dem Vatikan) brachte der, fast überall als aus Usurpatoren ("Thronräubern"), wenn nicht gar Banditen bestehend angesehenen, nationalsozialistischen Regierung die Zustimmung zu einem Vertrag mit der ältesten internationalen Macht (dem Vatikan). In gewisser Weise war es die Entsprechung einer Urkunde über internationale Ehrenhaftigkeit (... Der politische Katholizismus in Deutschland, Paris 1956, S. 231 ...)."

Somit unterstützte der Papst, nicht zufrieden mit seiner "persönlichen" Unterstützung Hitlers, auf diese Weise moralisch auch das faschistische Deutsche Reich!

Zur gleichen Zeit, als jenseits des Rheins der Terror zu regieren begann und stillschweigend akzeptiert und gebilligt wurde, hatten die sogenannten "Braunhemden" bereits 40.000 Personen in KZs gesteckt. Die Pogrome vermehrten sich, während der Nazimarsch: "Und wenn das Blut von den Messern spritzt, fühl' ich mich noch mal so gut." (Horst-Wessel-Lied) erklang.

In den folgenden Jahren sah Papst Pius XII. noch schlechter, ohne beunruhigt zu sein. Es ist nicht überraschend, daß die katholischen Oberhäupter Deutschlands in ihrer Unterwürfigkeit gegenüber dem NS-Regime miteinander wetteiferten, ermutigt wie sie durch ihren römischen "Meister" waren. ...<<

Vizekanzler Franz von Papen gratulierte Hitler am 14. November 1933 während einer Sitzung des NS-Reichskabinetts zur erfolgreichen "Reichstagswahl" (x032/98): >>... Wir, Ihre nächsten und engsten Mitarbeiter, stehen noch vollkommen unter dem Eindruck des einzigartigsten, überwältigendsten Bekenntnisses, das jemals eine Nation ihrem Führer abgelegt hat.

In 9 Monaten ist es dem Genie Ihrer Führung und den Idealen, die Sie neu vor uns aufrichteten, gelungen, aus einem innerlich zerrissenen und hoffnungslosen Volk ein in Hoffnung und Glauben an seine Zukunft geeintes Reich zu schaffen.

Auch die, die bisher noch abseits standen, haben sich nun eindeutig zu Ihnen bekannt, weil sie fühlten, daß es ihr großer Wunsch war, alle Volksgenossen - gleich wo sie früher standen - unter Ihrer Führung zu vereinen.

Damit ist die nationalsozialistische Bewegung zum totalen Staat geworden. ...

Aus historischer Perspektive dieser Tage betrachtet, wird der 12. November ein Wendetag der deutschen Geschichte sein, weil von hier aus innere, soziale Wirkungen im Kampf für die abendländische Kultur weit über die deutschen Landesgrenzen hinaus ausstrahlen werden ...

Der Traum von den zwei Deutschlands, die man gegeneinander ausspielen könnte, ist endgültig ausgeträumt. ...<<

Franz von Papen wurde am 1. Oktober 1946 im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß nach 403 öffentlichen Sitzungen freigesprochen!

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über Franz von Papen (x1.001/7): >> ... Tatsächlich übertrug der Nachfolger Pius' XII., Johannes XXIII. (1881-1963), am 24. Juli des Jahres 1959 seinem persönlichen Freund Franz von Papen (1879-1969) den Ehrentitel eines päpstlichen Geheimkammerers (*Finanzbeamten*).

Dieser Mann war während des ersten Weltkrieges Spion in den Vereinigten Staaten und einer der Verantwortlichen für Hitlers Diktatur und den "Anschluß". Man muß unter einer seltsamen Art von Blindheit leiden um solche klaren Fakten nicht zu sehen. ...<<

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der satanischen Neuen Weltordnung: Adolf Hitler

Ja, es ist wahr, ihr müßt sterben, um aus eurem Schlummer zu erwachen. ... Ich heiße der Befreier, der zu früh kam, ich heiße Satan.

August Strindberg (1849-1912, schwedischer Dichter)

Adolf Hitler (1889-1945, lebte bis 1912 als Gelegenheitsarbeiter und Zeichner in Wien, nahm als Gefreiter im deutschen Heer am Ersten Weltkrieg teil, nach dem gescheiterten Putsch in München vom 8./9.11.1923 zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt, bereits im Dezember 1924 aus der Haft entlassen, erhielt am 25. Februar 1932 nach mehreren vergeblichen Versuchen die deutsche Staatsbürgerschaft, wurde am 30.1.1933 von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt).

Der deutsche Historiker Harald Steffahn schrieb später über Adolf Hitler (x051/260-263):
>>Hitler, Adolf ... Der Begründer und Zerstörer des großdeutschen "Dritten Reiches" kam am 20. April 1889 im österreichischen Braunau am Inn zur Welt und endete am 30. April 1945 durch eigene Hand im Bunker unter der Reichskanzlei. ...

Der Vater Alois Hitler war österreichischer Zollbeamter, geboren als Schicklgruber, später legitimiert. Die Vaterschaft (Großvater Adolf Hitlers) ist wegen dichter Inzucht nicht zweifelsfrei geklärt, doch können langwährende Spekulationen über jüdische Beimischung ("Frankenberger") seit den Forschungen von Werner Maser als haltlos gelten.

Alois Hitler war strebsamer Autodidakt, wollte seine Lebenserrungenschaft des gesicherten Beamtentums in Adolf fortgesetzt sehen; dieser jedoch wehrte sich. Daraus erwachsen schwere Spannungen zwischen dem autoritären Vater und dem Sohn; dagegen bestand jedoch eine starke Mutterbindung Adolfs (Klara, geborene Pölzl). Der Vater starb schon 1903, so daß das herrische Hausregiment im 14. Lebensjahr Hitlers endete.

Hitler war zu jenem Zeitpunkt auf der Realschule – nach wiederholten Orts- und Schulwechseln (Passau, Lambach an der Traun, Leonding bei Linz, Stadt Linz) – und wechselte dann auf die Oberrealschule in Steyr an der Enns. Hier brach der 16-Jährige die Schulerziehung nach dem 9. Schuljahr ab (1905). Beste Note im Abgangszeugnis: "Vorzüglich" im Turnen und Freihandzeichnen (Bestätigung für den Berufswunsch Künstler).

Nach zwei Jahren tatenloser Muße im Haus der Mutter in Linz bewarb Hitler sich an der Wiener Kunstakademie, fiel aber durch, weil die Begabung nicht ins Malerische wies, sondern ins Baufach. Für dieses Studium fehlte Hitler jedoch das Abitur.

Nach dem Tod der Mutter 1907 und einem zweitem vergeblichen Anlauf bei der Kunstakademie lebte Hitler schließlich ohne Ausbildung in Wien. Sein Lebensunterhalt setzte sich zusammen aus dem Vertrieb selbstgefertigter Architektur-Ansichtskarten, dem Vermögensanteil der Eltern (zusammen mit einer Schwester und zwei Halbgeschwistern) sowie der Waisenrente.

Neben die Kunst trat zunehmend das "Interesse für alles, was mit Politik zusammenhing". Hitler war in Linz schon durch seinen Geschichtslehrer Leopold Poetsch deutschnational und antihabsburgisch beeinflusst worden. Um nicht unter Habsburg dienen zu müssen, entzog er sich der Wehrpflicht durch mehrere kurzfristige Wohnungswechsel.

Er bewunderte den fanatischen Alldeutschen Schönerer, der die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Reich unter Ausschluß aller nicht-deutschen Reichsteile verfocht. Hitlers großdeutsche, alldeutsche Gesinnung schloß zwei andere Elemente ein: Antimarxismus (als Absage an übernational-sozialistische Verbrüderung) und Antisemitismus (als Ablehnung "undeutscher" Volkselemente).

Er siedelte im Mai 13 nach München über, um dem Nachspüren der Militärbehörden zu entgehen, wurde dort entdeckt und zur Nachmusterung nach Salzburg zitiert, jedoch vom Wehr-

dienst befreit ("Zu schwach. Waffenunfähig"). Meldete sich bei Kriegsausbruch im August 14 sofort zur bayerisch-deutschen Armee.

1914-18 war Hitler, zum Gefreiten befördert, Meldegänger beim Infanterieregiment 16 (List). Auszeichnung mit dem EK I (August 18), das Mannschaftsdienstgraden selten verliehen wurde. Einhellige Zeugnisse über Hitlers Tapferkeit, doch "keine entsprechenden Führeigenschaften", um befördert zu werden. Auch habe Hitler nicht befördert werden wollen. Oktober 18 Gasvergiftung in Flandern; vorübergehend erblindet ins Lazarett Pasewalk/Pommern.

In Pasewalk erlebte Hitler das Kriegsende und faßte den Entschluß, "Politiker zu werden", um die "Schmach" der Kapitulation zu rächen ("Mein Kampf"); er glaubte fest an den "Dolchstoß" der marxistisch verseuchten Heimat in den Rücken der unbesiegten Front.

Im Mai 19 stellte sich Hitler der Reichswehr zur Verfügung und fiel Vorgesetzten als "national zuverlässig" auf. Erste Rednererfolge hatte er im Lager Lechfeld vor heimgekehrten Kriegsgefangenen, die revolutionär anfällig waren.

12.9.19: Hitler sollte über eine der zahllosen Münchner Rechtsparteien und -gruppen, die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), aus eigener Anschauung berichten. Er fiel dort durch einen leidenschaftlichen Diskussionsbeitrag auf und trat nach einiger Bedenkzeit dieser Partei als 55. Mitglied bei; Funktion: Werbeobmann. In einer noch ganz unbekanntem Partei sah er ein formbares Instrument für seine Zwecke – statt des Hochdienens in einer der altetablierten. Dies war der Beginn von Hitlers Karriere.

Sofort entfaltete er eine lärmende Öffentlichkeitsarbeit. Organisatorisch einfallsreich, demagogisch geschickt, rednerisch aufhetzend in radikaler Schwarz-Weiß-Manier, alle Übel auf einfache Formeln und klare Schuldzuweisung verdichtend ("Novemberverbrecher", "Schandvertrag von Versailles", "internationales Judentum"), zog er wachsende Zuhörerscharen an die DAP heran. Deren Umbenennung in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) erfolgte im Februar 20. Zugleich wurde das 25-Punkte-Programm der NSDAP verkündet – ohne wesentliche Beteiligung Hitlers.

Inhaltlich aber war das Programm seinem Weltbild gemäß, besonders hinsichtlich der Punkte 1 (Großdeutsches Reich), 2 (Ausschluß der Juden besonders aus öffentlichen Ämtern und der Presse). Im Juli 21 riß er die Parteiführung an sich. Ergebene Anhänger leiteten den Führerkult ein, die NSDAP verbreitete sich organisatorisch in ganz Deutschland.

Der nationalistische Konfrontationskurs der bayerischen Landesregierung (Ritter von Kahr) gegen die Reichsregierung, unter deutlich hochverräterischen Tendenzen, ließ Hitler die Kräfteverhältnisse im Reich falsch einschätzen. Er hielt die Zeit reif für den Umsturz, wollte dabei Kahrs mutmaßliche eigene Absichten – ihm zuvorkommend – für sich nutzen, ihn also "rechts überholen".

So kam es am 8./9.11.23, übereilt und mangelhaft vorbereitet, zum Hitlerputsch. Der nachfolgende Prozeß glich streckenweise einer Farce, da die Richter Hitler weltanschaulich nahestanden und ihm ausgiebige Selbstdarstellung erlaubten. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Festungshaft mit Aussicht auf vorzeitige Entlassung.

In Landsberg am Lech diktierte der Vorzugshäftling den 1. Band von "Mein Kampf". Zur Rassenfrage heißt es darin, die nationalsozialistische Bewegung müsse das Judentum, "den bösen Feind der Menschheit, als den wirklichen Urheber allen Leides, dem allgemeinen Zorne weihen"; die künftige "Lebensraum-Politik" wird vorgezeichnet mit dem Satz: "Wenn wir heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken." Unbeirrt also von seiner politischen Niederlage und ohne jede Erfolgsaussicht entwarf Hitler selbstbewußt sein Zukunftsprogramm (Weltanschauung Hitlers).

Nach neun Monaten freigelassen, gründete er die zerfallene nationalsozialistische Bewegung 1925 neu. Richtungskämpfe zwischen Nord und Süd entschied er gegen Gregor Strasser und

Joseph Goebbels in Bamberg mit klarem Sieg für sich (Februar 26).

Hitler gewann danach Goebbels als Parteigänger und schickte den fähigen Organisator und Demagogen als Gauleiter nach Berlin. Insgesamt waren diese Jahre infolge relativer wirtschaftlicher Erholung Deutschlands die politisch erfolglosesten für Hitler.

Dies erweist: Die NSDAP war eine Krisenpartei. Sie warb weniger durch überzeugendes Ideengut für sich als durch radikale Absage an das "System" von Weimar, war Ausdruck gebündelten Unmuts.

Erst die Weltwirtschaftskrise ab Herbst 29 brachte ihr die zweite, entscheidende Aufschwungphase mit sprunghaften Zuwachsraten an Mitgliedern und Wählern: all jene, die zweifelten, daß die parlamentarische Demokratie die Not meistern könne. Hitler, der aus dem ersten Fehlschlag gelernt hatte, wollte die Republik mit ihrem eigenen Instrumentarium – legal – erobern (Legalitätseid 1930). Er wurde erst jetzt über einen fiktiven Posten als Regierungsrat in Braunschweig deutscher Staatsbürger und errang im Frühjahr 32 bei der Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten einen Achtungserfolg (über 13 Millionen Stimmen) gegen den siegreichen Hindenburg.

1932 wurde die Republik unregierbar. Gegen die NSDAP als stärkste Reichstagsfraktion und gegen die gleichfalls total verneinende KPD war keine gesetzesfähige Mehrheit aufzubringen; und dies vor dem Hintergrund von sechs Millionen Arbeitslosen.

Reichspräsident Hindenburg, nach zwei glücklosen Kanzlerernennungen (Papen, Schleicher), überwand unter dem Einfluß engster Berater (Machtergreifung) sein Zögern gegenüber Hitler, dessen Person und Zielen er mißtraute, dessen nationalem Vokabular und soldatischer Gesinnung er andererseits nahe stand. Am 30.1.33 ernannte er Hitler zum Reichskanzler.

Hitlers Kabinettbildung zeigte taktische Rücksicht. Bei nur zwei nationalsozialistischen Ministern herrschten die Konservativen vor, mit Papen als Vizekanzler. Doch mit einem Parteigenossen im Innenressort (Frick) verfügte Hitler über die Polizei und damit über einsetzbare Macht.

Noch war Deutschland ein Vielparteienstaat, der 30. Januar nur eine erste Zäsur. Aber Hitler betrieb einen hemmungslosen Wahlkampf für den 5.3.33. Der Reichstagsbrand (27.2.) als Tat des Einzelgängers van der Lubbe wurde blitzartig für die eigene Positionsstärkung genutzt (Reichstagsbrandverordnung); die Theorie kommunistischer Verschwörung diente zu einer Verhaftungswelle und praktischen Beseitigung der KPD. Die neuen Reichstagsmandate wurden sofort kassiert. Nur dadurch gelang das Erreichen einer knappen absoluten Mehrheit für die NSDAP.

Volle Handlungsfreiheit errang Hitler erst durch das Ermächtigungsgesetz (23.3.), das die Machtergreifung vollendete. Hitler fing Zeitbedrängnisse, die sein Weltbild zu bestätigen schienen, auf, setzte sie rednerisch-suggestiv um und warf sie verstärkt ins öffentliche Bewußtsein zurück: ruinöse Siegerpolitik, Massenelend, parlamentarische Pattstellungen, Verdruß an der Demokratie mit ihrem versagenden Instrumentarium, geschädigtes nationales Selbstwertgefühl (das er reaktivierte), Bolschewismusängste (denen gegenüber die Nationalsozialisten als geringeres Übel erschienen), Führersehnsucht als Kaiser-Ersatz.

Hitler reproduzierte alle Unlustgefühle und Ressentiments mit versimpelndem, durchsichtigem Staatsverständnis und fest umrissenen Feindbildern (Juden, Marxisten). Mit den größten demagogischen Methoden agierend, von charismatischer Ausstrahlung, zeigte er sich als Meister psychologischer Massenführung.

Durch Hitlers Diktatur wurde sein Leben in den letzten zwölf Jahren mit der politischen Geschichte Deutschlands nahezu identisch. War er im Persönlichen schon immer seltsam farblos gewesen, so ging sein Leben von jetzt an vollends im Staat und seinen Zwecken auf. Die Privatsphäre, obwohl vorhanden, zeigte – mit seiner Geliebten Eva Braun auf dem Obersalzberg – eintönige Geselligkeit und später im Hauptquartier endlose Monologe in der Tischrunde

gläubig-ergebener Statisten (Tischgespräche).

Zum persönlichen Bild Hitlers gehört freilich auch – neben der österreichischen Galanterie Frauen gegenüber – eine im engsten Kreis sympathisch wirkende, hausväterliche Fürsorge und Aufmerksamkeit, welche sogar fanatische Vorurteile außer Kraft setzen konnte: so in den Schutzversprechen für seinen als "nichtarisch" entlarvten früheren Fahrer Emil Maurice und für seine unter gleichem Makel entlassene Diätköchin.

Die Forschungsstreitfrage, wieweit Hitler nur Exponent nationalsozialistischer Herrschaft – bei selbständig operierenden Machtkreisen – gewesen sei oder alleiniges Willenszentrum, bereitet keine Deutungsnot, wenn sie richtig gestellt wird: Nach der Röhm-Affäre, der dritten gewonnenen inneren Machtauseinandersetzung nach den zwei Auflehnungen Gregor Strassers 1926 und 1932, erlebte Hitler keine Anfechtung weltanschaulicher Parteigänger mehr. Bis zuletzt wurden seine Entscheidungen von keiner Instanz angefochten, im jeweiligen Einzelfall auch nicht innerhalb der Wehrmacht (Putschversuche richteten sich gegen Person und System als Ganzes).

Andererseits ließ Hitler die Machtelite relativ frei gewähren. Innenpolitisch, wo er uninteressiert war, förderte und duldete er Rivalitäten und stand unangefochten über den zerstrittenen Konkurrenten. Hitler war Willenszentrum, delegierte aber viel. Er regierte kaum, (be)herrschte vielmehr. Weltanschauliche Hauptanliegen ("Endlösung", Kriegsende, Feldzüge) blieben letzte Alleinentscheidungen.

Durch beeindruckende Wirtschaftserfolge, anfänglich noch ohne Rüstung, verstärkte sich Hitlers Stellung im Volk so, daß er Millionen zur erlöserhaften Heilsfigur wurde. Das beweist zugleich, daß diese Diktatur, anders als die zeitgleiche Stalins, von der Mehrheit nicht als bedrückend empfunden wurde. Verfolgte Minderheiten und vielfältige Gruppen des Widerstands blieben isoliert, in Not, Angst und Ablehnung zugleich verbunden.

Den Höhepunkt der Popularität bewirkten die gewaltlosen Erfolge des Jahres 38: Anschluß Österreichs (März), Gewinnung der Sudetengebiete durch das Münchener Abkommen (September).

1939 konzentrierte Hitler seinen Lebensplan auf zwei ideologische Hauptachsen: Rasse und Raum. Seit der Kristallnacht (November 38) beschleunigten etliche Erlasse die innere Ausbürgerung der deutschen Juden aus der gedachten Volksgemeinschaft "deutschen Bluts"; und: Infolge der lange duldenden britischen Politik des Appeasement glaubte er, seine Gewalt voraussetzenden Nahziele – u.a. "Zerschlagung der Tschechoslowakei" – rascher ansteuern zu können als in der Hoßbach-Niederschrift (November 37) veranschlagt.

Alle Unternehmungen Hitlers ab 1938 scheinen nach den Selbstaussagen zudem unter dem Diktat der Lebensuhr gestanden zu haben ("... wenn ich gesund bleibe"); er war überzeugt, krank zu sein und nicht mehr viel Zeit zu haben.

Nach dem Einmarsch in Prag (März 39) und dem Ende der britischen Nachgiebigkeit schaffte der Nichtangriffsvertrag mit der UdSSR, nebst geheimem Zusatzprotokoll über die Aufteilung Ostmitteleuropas (August 39), die vermeintlich Glück verheißende strategische Ausgangslage. Damit war der Weg frei zum Einfall in Polen, wobei Hitler auf Stillhalten Englands spekulierte. Stalin hingegen rechnete durch den sicher erwarteten Krieg im Westen mit einer wechselseitigen kapitalistischen Selbstzerfleischung zum sowjetischen Vorteil. Er ahnte dagegen nicht, daß Hitlers Wehrmacht sich lange als unwiderstehlich erweisen und im Grunde gestärkt aus den Blitzkriegen 39-41 hervorgehen würde.

Der "Feldherr Hitler" war eine zwiespältige Erscheinung. Er konnte unkonventionell denken und war kühnen Operationsplänen geöffnet, so hinsichtlich des Angriffs durch die Ardennen im Mai 40 (Frankreichfeldzug). Auch förderte er mit dem Sinn für moderne Technik den kombinierten Bewegungskrieg von Land- und Luftwaffe.

Erst als die Gegner gleichzogen, später an Menschen und Material weit überlegen wurden,

wendeten sich Vorzüge in Schwäche. Jetzt fehlte dem Autodidakten die Denkschulung des Generalstäblers. Da er aber erfahrenen Rat nicht annahm wegen früherer Fehlvoraussagen der Militärs gegen seinen besseren Instinkt, häuften sich nun die Fehler. Alles selbst entscheidend, degradierte er seine Feldmarschälle zu Handlangern. In der Not der Abwehrschlachten kehrte er zu den Methoden des Stellungskrieges 14/18 zurück: Halten um jeden Preis. Unter dem veränderten Gesetz der Bewegung von 39/45 und angesichts überdehnter Fronten und mangelnder Reserven beschleunigte dieses Rezept den Untergang.

Im Schatten des Weltanschauungskrieges im Osten (ab Juni 41) ließ Hitler seine wiederholten Drohungen gegenüber der "jüdischen Rasse in Europa" wahr werden. Das furchtbarste Ausrotungsprogramm der Weltgeschichte begleitete die Jahre 41-45, Jahre, in denen Rassenwahn und Lebensraum-Utopie zeitlich und räumlich ineinanderliefen. Der Auftrag zur Endlösung der Judenfrage und der Eroberungskrieg gegen Rußland unter Vertragsbruch waren für Hitler die historischen Vollzugsmeldungen zur Programmatik von "Mein Kampf".

Inmitten millionenfachen Todes anderer blieb der Urheber trotz mehrerer geplanter und vollendeter Attentate nahezu unversehrt. Hitler starb von eigener Hand in den Trümmern dessen, was einmal seine Weltmetropole "Germania" hätte werden sollen, nachdem er zuvor im Führerbunker Eva Braun geheiratet hatte. Seine letzte politische Willenserklärung (Testament) verlangte "unbarmherzigen Widerstand gegen die Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum". ...<<

Hitlers ausländische Förderer

Obwohl Hitlers Antisemitismus und Kriegspläne bereits seit der Veröffentlichung seines Buches "Mein Kampf" im Jahr 1925 bekannt waren, wurde die rechtsradikale NSDAP nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle, finanziell unterstützt. Adolf Hitler wurde praktisch von der Wall Street gekauft, um als gehorsamer Erfüllungsgehilfe und Handlanger den Zweiten Weltkrieg zu beginnen und die totale Vernichtung des Deutschen Reiches einzuleiten.

Agenten des preußischen Innenministers Severing berichteten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle, finanziert wurden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219-226): >>Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So

fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist. Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat - die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche Heeresverwaltung.

Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?

So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.

Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zutreffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.

"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert; und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".

Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O. M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".

Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege mit, einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld.

Die etablierte Geschichtsschreibung, die mitunter so überheblich wie unlauter auf Objektivität insistiert, vernachlässigt noch immer gerade die wirtschaftlichen Komponenten im globalen Beziehungsgeflecht, die ökonomischen Faktoren als bestimmende Antriebskräfte, und spart die Manipulationen des multinationalen Geldgesindels gewöhnlich gänzlich aus. Sie dient meist mehr der Verschleierung geschichtsentscheidender Züge als deren Aufdeckung, dient mehr den herrschenden Strömungen und Potentaten als der echten Kritik.

Man denke doch nur an die deutsche Geschichtswissenschaft dieses Jahrhunderts! ...

Hitlers inländische Unterstützungen reichten in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bei weitem nicht aus, auch nicht die Gelder, die für ihn der Bankier und spätere Parteigenosse SS-Brigadeführer Freiherr von Schröder und die Ruhrindustrie natürlich zu ihren Gunsten mobilisierten.

Auch ein weiterer Großkapitalist wurde zur Rettung Deutschlands aktiv. 1929 appellierte Alfred Hugenberg in einem Rundschreiben an 3.000 US-Millionäre, das drohende Chaos in Deutschland abzuwenden. Bis 1918 Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, dann eigener Konzernchef, eine Art Axel Springer der Weimarer Republik, kooperierte Hugenberg zeitweise eng mit Hitler, wurde 1933 Reichswirtschafts- und -ernährungsminister und blieb, bald zurückgetreten, bis 1945 Mitglied des Reichstags.

In seinem Brief an die US-Millionäre beschwor der Konzernherr bereits die Gefahr eines Krieges mit der Sowjetunion und machte klar, offenbar eigentliches Ziel der Agitation, daß man Geld brauchte für eine Partei, die wieder aufrüstete. Er schloß seinen Appell: "Unsere Sa-

che ist die Ihre".

Hugenbergs Aufruf verhallte jenseits des Atlantik nicht ungehört. Es war das Jahr der heraufziehenden großen Wirtschaftspanik, die US-Stahlkonzerne lagen darnieder. Wie hätte da nicht das mit einer deutschen Aufrüstung verbundene Geschäft verlocken sollen! Zwar hatte die Weimarer Republik die Remilitarisierung bereits eingeleitet, doch im großen Stil konnte man dies wohl erst von dem Heil- und Siegbringer aus Braunau erhoffen.

Daß Hitler die Mittel für seine äußerst intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren weder aus den Beiträgen seiner Genossen noch von den Geldern der deutschen Industrie bestreiten konnte, hatten aufmerksame Beobachter bemerkt. Diese Finanzquellen waren nach Feststellungen der Preußischen Polizei im Sommer 1930 stark zurückgegangen. Doch gab es neben der Parteikasse noch einen Geheimfonds, und amtliche Stellen Berlins hatten auch Hitlers Finanzierung durch ausländische Geldgeber längst registriert.

Daß der deutsche "Führer" käuflich war, ist früh bekannt gewesen. Schon ein Prozeß im Sommer 1923 wegen der NSDAP-Finanzierung hatte ergeben, daß der Partei dreimal große Geldbeträge aus dem Saargebiet über die Deutsche Bank zugegangen waren. Nach Überzeugung des Gerichts stammten sie von amerikanischer Seite, dem Großindustriellen Henry Ford, der lebhaft eine deutsche Aufrüstung wünschte.

Agenten des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing ... hatten seit 1929 aber auch Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon beobachtet, Verhandlungen, die dort bis 1933 stattfanden. ...

Severing beauftragte Ende 1931 seinen Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachforschungen über Hitlers Vorleben und seine ausländischen Finanzquellen. Dabei ergab sich, das Geld für die aufwendige Nazipropaganda stammte "nur aus dem Ausland, insbesondere aus den USA". - Übrigens hatte Hitler auch einen großen Teil der Waffen für SA und SS nicht von der Reichswehr, sondern vom Ausland erhalten.

An den Konferenzen im Hotel Adlon waren beteiligt: "Bankier Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz. Auf deutscher Seite haben an den Verhandlungen teilgenommen Hitler, Göring, Georg Strasser, von Heydt, ein Berliner Rechtsanwalt L. ..."

Was aber bestimmte Warburg, den Treuhänder von Kuhn, Loeb & Co., von demselben Bankhaus also, das 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatte, nun Hitler zu finanzieren, und zwar mit der beträchtlichen Summe von 32 Millionen Dollar, 128 Millionen Reichsmark, die getarnt über verschiedene Banken, die Banca d'Italia, Rom, die Bank Mendelson & Co., Amsterdam und andere, in Hitlers Hand gelangten?

Nicht nur darüber hinterließ Unterhändler Warburg selbst Aufzeichnungen. Daraus ergibt sich, daß die US-Hochfinanz 1929 an ausländische Regierungen und Private Forderungen von etwa 85 Milliarden Dollar hatte, und daß sie, wie die US-Regierungen, den Frankreich zu sehr begünstigenden Versailler Vertrag mißbilligte.

Frankreich nämlich bestand auf Reparationen in Gold, nicht in Natura, und alle Deutschland-Kredite der USA seien über die Reparationen Frankreich zugute gekommen. Nur wenn es keine Reparationen mehr erhalte, könnten sich Deutschland und auch die USA wieder erholen. Zudem fürchteten die Amerikaner die seit dem Rapallo-Vertrag, dieser antiwestlichen Demonstration, sich entwickelnde Ost-Orientierung Deutschlands, dessen politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, ja, sie befürchteten einen bolschewistischen Umsturz im Land. Und während Frankreich aus Sicherheitsgründen ein schwaches Deutschland wünschte, wollten die USA ein starkes - wie nach 1945 wieder!

Bei Beratungen ... des eigentlichen Finanzzentrums der Wallstreet, der fünf unabhängigen Banken, Vertreter der Royal Dutch, der Standard Oil, Rockefeller jun. u.a. im Sommer 1929 wurde Warburg schließlich gebeten zu prüfen, ob Hitler für amerikanisches Geld zugänglich

sei. Als Gegenleistung hätte dieser gegenüber Frankreich eine aggressive Außenpolitik einzuleiten, sollte aber "in die wirklichen Motive der amerikanischen Unterstützung nicht eingeweiht werden".

Hitler seinerseits habe bei den Verhandlungen in Berlin betont, "daß er mit den Arbeitslosen alles machen könne, wenn er ihnen nur Uniformen und Verpflegung gebe ... Auf diese Weise werde er Frankreich schon klein bekommen ... Alles hinge vom Geld ab ... Die USA-Hochfinanz habe doch sicher ein Interesse daran, daß er, Hitler, an die Macht komme, denn sonst hätte sie ihm nicht bereits 10 Millionen Dollar übergeben ... Wenn er von der USA-Hochfinanz 500 Millionen Mark erhalte, sei er in sechs Monaten fertig."

Hitler habe auch die Kommunisten als erledigt bezeichnet und erklärt, er werde nun die Sozialdemokraten ausschalten, durch Wahlen oder mit Gewalt. Eventuell komme noch eine Verhaftung von Hindenburg, Schleicher, Papen, Brüning in Betracht, aber alles koste Geld, und das bisher aus den USA erhaltene sei verbraucht.

Kurz vor Hitlers überraschendem Wahlsieg 1930, errungen mit einem für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Propaganda-Aufwand, war das große Geld aus dem Ausland gekommen und floß weiter bis zu seiner Machtübernahme 1933. Die Summe von Kuhn, Loeb & Co., die ihm zwischen 1929 und 1933 den Weg zur Macht ebnete, war zwar sehr stattlich, doch nicht überdimensional, spielte aber die Rolle des "Züngleins an der Waage". Die Wallstreet-Bankiers hatten gut kalkuliert, nicht mehr gegeben als nötig, doch genau so viel. Sind sie ja wohl einem Mann wie Hitler, der das ihm wirklich Zugesagte kaum ahnen konnte, geistig weit überlegen gewesen, jedenfalls mehr als charakterlich.

Informiert über die Recherchen Abeggs waren zunächst Reichskanzler Brüning und General von Schleicher, seit 1929 Chef des neu errichteten Ministeramts im Reichswehrministerium und am 2. Dezember 1932 selber Reichskanzler.

Als sich Abegg dann im Frühjahr 1933 in die Schweiz absetzte, beschlagnahmte die SS bei einer Durchsuchung seiner Wohnung das Dossier Hitler. Das Duplikat sollte sie ein Jahr später bei einer Durchsuchung des Hauses von General Schleicher sicherstellen; der General, ein intimer Kenner von Hitlers Auslandsfinanzierung, und seine Frau wurden bei dieser Gelegenheit im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet. Ebenfalls beseitigte man seinerzeit einen weiteren Mitwisser von Hitlers geheimen Geldquellen, Georg Strasser, der innerhalb der NSDAP antikapitalistische Ideen vertrat und als Führer der sozialistischen Opposition galt. Hitler hatte ihn gleichwohl 1925 zum Reichsorganisationsleiter der Partei ernannt, deren Finanzierung sowohl Strasser wie Schleicher genau bekannt war.

Selbstverständlich standen die Hitler so verhängnisvoll fördernden ausländischen Geldgeber nicht vor dem Nürnberger Tribunal. Selbstverständlich wurden die Dokumente des Abegg-Archives beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nicht zugelassen. Das heikle Thema der Hitler-Unterstützung durch die großen Finanzmächte der USA durfte unter keinen Umständen auch nur erwähnt werden. Als es der zunächst länger mit Hitler kooperierende Bankier und Politiker ... Schacht, bis 1937 Reichswirtschaftsminister, bis 1939 Reichsbankpräsident, zur Sprache bringen wollte, wurde er rasch zum Schweigen gebracht.

"Als Schacht", meldete die "Neue Zürcher Zeitung" am 2. Mai 1946, "wiederum auf die Haltung ausländischer Mächte gegenüber der Nazi-Regierung und auf die Hilfe, die sie ihr angedeihen ließen, zu sprechen kam, entschied der Gerichtshof, daß diese Dinge mit der Sache nichts zu tun hätten und daher unzulässig seien ..."

Gegen die baden-württembergische Deutsche Gemeinschaft, die 1950 beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler-Wahlen von 1930 bis 1933 veröffentlicht hatte, wurde prozessiert. Diesen Prozeß, doch eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber zu einer Zeit, da die Remilitarisierung Deutschlands schon eingeleitet war. ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geldgeber Hitlers (x943/...): >>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

... Die Finanzierung der NSDAP

Wenn ein kleiner Gefreiter in vierzehn Jahren aus dem Nichts eine Massenbewegung aufbaut, *"wenn er eine Hunderdtausende zählende Privatararmee wie die SA auszurüsten (die SA hatte 1924 30.000, 1930 80.000, 1932 220.000, 1933 400.000 und 1934 etwa 4 Millionen Mitglieder), auszubilden und zu ernähren vermag und eine gewaltige Propagandamaschinerie inklusive Großveranstaltungen mit hunderttausend Teilnehmern finanziert, wenn er zweimal die Woche und später täglich den Völkischen Beobachter herausgeben kann, wenn er ... feudale Parteizentralen kauft, Tausende von Flaggen und gleich zwei Flugzeuge aufs Mal - dann muß das Geld in Strömen fließen oder gigantische Schuldenberge müssen in die Höhe wachsen. Bei Hitler ist beides der Fall. Das Geld fließt überreichlich und reicht doch oft nicht aus."*

Die Quellen liegen noch vielfach im Dunkeln.

Es ist allgemein bekannt, daß Hitler und die NSDAP schon ab den frühen Zwanzigerjahren von deutschen Industriellen finanziell unterstützt wurden. Der springende Punkt besteht jedoch nach den Erkenntnissen Antony Suttons darin, *daß es sich bei den deutschen Industriellen, die Hitler finanzierten, überwiegend um Direktoren von Kartellen mit amerikanischen Verbindungen, Besitz, Beteiligungen und einer Form von Verbindung durch Tochtergesellschaften handelte.*

Die Geldgeber Hitlers waren zum großen Teil nicht Firmen rein deutscher Herkunft beziehungsweise repräsentativ für deutsche Familienfirmen. Außer Thyssen und Kirdorf handelte es sich meistens um die deutschen multinationalen Firmen - also IG Farben, AEG, DAPAG (Deutsch-Amerikanische Petroleum A.G.) usw. Diese multinationalen Firmen wurden in den Zwanzigerjahren durch amerikanische Anleihen aufgebaut und hatten in den Dreißigerjahren amerikanische Direktoren und hohe amerikanische Beteiligungen."

Nach Wolfgang Zdral überwies Henry Ford, ausgewiesener Antisemit und Sympathisant Hitlers, jährlich 50.000 RM als Geburtstagsgeschenk auf Hitlers Privatkonto beim Kölner Bankhaus J. H. Stein. Nicht umsonst wurde Henry Ford von Hitler mit dem Großkreuz des Deutschen Adlerordens ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung, die er an Ausländer zu vergeben hatte.

An der Thyssen AG waren Amerikaner nicht beteiligt, doch Fritz Thyssen besorgte 1931 für die NSDAP einen Kredit über 250.000 RM bei einer Tochter-Firma der August-Thyssen Bank in Holland, die eng mit den finanziellen Interessen der Familie Harriman in New York verflochten war, prominenten Mitgliedern des Finanzestablishments der Wall Street. *"Es gibt allen Grund zu der Annahme, daß die Harrimans von Thyssens Unterstützung für die Nazis wußten."*

In den Jahren 1932-1933 gingen von Friedrich Flick, einem der Direktoren der AEG mit 30 % US-Beteiligung, 150.000 RM direkt an die NSDAP. Bei dem berühmte "Kaiserhoftreffen" einiger Unternehmer mit Hitler im Mai 1932, darunter von IG Farben und der amerikanischen IG Farben, kamen mehr als 500.000 RM zusammen und wurden auf dem Konto von Rudolf Heß bei der Deutschen Bank hinterlegt.

Am 20. Februar 1933 trafen sich im Hause Hermann Göring die Spitzen der deutschen Wirtschaft. Hjalmar Schacht sammelte an diesem Ort etwa 1,3 Millionen Reichsmark für das von ihm eingerichtete "Sonderkonto Treuhand".

Davon sollte Hitlers Wahlkampf für den 5. März finanziert werden. In diese Wahlkampfkasse zahlten, so Antony Sutton, Konzerne der US-NS-Connection den Hauptanteil ein. *"Innerhalb weniger Wochen ... gab es eine untereinander verbundene Sequenz großer Ereignisse: die finanzielle Unterstützung prominenter Bankiers und Industrieller zur Wahl 1933, den*

Reichstagsbrand, die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Rechte und die darauf folgende Machtergreifung der nationalsozialistischen Partei."

Es ist sicher kein Zufall, daß die deutschen Industriellen, die in Nürnberg vor Gericht standen, so der britische Amerikaner Antony Sutton, *"kaum mehr als einen Klaps auf den Hintern erhielten. Wir stellen die Frage danach, ob die Nürnberger Prozesse nicht in Washington hätten abgehalten werden sollen - mit ein paar wenigen prominenten amerikanischen Geschäftsleuten sowie Nazigeschäftsleuten auf der Anklagebank."* ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im September 2019) im COMPACT-Spezial Nr. 23 (x345/70-71): >>Hitlers Logenbruder

_ von Guido Grandt

Ein hochrangiger Freimaurer saß beim "Führer" am Kabinetttisch. Er hatte die Nazis von Anfang an unterstützt - und war einer der Wegbereiter des Dritten Reiches. Nach dem Krieg halfen ihm seine brüderlichen Verbindungen.

Der Bankier Hjalmar Schacht (1877-1970) wurde 1906 als Mitglied von der Loge *Urania zur Unsterblichkeit* aufgenommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat er der Loge *Zur Brudertreue an der Elbe* bei. Dort hieß man ihn 1949 willkommen. Ein leuchtendes Beispiel für humanitären Geist hatte er zuvor - in einer Zeit, in der beispiellose Verbrechen begangen wurden - allerdings nicht gerade abgeben.

"Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist."

Hjalmar Schacht

Schacht fungierte von 1923 bis 1930 und von 1933 bis 1939 als Präsident der Deutschen Reichsbank, von 1934 bis 1937 war er zugleich Wirtschaftsminister. Danach diente er bis 1944 als Minister ohne Geschäftsbereich. Bereits 1926 sympathisierte er mit den Nazis, lernte 1930 Hermann Göring, Joseph Goebbels und Adolf Hitler kennen. Zwei Jahre später unterstützte er als Finanzexperte die NSDAP, forderte mit seiner Unterschrift bei einer Eingabe an Präsident Hindenburg, den Führer der Nationalsozialisten zum Reichskanzler zu ernennen, und half später entscheidend mit, die Aufrüstung zu finanzieren.

In London führte er sogar Verhandlungen über die "Aussiedlung von Juden", was als sogenannter Schacht-Rublee-Plan in die Geschichte einging. Das tat er, obwohl er zunächst den Standpunkt vertrat, daß die NS-Rassenpolitik der deutschen Wirtschaft nicht nur schaden, sondern sie auch ruinieren würde, weshalb er die diskriminierende Behandlung von Unternehmen mit jüdischen Inhabern grundsätzlich ablehnte.

Lob für die Nürnberger Gesetze

Allerdings hieß er die 1935 erlassenen Nürnberger Gesetze ausdrücklich gut: "Ich begrüße ... die Nürnberger Gesetze, daß er ("der Jude") wieder zurückgedrängt ist in sein, ich kann ruhig sagen, Ghetto." Und er teilte das nationalsozialistische Staatsziel, Juden in der Gesellschaft zu isolieren.

Ferner sagte er: "Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist. Wir wünschen, unser Volk und unsere Kultur rein und eigen zu halten." An anderer Stelle meinte er, daß "kein Jude ... Volksgenosse sein" dürfe und befürwortete die gesetzliche Diskriminierung aller deutschen Juden, die sie zu "Staatsbürgern minderen Rechts" erklärte.

Schacht deutete bei einer Rede 1935 in Königsberg auch an, daß er sich mit dem sogenannten Blutschutzgesetz anfreunden könne, das eine Heirat zwischen Nichtjuden und Juden verbot und zudem jeden außerehelichen Geschlechtsverkehr mit Zuchthaus bestrafte. Der Reichswirtschaftsminister erhielt zudem das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP.

Dennoch kühlte sich ab 1937 sein Verhältnis zu den Nazis ab. Schacht wurde 1944 wegen der Mitverschwörung beim Attentat auf Hitler verhaftet und in einer der sogenannten Prominentenbaracken interniert. Amerikanische Militärstaatsanwälte stellten ihn wegen "Verschwörung

zur Herbeiführung des Krieges" und der "Teilnahme an den Vorbereitungsmaßnahmen" vor das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, wo er freigesprochen wurde.

Aufgrund des Entnazifizierungsgesetzes galt er den westdeutschen Behörden dennoch als belastet, weil er der "nationalsozialistischen Gewaltherrschaft außerordentliche wirtschaftliche Unterstützung" gewährt hatte. Er wurde zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, bis 1948 inhaftiert und im Berufungsverfahren freigesprochen. 1953 gründete er die Außenhandelsbank Schacht & Co. in Düsseldorf.

Christopher Kopper schreibt in seinem Buch Hjalmar Schacht - Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier: Seine (Schachts) Selbsterklärung, er habe sich dem NS-Regime nur aus patriotischen Motiven zur Verfügung gestellt und sei im Amt geblieben, um Schlimmeres zu verhüten, war ausgesprochen fragwürdig - aber fand in der alten (und neuen) Verwaltungselite und in den führenden Wirtschaftskreisen der Bundesrepublik durchaus Zustimmung."

1953 veröffentlichte der Bankier seine Memoiren unter dem Titel 76 Jahre meines Lebens, die, so Kopper, "voller Ressentiments gegen deutsche wie gegen deutsch-amerikanische Juden" steckten. Der Biograph des Reichsbankpräsidenten schreibt: "Schacht war nach dem Krieg zumindest phasenweise stärker antisemitisch eingestellt, als er es während der Herrschaft des Nationalsozialismus je war."

Festes Bruderband

Noch ein anderes maurerisches Klüngelspiel, das bis jetzt nicht als solches erkannt worden ist, spielte sich ab: In der Phase zwischen dem Freispruch des Internationalen Militärtribunals und dem Entnazifizierungsverfahren deutscher Behörden gegen ihn fuhr Schacht von Bayern, wo seine Anwälte einen "vorläufigen Freibrief" erwirkt hatten, nach Baden-Württemberg zu einem Freund. Der Nürnberger Polizeipräsident informierte die württembergische Landesregierung von dieser Reise, woraufhin der Minister für Politische Befreiung sofort einen Haftbefehl gegen den früheren Reichsminister erließ.

Doch der liberale Ministerpräsident Reinhold Maier wollte Schachts Verhaftung ohne großes Aufsehen verhindern und ließ ihm über Umwegen eine Warnung zukommen. Dennoch wurde er festgenommen, weil er den Hinweis nicht ernst nahm. Fakt ist jedoch, daß der Ministerpräsidenten ihn illegalerweise warnte.

Der Vorgang wird verständlich, wenn man weiß, daß Reinhold Maier selbst ein sehr aktiver Freimaurer war. Von 1924 bis 1933 war er Mitglied der Loge *Zu den 3 Cedern* in Stuttgart und 1946 sogar Gründungsmitglied der Stuttgarter Loge *Furchtlos und Treu*, der er bis zu seinem Tod angehörte. Er versuchte also seinem Logenbruder Schacht aus der Klemme zu helfen. Unter anderem zu diesem Zweck war ja auch das "Bruderband" geknüpft worden. Skandalös!

"Ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer."

Journalist Tom Goeller

"Bruder" Hjalmar Schacht stellt zweifellos für die Geschichte der deutschen Freimaurer eine Belastung dar", bekennt Freimaurer und Journalist Tom Goeller daher auch reumütig. In seinem Buch Freimaurer - Aufklärung eines Mythos hält er fest: "Unabhängig von den gerichtlichen Freisprüchen hätte er 1949 nicht mehr in eine Loge aufgenommen werden dürfen. Denn es ist unstrittig, daß er ein entscheidender Steigbügelhalter auf Hitlers Weg zur Macht war. Das alleine hätte genügen müssen, ihn aus der Freimaurerei für immer auszuschließen.

Leider muß indes vermutet werden, daß sich die Hamburger Loge "Zur Brudertreue an der Elbe" 1949 eher geschmeichelt fühlte, einen "namhaften" Freimaurer zu ihren Mitgliedern zählen zu können, als einen Helfershelfer Hitlers zu bannen; ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer.

Freimaurer und NS

Die NSDAP machte von Anfang an Front gegen die deutschen Logen. Hierbei tat sich vor

allem Chefideologe Alfred Rosenberg hervor, der die Freimaurer im Völkischen Beobachter "künstliche Juden" nannte, ihnen eine "volklose Weltanschauung" unterstellte und von einer "freimaurerischen Völkerbunddiktatur über Europa" fabulierte. Er kam zu dem Schluß: "Deshalb darf kein Maurer der NSDAP angehören und umgekehrt." In den von der Organisationsabteilung der Partei herausgegebenen Schulungsbriefen hieß es am 15. März 1931: "Die Feindschaft des Bauern gegen den Freimaurer als Judenknecht muß bis zur Raserei aufgestachelt werden."

Nach 1933 paßten sich viele Logen den NS-Machthabern an, um ein Verbot abzuwenden. Doch das half nichts: Am 17. August 1935 ordnete Innenminister Wilhelm Frick das Verbot der Freimaurerei in Deutschland an. Manche Logenhäuser wurden in "Freimaurermuseen" umgewandelt.

Bekannte Freimaurer, die Opfer des NS-Regimes wurden, waren beispielsweise der Schriftsteller Carl von Ossietzky sowie die Sozialdemokraten Julius Leber und Wilhelm Leuschner.<<

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später (im Jahre 2021) im COMPACT-Geschichte Nr. 9 über die Finanzierung Hitlers und das dunkle Geheimnis der Wall Street nach dem Ersten Weltkrieg (x361/12,16-19): >>Die Guten, die Bösen und die Unsichtbaren

Seit Jahrzehnten fetzt sich die Geschichtswissenschaft wegen der Finanzierung der NSDAP durch das Großkapital. Linke und bürgerliche Historiker stehen sich in erbitterter Feindschaft gegenüber - und keine der beiden Parteien will über den Elefanten sprechen, in dessen mächtigem Schatten die Kontroverse steht. ...



Bereits vor 1933 wurde die Schuldfrage plakativ instrumentalisiert. Hier erscheint nicht mehr Hitler selbst, sondern die Großindustrie als hauptverantwortlich. Foto: picture-alliance/akg-images

Es ist vor allem das Verdienst des US-Amerikaners Antony C. Sutton und des Russen Nikolay Starikow, hier mit bahnbrechenden - und dennoch (oder gerade deswegen?) im Mainstream

kaum beachteten - Recherchen für die Klarheit gesorgt zu haben, die den kommunistischen wie den westlichen Historikern fehlt. Ihre Bücher *Wall Street und der Aufstieg Hitlers* (Erstveröffentlichung 1976, auf Deutsch im Schweizer Verlag Perseus 2009, Auszug auf Seite 50. ff.) beziehungsweise *Wer hat Hitler gezwungen, Stalin zu überfallen?* (auf Deutsch 2017 in einem kleinen baltischen Verlag erschienen, Auszug auf Seite 38 ff.) werden in der Fachwissenschaft ignoriert. Dritter im Bunde der Aufdecker ist der US-Professor Guido Giacomo Preparata mit seinem Buch *Wer Hitler mächtig machte: Wie britisch-amerikanische Finanzeliten dem Dritten Reich den Weg bereiteten* (2010 ebenfalls bei Perseus erschienen).

Die unsichtbare Hand

Sutton erklärt die Hinwendung der Wall Street zu den Nazis vor allem mit deren korporatistischem Wirtschaftsmodell, das im Unterschied zur freien Marktwirtschaft stabile Gewinnraten garantierte - aus demselben Grund unterstützten die Banker laut Sutton auch den US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt (1933-1945) und die Sowjetunion.

Im Unterschied zu ihm gehen Starikow und Preparata davon aus, daß nicht das korporatistische Wirtschaftsmodell, sondern die geostrategische Orientierung die angloamerikanischen Geldhaie zur Unterstützung Hitlers brachte: Washington und London zogen die NSDAP vor allem deswegen anderen nationalistischen Parteien und Strömungen vor, weil sich Hitler in *Mein Kampf* vehement für ein deutsch-britisches Bündnis gegen Rußland ausgesprochen hatte - das paßte zur Globalstrategie der angelsächsischen Seemächte.

Aus demselben Grund erfuhren Aktivisten im Umkreis der Konservativen Revolution keine Förderung: Sie waren zumeist anti-englisch eingestellt und damit trotz ihres Antikommunismus suspekt. Preparata nennt ein Beispiel: Als sich 1920 monarchistische Offiziere im sogenannten Kapp-Putsch gegen die Weimarer Demokratie erhoben, schleuste London seinen Agenten Ignatz Trebitsch-Lincoln in den inneren Kreis der Verschwörer ein und brachte den Umsturz zum Scheitern.

Die Obristen träumten von einem deutsch-russischen Bündnis, am liebsten mit den verbliebenen Anhängern des Zaren, zur Not aber auch mit den Bolschewiken - das mußte London unbedingt verhindern. Außenminister Walther Rathenau, der 1922 im Vertrag von Rapallo ein solches Bündnis tatsächlich in Angriff nahm, wurde übrigens im selben Jahr von der NSDAP-nahen Organisation Consul ermordet.

"Ein fabelhafter Demagoge."

Truman Smith über Hitler

Starikow recherchierte penibel die Kontakte, die US-Regierungskreise bereits 1921/22 zu Hitler knüpften - vor allem über den Militärattaché Truman Smith und den von ihm instruierten NSDAP-Spendensammler und Führer-Intimus Ernst "Putzi" Hanfstaengl, der auch für Sutton eine Schlüsselrolle spielte (siehe Seite 60 ff.). Der Börsenexperte Thorsten Schulte ("Silberjunge") präsentiert - von Starikow ausgehend - in seinem aktuellen Buch *Fremdbestimmt. 120 Jahre Lügen und Täuschung* weitere Beweise für Hitlers frühe Förderer im US-Establishment, so etwa die Begeisterung von Truman Smith nach einem Treffen am 20. November 1922: "Ein fabelhafter Demagoge. Ich habe kaum zuvor einem so konsequenten und fanatischen Mann zugehört."

Das Zitat, entnommen dem englischen Original des Standardwerks *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches* von William L. Shirer aus dem Jahr 1960, fehlt in der deutschen Ausgabe. ... Ein wichtiger Spendenvermittler war auch der Schriftsteller Dietrich Eckart, der den Kontakt zu Warren C. Anderson hielt, den Europa-Präsidenten des amerikanischen Autoproduzenten Henry Ford. 1924 fuhr der Nazi-Gigolo Kurt Lüdecke direkt zum Geldsammeln in die USA. Gerichtliche Untersuchungen ergaben, daß Ford bereits im Jahre 1923 drei Mal größere Geldbeträge für Hitler angewiesen hatte.

Ein erstes Fanal setzte die NSDAP am 9. November 1923 durch einen Putschversuch in Mün-

chen. "Das Verblüffendste und Rätselhafteste am Erfolg dieses Menschen (Hitlers) ist die Tatsache, daß er 1923, auf dem Höhepunkt des Inflationstaumels, über Devisen verfügte, über Dollars, Tschechenkronen, holländische Gulden, ja offenbar auch über französische Franken", schreibt Walter Görlitz in *Geldgeber der Macht* (Düsseldorf/Wien, 1976).

...

Der Durchbruch ab 1929

Hitler wurde im Dezember 1924 aus der Festungshaft in Landsberg entlassen, im Februar 1925 wurde die NSDAP neu gegründet. Trotz innerer Konsolidierung hatte die Partei in den folgenden Jahren keinen Erfolg. Bei den Reichstagswahlen 1928 wurden enttäuschende 2,6 Prozent erzielt. Den folgenden steilen Aufstieg verdankte die Hitler-Partei dem Young-Plan, der die 1919 in Versailles diktierten Reparationen neu regelte.

Im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien und der SPD, die den Plan als alternativlos darstellten, profilierte sich die NSDAP in scharfer Opposition gegen die "Young-Sklaverei" und fand dadurch zunehmend Unterstützung im Volk wie auch in jenen Teilen des Großkapitals, die sich vom Dollar-Imperialismus bedroht fühlten. Fritz Thyssen bekannte nach dem Zweiten Weltkrieg: "Ich wandte mich der Nationalsozialistischen Partei erst zu, als ich die Überzeugung gewann, daß der Kampf gegen den Young-Plan unvermeidlich war, wenn der völlige Zusammenbruch Deutschlands abgewendet werden sollte."

Reichskanzler Heinrich Brüning (1930-1932) schrieb am 28. August 1937 aus seinem Exil in einem privaten Brief an Winston Churchill: "Hitlers wirklicher Aufstieg begann erst 1929, als die deutschen Großindustriellen und andere es ablehnten, weiterhin Gelder an eine Menge patriotischer Organisationen auszuschütten, die bis dahin die ganze Arbeit für das deutsche Risorgimento (Wiederauferstehen) geleistet hatten."

Dazu muß man im Hinterkopf behalten, daß "deutsche Großindustrielle" zu diesem Zeitpunkt schon Überkreuzbeteiligungen mit amerikanischen Partnern hatten. Sutton nennt Einzelheiten (in dieser COMPACT-Ausgabe ab Seite 76) und resümiert: "Es ist bemerkenswert, daß die größten Spender ... mit Finanziers der Wall Street verbunden waren. Diese Wall-Street-Finanziers saßen im Herzen der Finanzelite und waren angesehen in der zeitgenössischen amerikanischen Politik."

Der an der Wall Street - vor allem vom größten Bankhaus J. P. Morgan - ersonnene Young-Plan wirkte wie ein Förderprogramm für die NSDAP: Er legte für Deutschland 37 Jahresraten von jeweils 2,05 Milliarden Goldmark sowie weitere 22 Jahresraten von jeweils 1,65 Milliarden Goldmark fest. Erst nach 59 Jahren - also 1988 - sollte die Schuld getilgt sein. Erschwerend kam hinzu, daß im Vergleich zum vorhergehenden Dawes-Plan aus dem Jahr 1924 die Modalitäten deutlich verschärft wurden: Statt Reparationszahlungen in Form von Gütern wie beim Dawes-Plan verlangte das neue Diktat explizit Geldzahlungen.

Das mußte, so Thyssen, "zwingend zum Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft des Reiches führen". Pikant: Für die Reichsbank verhandelte ihr Präsident Hjalmar Schacht den Dawes- sowie den Young-Plan mit - er sollte sich 1930 der NSDAP anschließen und dann von Hitler erneut an die Spitze der Notenbank gestellt werden. Und: Er bekannte sich zur Freimaurerei, auch nach deren Verbot durch die Nazis.

Entscheidend für den Durchbruch der NSDAP war das Volksbegehren gegen den Young-Plan, das im Juli 1929 im Wesentlichen von der DNVP lanciert wurde, die aber die Nationalsozialisten als Partner akzeptierte. Zwar scheiterte das Plebiszit - lediglich 5,8 Millionen oder knapp 14 Prozent der Wahlberechtigten stimmten zu -, aber der Schwung der Kampagne führte bei den folgenden Kommunal- und Regionalwahlen zu einer Vervielfachung der Stimmanteile der NSDAP. Die Reichstagswahlen im September 1930 führten zu einer erdrutschartigen Verschiebung: Die Nationalsozialisten gewannen 18,3 Prozent, hatten also ihr Ergebnis aus dem Jahr 1928 mehr als versiebenfacht - und die DNVP überrundet.

Noch höher hinaus ging es bei den Juli-Wahlen 1932: Mittlerweile hatte der Zusammenbruch der Wall Street am Schwarzen Freitag 1929 auch deutsche Banken und Unternehmen in den Abgrund gerissen, über sechs Millionen Arbeitslose standen ohne jede staatliche Unterstützung da. Die Hitler-Partei gewann glatte 19 Prozent hinzu und wurde mit 37,3 Prozent mit weitem Abstand zur nächstplazierten SPD (21,2) stärkste Partei.

Wichtig: Ermittlungen des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Carl Severing (1928-1930) ergaben, daß seit 1929 Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon stattfanden. "Auf amerikanischer Seite waren eingeweiht: Bankier Warburg, als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Cie., sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz", berichtete ein Mitarbeiter des preußischen Staatssekretärs Wilhelm Abegg.

Brünings Reichskanzlei kam zum Schluß, daß "in den letzten zwölf Monaten" vor dem April 1932 zwischen 62 und 68 Millionen Reichsmark in die Kassen der NSDAP geflossen seien. Davon entfielen nach dieser Aufstellung 40 bis 45 Millionen Reichsmark auf "ausländische Geldgeber". ...<<



Abb. 59.2 (x296/129): Hitler begrüßt Hindenburg am 21.03.1933 bei einem Staatsakt in Potsdam.

Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933

Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit von 444:94 beschlossen.

Aufgrund des gewaltsamen Staatsstreiches (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich danach praktisch von März 1933 bis Mai 1945 besetzt.

Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943

Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein **Verbrecherstaat** gebildet wurde, also ein "Staat", der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

Hitler und die katholische Kirche

Am 20. Juli 1933 schlossen Papst Pius XI. und das NS-Regime in Rom ein feierliches Konkordat. In diesem Vertrag mit der katholischen Kirche garantierte der NS-Staat "die Freiheit des Bekenntnisses und die Ausübung der katholischen Religion".

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über das "Konkordat" zwischen dem NS-Regime und der katholischen Kirche (x051/323-324): >>Konkordat (Reichskonkordat), Vertrag zwischen der deutschen Reichsregierung und dem Heiligen Stuhl vom 20.7.33.

Das Konkordat kam nach mehreren vergeblichen Anläufen in der Weimarer Republik durch seit April 33 zwischen Papen, Prälat Kaas und dem Kardinalstaatssekretär Pacelli (Pius XII.) laufende Verhandlungen zustande.

Das am 10.9.33 in Kraft getretene und die bestehenden Länderkonkordate (1924 Bayern, 1929 Preußen, 1932 Baden) weiter garantierende Vertragswerk sah u.a. vor:

Gewährleistung der "Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion" (Artikel 1), Garantien für das freie Besetzungsrecht der Kirche für alle Kirchenämter und Benefizien (Artikel 14), für Orden und Religionsgemeinschaften (Artikel 15), für das kirchliche Eigentum (Artikel 17), für die Erhaltung der katholisch-theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen (Artikel 19), die Errichtung neuer philosophischer und theologischer Lehranstalten für den Klerus (Artikel 20), die Anerkennung des katholischen Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen (Artikel 21), die Beibehaltung und Neueinrichtung von katholischen Bekenntnisschulen (Artikel 23), den Schutz katholischer Organisationen und Verbände, "die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen" (Artikel 31, dessen konkrete Ausfüllung Verhandlungen mit dem deutschen Episkopat vorbehalten bleiben sollte), das Verbot einer Mitgliedschaft für Geistliche und Ordensleute in politischen Parteien (Artikel 32).

Ein geheimes Zusatzprotokoll regelte die Stellung der Geistlichen bei Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Gegen Preisgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des deutschen Katholizismus (4./5.7.33 Selbstauflösung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei) hoffte der Vatikan angesichts der fortschreitenden totalitären Gleichschaltungsbestrebungen des Regimes durch ein Konkordat dem drohenden Kirchenkampf Einhalt gebieten und eine rechtlich abgesicherte Verteidigungsstellung für die Selbstbehauptung der katholischen Kirche, ihre Eigenständigkeit und den Schutz des wichtigen Laienelements schaffen zu können.

Die Vermutung, der Vatikan habe in einer Art "Dolchstoß" das Zentrum bereits im Wissen um einen bevorstehenden Abschluß eines Konkordats am 23.3.33 zur Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz gedrängt, um es dann unmittelbar danach fallen zu lassen, ist nicht eindeutig zu belegen.

Für Hitler bedeutete das Konkordat außenpolitisch Anerkennung und Prestige v.a. gegenüber katholischen Ländern, eine völkerrechtliche Verbriefung seiner Vertragswürdigkeit und eine Durchbrechung der Isolierung Deutschlands, innenpolitisch einen beachtlichen Legitimitäts- und Loyalitätsgewinn bei den Katholiken, eine Anerkennung des Regimes durch den Vatikan sowie die Zerschlagung des politischen Katholizismus und eine Entpolitisierung der Geistlichkeit.

Das Konkordat konnte sofort einsetzende einseitige Verstöße besonders gegen die Artikel 15, 17, 19, 23, 31 - Verfolgung der katholischen Jugendverbände und Standesorganisationen, Of-

fensive gegen die katholische Bekenntnisschule, Prozesse gegen Ordensgeistliche (Priesterprozesse), Diskriminierung der "Caritas" u.a. - nicht verhindern. Sie führten trotz laufender Proteste des Vatikans zur Verschärfung des Kirchenkampfes und am 14.3.37 zur päpstlichen Enzyklika "Mit brennender Sorge".

Die Beurteilung des Konkordats ist zwiespältig: Es spielte zwar eine wichtige Rolle bei der inneren und äußeren Stabilisierung des Regimes und der Ausschaltung seiner Gegner; andererseits rettete es aber für die katholische Kirche einen gewissen Freiraum der Selbstverteidigung und Nichtanpassung gegenüber den Eingriffen und Ansprüchen des Regimes und eine Rechtsgrundlage im Kirchenkampf und setzte damit dem Prozeß der allgemeinen Gleichschaltung des gesellschaftlichen und religiösen Lebens doch gewisse Grenzen.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26.3.57 ist das Konkordat für die Bundesrepublik weiterhin gültig.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über "Pius XI." (x051/445): >>Pius XI., ursprünglich Achille Ratti, geboren in Desio 31.5.1857, gestorben in Rom 10.2.1939, Papst; 1879 Priesterweihe; 1914 Präfekt der Vatikanischen Bibliothek, 1919 Nuntius in Polen, 1921 als Kardinal Erzbischof von Mailand, 6.2.22 Wahl zum Papst.

Der Beginn des Pontifikats von Pius XI. fiel mit dem Aufstieg des italienischen Faschismus zusammen und stand zugleich unter dem Schock der bolschewistischen Kirchenverfolgung in Rußland. Alle Maßnahmen kirchenpolitischer Art zielten daher auf vertragliche Absicherung der katholischen Positionen durch Konkordate mit den verschiedenen Ländern: u.a. Bayern (29.3.24), Preußen (14.6.29), Baden (12.10.32), Österreich (5.6.33).

In den Lateranverträgen (11.2.29) gelang auch ein Ausgleich mit Mussolini, dessen antikomunistische Haltung eine gewisse Sicherung gegen sozialistische Umstürzler versprach.

Auch die nationalsozialistische Machtergreifung betrachtete Pius XI., seit 1930 beraten von Kardinalstaatssekretär Pacelli (Pius II.), zunächst v.a. unter diesem Gesichtspunkt, drängte den deutschen Episkopat zur Aufgabe der anti-nationalsozialistischen Haltung und erreichte am 20.7.33 auch mit dem Deutschen Reich ein Konkordat unter Opferung des politischen Katholizismus und um den Preis einer erheblichen internationalen Aufwertung des Dritten Reiches.

Hatte er in Italien den Verlust der politischen Position noch durch die Belebung der Katholischen Aktion zum Teil wettmachen können, so wurde das als Schutz geplante Konkordat im Deutschen Reich Auftakt einer sich steigernden Kirchenverfolgung.

Lange ließ es Pius XI. bei Protestnoten (bis 1936: 34) bewenden, bis er in der Enzyklika "Mit brennender Sorge" (14.3.37) mit seinen Klagen an die Öffentlichkeit trat, ohne allerdings mehr als eine dramatische Verschärfung des Kirchenkampfes zu erreichen.<<

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über den Jesuitenorden und das NS-Regime (x1.001/126-133): >>... **Die Gestapo und die Gesellschaft Jesu**

Blieb Pius' des XI. und Pius' des XII. Wohlwollen und Freundlichkeit gegenüber dem Führer, den sie an die Macht gebracht hatten, nie aus, so müssen wir zugeben, daß letzterer sämtliche Bedingungen des Abkommens, durch das er dem Vatikan verpflichtet war, erfüllte. Da er ausdrücklich versprochen hatte, die Antiklerikalen zu "ersticken", folgten jene den Liberalen und Juden alsbald in die KZs.

Wie der Chef des Dritten Reichs über das Schicksal der Juden entschieden hatte, ist bekannt: sie wurden schlichtweg vernichtet oder, wo vorteilhafter, zur Arbeit bis zur Erschöpfung gezwungen und dann liquidiert. In welchem letzteren Falle sich die "Endlösung" lediglich verzögerte.

Schauen wir aber zunächst, wie die besonders "autorisierte", mit dem Christusorden ausgezeichnete Persönlichkeit Franco die gemeinsame Sache zwischen Vatikan und Nazis unmißverständlich bestätigte.

"Réforme" (französische Zeitschrift) zufolge hatte die Presse des spanischen Diktators (Franco) am 3. Mai 1945, dem Todestag Hitlers, das Folgende veröffentlicht:

"Der Sohn der katholischen Kirche Adolf Hitler starb in der Verteidigung des Christentums. Es ist daher nur verständlich, daß Worte, derer sich der Würdigung seines Lebens so viele fanden, für die Trauer um seinen Verlust nicht hinreichen. Über seinen sterblichen Überresten steht seine siegreiche tugendhafte Gestalt. Mit der Märtyrerkrone verlieh Gott ihm die Siegeslorbeeren."

Diese Grabrede des Naziführers, eine Herausforderung für die siegreichen Alliierten, wird - unter dem Deckmantel von Francos Presse - vom Heiligen Stuhl höchstselbst ausgesprochen. Es ist eine vom Vatikan via Madrid gehaltene amtliche Pressemitteilung.

Natürlich hatte dieser nunmehr fehlende Held die Dankbarkeit der römischen Kirche mehr als verdient, und sie versucht es auch nicht zu verbergen. Er diente ihr in Treue: alle jene, die ihm besagte Kirche als ihre Gegner herausstellte, bekamen die Konsequenzen zu spüren. Und dieser gute "Sohn" scheute sich nicht, zuzugeben, was er seiner Heiligsten Mutter (der katholischen "Himmelskönigin") und vor allem den sich zu ihren Weltsoldaten gemacht Habenden schuldete.

Zitat Hitler: "Vor allem habe ich von den Jesuiten gelernt. ... Die Welt hat niemals etwas annähernd so großartiges gesehen, wie die hierarchische Struktur der katholischen Kirche. Es gibt da so einige Dinge, die ich den Jesuiten für die Partei abgeschaut habe. ... Ich will Ihnen ein Geheimnis sagen: Ich gründe einen Orden. ... In meinen Ordensburgen wird eine Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird. ... Aber es gibt noch Grade, von denen ich nicht sprechen darf."

Ein weiterer hoher Hitler-Funktionär, Walter Schellenberg (1910-1953), früherer Chef der deutschen Spionageabwehr, hat nach dem Kriege diese Vertraulichkeit des Führers vervollständigt:

"So wurde die SS-Organisation (die Organisation der Sicherungs- und Überwachungsformation der NSDAP) von ihm nach den Grundsätzen des Jesuitenordens aufgebaut. Als Grundlagen dienten die Dienstordnung und die Exerzitien des Ignatius von Loyola: das oberste Gesetz war das des absoluten Gehorsams, die Ausführung eines jeden Befehls ohne Widerspruch. Himmler (Heinrich Himmler, 1900-1945) selbst, als Reichsführer SS, war der Ordensgeneral.

Der Aufbau der Führerschaft lehnte sich an die hierarchische Ordnung der katholischen Kirche an. Bei Paderborn in Westfalen hatte er eine mittelalterliche Burg, die sogenannte Wewelsburg ausbauen lassen - sie war sozusagen das große "SS-Kloster", wohin der Ordensgeneral einmal jährlich das Geheimkonsistorium (Geheimtreffen der obersten Ordensführung zur Abhaltung von geistigen und Konzentrationsübungen) einberief."

Ihrerseits demonstrierten die besten theologischen Federn die Ähnlichkeit zwischen katholischen und nationalsozialistischen Lehren. Und in dieser Arbeit waren die Söhne Loyolas die Eifrigsten. Schauen wir beispielsweise, wie der Jesuitentheologe Michael Schmaus eine Reihe von Studien zu diesem Thema der Öffentlichkeit präsentierte:

"Reich und Kirche ist eine Schriftenreihe, die dem Aufbau des Dritten Reiches aus den geeinten Kräften des nationalsozialistischen Staates und des katholischen Christentums dienen soll. ... Ich sehe nämlich in der nationalsozialistischen Bewegung den schärfsten und wuchtigsten Protest gegen die Geistigkeit des 19. und 20. Jahrhunderts. ... Zwischen katholischem Glauben und liberalistischem Denken gibt es keinen ideenmäßigen Ausgleich. ... Nichts ist unkatolischer als eine extrem demokratische Wertung des Seins. ...

Der heute wieder erwachte Sinn für eine straffe Autorität öffnet von neuem das Verständnis für die kirchliche Autorität. ... In der katholischen Lehre von der Erbsünde liegt das Mißtrauen in die Freiheit begründet. ... Die Tafeln des nationalsozialistischen Sollens und die der katholischen Imperative (Moralgebote) stehen freilich in verschiedenen Ebenen des Seins, jene

in der natürlichen, diese in der übernatürlichen Ebene, jene besorgt um die natürliche Gesundheit des Volkes, diese bemüht um das übernatürliche Heil, wie es dem Zwecke der beiden entspricht. Aber sie weisen in dieselbe Wegrichtung. ..."

Dieses Ziel war das Europa von Hitler versprochene "neue Mittelalter". Die Ähnlichkeit zwischen dem leidenschaftlichen Antiliberalismus dieses Münchner Jesuiten und dem ebenbürtigen, bei dem "Weiheakt der FNC in der Montmartre-Kirche" zum Ausdruck gebrachten Fanatismus ist offensichtlich. Während der Besatzung schrieb Léon Merklen (1875-1949, La Croix-Leiter): "Dieser Tage scheint die Freiheit nicht mehr länger irgendeines Ansehens würdig."

Zitate wie dieses ließen sich in die Tausende fortsetzen. Ist nicht dieser Haß auf die Freiheit in allen seinen Formen das Wesen schlechthin des römischen Meisters? Leicht ist auch zu verstehen, wie die katholische "Lehre" und die "NS-Lehre" derart gut harmonisieren konnten. Der "Jesuit Michael Schmaus", der diese Übereinstimmung fähig demonstrierte, wurde zehn Jahre nach dem Kriege von "La Croix" der "große Münchner Theologe" genannt und es wird keinen mehr verwundern, zu erfahren, daß ihn Pius XII. zum "Kirchenfürsten" erhob.

Was angesichts dessen aus der "erbärmlichen" Enzyklika "Mit brennender Sorge" aus der Feder des angeblich den Nationalsozialismus verdammenden Pius XI. wird? Uns das zu sagen, bemühte sich kein Kasuist ... wie auch anders!

Der "große Theologe" Michael Schmaus hatte viele Rivalen - so ein deutscher Autor, der im "Katholisch-konservativen Erbgut" das sonderbarste je von deutschen katholischen Verlagen herausgegebene Buch sah:

"Diese Anthologie bringt Texte von den wichtigsten katholischen Theoretikern Deutschlands zusammen, von Görres bis Vogelsang; sie macht uns glauben, daß der Nationalsozialismus schlicht und einfach aus katholischen Ideen geboren wurde."

Dem Autoren war, als er dies schrieb, nicht klar, welche perfekte Beschreibung er gab.

Eine weitere wohlinformierte Person und Triebfeder des Pakts zwischen Heiligem Stuhl und Berlin - der päpstliche Geheimkämmerer Franz von Papen - wurde noch deutlicher:

"Das Dritte Reich ist die erste Macht, die nicht nur die hohen Prinzipien des Papstes anerkennt, sondern auch praktiziert."

In Ergänzung hierzu das Ergebnis dieses "Praktizierens": 25 Millionen KZ-Opfer - die von den Vereinten Nationen herausgegebene offizielle Ziffer.

Hier finden wir es notwendig, etwas Gesondertes hinzuzufügen - für die Offenherzigen, die sich aber nicht darauf einlassen können, daß die organisierten Massenmorde eines der päpstlichen "hohen Prinzipien" gewesen seien. An der einen Offenheit hält man freilich sorgsam fest:

- "Derartige Barbarentaten gehören der Vergangenheit an!"

Wie es einige Apostel der Einfachheit halber sagen - achselzuckend - vor Nichtkatholiken, "für die die Feuer der Heiligen Inquisition immer noch brennen".

So sei es! Legen wir die überreichlichen Beweise der kirchlichen Grausamkeit vergangener Jahre beiseite, um das 20. Jahrhundert zu betrachten.

Wir wollen weder an die Heldentaten von Männern wie Stepinatz und Marcone in Kroatien, noch Tisos in der Slowakei erinnern, sondern uns auf die Untersuchung der Denkweise von gewissen "hohen Prinzipien" beschränken, die man so wunderbar "praktiziert" hatte.

Sind sie wirklich heutzutage veraltet - diese Prinzipien - verstoßen von einer "aufgeklärten Lehre", offiziell abgelehnt vom Heiligen Stuhl samt weiteren Fehlern einer dunklen Vergangenheit? Das ist leicht herauszufinden.

Schlagen wir doch beispielsweise die "Grande Apologétique" ("Große Rechtfertigung") von Abt Jean Vieujean auf, die, ist sie doch mit "1937" datiert, kaum als mittelalterlich beschrieben werden kann. Was lesen wir?

"Um das Prinzip der Inquisition zu akzeptieren, braucht man allein eine christliche Einstellung, und das ist es, was vielen Christen fehlt. ... Die Kirche hat eine derartige Scheu nicht." Besser kann es nicht formuliert werden.

Wird ein weiterer, nicht weniger konservativer und moderner Beweis gebraucht? Hören wir Hw. P. Janvier, einen berühmten Tagungsreferenten in Notre-Dame:

"Sollte die Kirche kraft ihrer indirekten Macht über zeitliche Fragen nicht das Recht haben, von katholischen Staaten zu erwarten, Ketzer selbst bis in den Tod hinein zu unterdrücken, um sie dieserart zu bekämpfen?"

Hier meine Antwort:

Ich befürworte es freilich - selbst bis in den Tod hinein! ... Und ich stütze mich zuvorderst auf die Praxis und alsdann auf die Lehre der Kirche schlechthin; und bin überzeugt, daß kein Katholik, ohne sich gewaltig zu irren, das Gegenteil sagen würde."

Eine Rätselsprache kann man dem Theologen nicht vorwerfen. Seine Rede ist klar und verständlich. Mehr mit weniger Worten kann man nicht sagen. Was das Recht betrifft, das sich die Kirche anmaßt, um jene, deren Glauben nicht dem ihrigen entspricht, auszurotten, so ist alles darin vorhanden: die sie zwingende "Lehre", das sie per Tradition legitimierende "Praktizieren", und sogar der "Aufruf an die christlichen Staaten", von dem der Hitlerfeldzug ein perfektes Beispiel gab.

Genauso wenig sind die folgenden, alles andere als zweideutige Worte in der Finsternis des Mittelalters ausgesprochen worden:

"Die Kirche kann Ketzer zum Tode verurteilen, da sich jegliche Rechte, die sie haben, in unserer Nachsicht begründen, und offensichtlich sind diese Rechte keine wirklichen."

Der dies verfaßte, war Franz Wernz (Jesuitengeneral von 1906-1915), und die Tatsache, daß er außerdem Deutscher war, macht diese Erklärung um so gewichtiger.

Ebenfalls im 20. Jahrhundert schrieb der bekannte Kirchenfürst Kardinal Lépicier (1863-1936): "Bekundet jemand öffentlich, Ketzer zu sein oder versucht, andere durch sein Reden oder Beispiel zu verderben, so kann er nicht nur exkommuniziert, sondern auch zu Recht getötet werden. ..."

"Ich verwandle mich in eine Pfeffermühle, wenn das kein klassischer Mordaufruf ist", so ... Georges Courteline (französischer Bühnenschriftsteller, 1858-1929).

Den Beitrag des Oberhirten noch? Hier ist er, von einem modernen Papst, dessen "Liberalismus" kompromißlose Kleriker kritisierten, von Jesuitenpapst Leo XIII.: "Verdammt ist die Ansicht, der Heilige Geist wolle nicht, daß wir den Ketzer töten."

Welche höhere Autorität könnte nach dieser angerufen werden, außer dem Heiligen Geist?

Mag es auch jenen, die die Rauchwand (den Hinweis auf die während einer Papstwahl Rauchzeichen Ausgebenden) manipulieren, den Beschwichtigern unruhiger Gewissen, mißfallen, aber die "hohen Prinzipien" des Papsttums bleiben unverändert, und, neben anderem, ist die Ausrottung für den Glauben heute genauso gültig und kanonisch (und den Bestimmungen der katholischen Kirche entsprechend) wie ehemals. In Anbetracht der Geschehnisse in Europa zwischen 1939 und 1945 - ein Schluß von größter "Erleuchtung" - um ein Lieblingswort der Mystiker (gefühlbetont nach unmittelbarer Verbindung mit übersinnlichen Mächten Strebenden) zu gebrauchen.

"Hitler, Goebbels, Himmler und die meisten Mitglieder der "alten Garde" der Partei waren Katholiken." wie Frédéric Hoffet (französischer Pfarrer u. Psychoanalytiker) uns wissen läßt. Nicht durch Zufall war es, daß, durch die Religion ihrer Chefs, die nationalsozialistische Regierung die katholischste war, die Deutschland je hatte. ... Diese Verwandtschaft zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus ist, wo wir uns eingehend mit den Propagandamethoden und der inneren Organisation der Partei befassen, nur zu auffällig. Zu diesem Thema ist nichts aufschlußreicher, als Joseph Goebbels' Werke.

Er genoß seine Erziehung in einem Jesuitenkolleg und war, ehe er sich der Literatur und Politik zuwendete, Seminarist (Priesteramtsauszubildender). ... Jede Seite, jede Zeile seiner Schriften erinnert an die Lehre seiner Meister; und so betont er Gehorsam ... die Mißachtung der Wahrheit. ... "Manche Lügen sind nützlich wie Brot!" verkündete er kraft eines den Schriften des Ignatius von Loyola entnommenen moralischen Relativismus (eine absolute Gültigkeit moralischer Werte ablehnenden Denkens). ..."

Die Lorbeeren des Jesuitismus verlieh Hitler seinem Propagandachef nicht, wohl aber, wie er es seinen Lieblingen erzählte, dem Chef der Gestapo: "Ich sehe Himmler als unseren Ignatius von Loyola an."

Um derart zu sprechen, mußte der Führer gute Gründe gehabt haben. Zuvorderst müssen wir bemerken, daß der Reichsführer von SS, Gestapo und Polizei - Heinrich Luitpold Himmler -, unter den katholischen Mitgliedern von Hitlers Gefolge das vom Klerikalismus imprägniertere zu sein schien. Sein Vater war Direktor einer katholischen Schule in München, dann Erzieher des Prinzen Ruprecht von Bayern (1869-1955). Sein Bruder, ein Benediktinermönch, lebte im Kloster Maria Laach, einem der alldeutschen hohen Orte. Und er besaß einen Onkel, den Jesuiten Himmler, der am bayrischen Hof den nicht geringen Posten eines Domkapitulars (Kirchenbezirksgeistlichen) innehatte.

Der deutsche Autor Walter Hagen gibt uns zudem diese diskrete Auskunft: "Ein sehr verständnisvoller Förderer dieser Bestrebungen war der General des Jesuitenordens Graf Wlodzimierz Halke von Ledochowski. Dieser hatte auf Grund der Informationen, die sein weitverzweigter Orden zu sammeln in der Lage war, einen viel besseren Überblick über die weltpolitische und auch über die militärische Lage als die meisten anderen der hohen kirchlichen Würdenträger.

Er besaß eine lebendige Vorstellung von der Weltgefahr des Bolschewismus und machte sich keine Illusionen darüber, daß die Sowjetunion im Falle einer totalen Katastrophe Deutschlands das ganze westliche Europa unmittelbar bedrohen würde. Daher war er bereit, auf der gemeinsamen Grundlage des Antikommunismus eine Art Zusammenarbeit zwischen dem Jesuitenorden und dem deutschen Geheimdienst einzurichten."

Im Ergebnis dessen schuf man innerhalb des SS-Reichssicherheitshauptamtes eine Organisation, deren wichtigste Posten in schwarze SS-Uniformen gekleidete katholische Priester besetzten. Einer dieser übergeordneten Offiziere war Jesuitenpater Himmler.

Dieser wurde nach des Dritten Reichs Kapitulation verhaftet und in Nürnberg inhaftiert. Seine Anhörung durch den internationalen Strafgerichtshof wäre offensichtlich höchst interessant gewesen, doch da hatte die Vorsehung ein wachsames Auge: der Onkel Heinrich Himmlers erschien niemals vor jenem Gericht. Er wurde tot in seiner Zelle gefunden, eines Morgens, ohne daß der Grund seines Ablebens je öffentlich bekannt wurde.

Wir werden nicht das Andenken dieses Geistlichen beleidigen durch die Mutmaßung, er habe seine Tage, entgegen den reinen Lehren der römischen Kirche, willentlich beschlossen.

Nichtsdestotrotz war sein Tod so plötzlich und gelegen wie der ihm vorausgegangene eines anderen Jesuiten, des nicht wahrgenommenen "Mein Kampf-Verfassers" Pater Staempfle. Ein in der Tat seltsamer Zufall. ...

Kommen wir aber zurück auf den Gestapo-Chef Heinrich Luitpold Himmler, der meinte, er habe des Regimes grundlegende Macht in den Händen. Waren es seine persönlichen Verdienste, die ihm einen derart hohen Posten einbrachten? Sah Hitler in ihm, als er ihn mit dem Schöpfer des Jesuitenordens verglich, einen überlegenen Genius? Das freilich implizieren die Zeugenaussagen jener, die ihn kannten, nicht, da diese in Himmler nichts anderes als Mittelmäßigkeit wahrnahmen.

Schien jener Stern damals mit geliehener Helligkeit? War es wirklich Heinrich Luitpold Himmler, der als angeblicher Chef die Gestapo und die Geheimdienste eigentlich beherr-

schende? Wer war es, der damals Millionen von aus politischen Gründen Deportierten und Juden in den Tod schickte? War es der flachgesichtige Neffe - oder war es sein zu Ledochowskis Lieblingen und den übergeordneten SS-Offizieren zählender und vormaliger Domkapitular am bayrischen Hofe sowie Jesuitenpater gewesener Onkel?

Einen derart indiskreten Blick hinter die Geschichtskulissen zu werfen, mag tollkühn und sogar vermessen erscheinen. Das Stück läuft auf der Bühne, vor den Beleuchtungseinheiten der Vorder-, der Ober- und der Seitenlichter. So ist das normal bei jeder Show; und wer die Requisiten sehen will, kann leicht als lästig und schlecht erzogen angesehen werden.

Und doch ist der Ort, von dem die fesselnden Schauspieler kommen, an denen der Blick der Öffentlichkeit haftet, die Hinterbühne. Da, wo wir diese "Kirchenmonster" studieren und uns klar wird, daß sie weit entfernt davon sind, den Persönlichkeiten, die sie angeblich darstellen, zu gleichen, ist das nur zu offensichtlich.

Und so scheint es auch im Falle Himmler gewesen zu sein. Aber wäre es nicht richtig, selbiges von dem zu sagen, dessen rechte Hand er war - von Hitler?

Als wir Hitler gestikulierend auf den Leinwänden sahen oder seine hysterischen Reden brüllen hörten, hatten wir da nicht den Eindruck, die Bewegungen eines schlecht eingestellten Roboters mir überdehnten Federn zu sehen? Selbst seine einfachsten und ruhigsten Bewegungen erinnerten uns an eine mechanische Marionette. Und erst seine dumpfen und grobschlachtenen Augen, fleischige Nase, aufgedunsene Physiognomie (Erscheinung), deren Derbheit hinter jenem berühmten Haarteil und scheinbar unter seine Nüstern geklebten Bürstenbart nicht zurücktrat.

War dieser Kampfhund öffentlicher Versammlungen wirklich ein Chef?, der "wahre" Herr über Deutschland, ein "echter" Staatsmann, dessen Genialität im Begriffe war, die Welt aus den Angeln zu heben?

Oder war er nur ein schlechter Ersatz für all jenes? Eine schlaue aufgebauschte Deckhaut, ein Massenausnutzungsphantom, ein Aufwiegler?

Er selbst gab es zu, als er sagte: "Ich bin nur ein Bote." Francois-Poncet (André Francois-Poncet, 1887-1978), damaliger französischer Botschafter in Berlin, bestätigt, daß Hitler sehr wenig arbeitete, kein Leser war und seinen Mitarbeitern ihren Willen ließ.

Den gleichen Eindruck von Leere und Unwirklichkeit vermittelten seine Gehilfen. Deren erster, der 1941 nach Schottland geflohene Rudolf Heß (NS-Politiker, 1894-1987) sah seiner eigenen Verurteilung in Nürnberg als gänzlich Fremder zu und wir haben nie erfahren, ob er vollständig geisteskrank oder nur ein Irrer war. Der zweite war der groteske, eitle und fette, die ungewöhnlichsten Phantasieuniformen tragende Vielfraß, Gemälderäuber und - als Krönung: morphiumsüchtige - Göring.

Die anderen maßgeblichen Parteipersonlichkeiten bargen dieselbe Ähnlichkeit und bei den Nürnberger Prozessen war die für die Journalisten überraschendste Meldung, daß diese NS-Helden - abgesehen von ihren persönlichen Macken - weder intellektuell noch charakterlich glänzten und sie mehr oder weniger unscheinbar waren.

Der einzige - nicht seines moralischen Wertes, sondern seines Scharfsinnes wegen - über jener rohen Horde Stehende war der Kämmerer Seiner Heiligkeit, Franz von Papen, "der Mann für alles" ... der freilich freigesprochen werden mußte.

Kommt der Führer als merkwürdige Marionette daher, war da der, dem er sich nachempfand, konsequenter? Rufen wir uns die lächerlichen Auftritte jenes "karnevalsreifen Cäsaren" (Mussolini) zurück, der seine großen schwarzen Augen unter jenem seltsamen mit Vorhangquasten geschmückten Hute funkeln lassen wollte! Und jene für die Propaganda gemachten Fotografien von seinen Füßen, und die alleinig seine gen Himmel weisenden Kinnladen zeigen, den Wundermann als unverrückbaren Felsen - Darstellung eines Willens, der keine Hindernisse kannte!

Was für ein Wille!

Aus den Vertraulichkeiten einiger seiner Gefährten bekommen wir das Bild eines stetig Unentschlossenen; dieser "furchterregende Mann", für den es hieß, mit Urgewalt "in alles eindringen" (um Kardinal Rattis, Achille Ratti, des späteren Pius XI. Begriffe zu verwenden), hat den ihm vom Jesuitenkardinal und Staatssekretär Gasparri im Namen des Vatikans gemachten Annäherungsversuchen nicht widerstanden.

Nach nur wenigen geheimen Treffen war der Revolutionär dazu überredet, unter des Heiligen Vaters Flagge mit Sack und Pack anzuheuern und die uns derart gut bekannte glänzende Karriere einzuschlagen - und so konnte der ebenfalls gut bekannte frühere Minister Carlo Sforza schreiben:

"Eines Tages, wenn die Zeit den Groll und Haß abgeschwächt haben wird, wird man - so hoffen wir - erkennen, daß die Orgie der grausamen Brutalitäten, die Italien zwanzig Jahre lang in ein Gefängnis verwandelte, und der Trümmerschutt des Zweiten Weltkriegs ihren Ursprung in einem nahezu einzigartigen historischen Fall genommen hatten: dem völligen Mißverhältnis zwischen der künstlich geschaffenen Legende um einen Namen und den wahren Eigenschaften der diesen Namen tragenden armseligen Kreatur, eines Mannes, dem Kultur kein Hindernis war."

Diese perfekte Formel ist anwendbar auf Hitler und Mussolini gleichermaßen: gleiches Mißverhältnis zwischen Legende und Eigenschaften, gleiche "Kulturlosigkeit" in jenen beiden mittelmäßigen Abenteurern mit nahezu identischen Vergangenheiten; erklären lassen sich ihre Blitzkarrieren letztlich nur durch ihre Gabe der sie ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit rückenden Massenagitation.

Wenn man weiß, daß die Erscheinung des Führers auf den deutschen Leinwänden aus heutiger Sicht nichts weiter als ein großes Lachen hervorruft, dann zweifelt man an der "künstlich geschaffenen" Legende um so weniger.

War aber nicht gerade die Minderwertigkeit dieser "Männer der Vorsehung" der Grund, weshalb man sich dafür entschied, eben diese beiden an die Macht zu hieven? Tatsache ist, daß der gleiche Mangel an persönlichen Qualitäten in allen jenen, die das Papsttum zu seinen Verfechtern wählte, zu finden ist.

Es gab in Italien und Deutschland einige "echte" Staatsmänner, "echte" Chefs, die - unter Verzicht auf dieses wahnsinnige "Mystische" (gefühlbetonte Streben nach unmittelbarer Verbindung mit übersinnlichen Mächten) - die Fähigkeit, das Ruder zu übernehmen, durchaus gehabt hätten. Nur war deren Intellekt zu aufgeweckt und zu unfügsam. Der Vatikan und insbesondere der "schwarze Papst" von Ledochowski konnte diese - der feurigen Formel entsprechend - nicht "als Stab in seiner Hand" halten und um jeden Preis bis zum Eintreten der Katastrophe seinen Zielen dienen lassen.

Wie der Revolutionär Mussolini von den Abgesandten des Heiligen Stuhls gleichsam einem Handschuh vollends umgekrempelt wurde, haben wir gesehen.

Als genauso formbar sollte sich der eiserne Hitler erweisen. Ledochowskis Plan bestand ursprünglich darin, eine Föderation katholischer Nationen in Mittel- und Osteuropa zu schaffen, in der Bayern und Österreich (regiert vom Jesuiten Seipel) die Vorrangstellung haben würden. Bayern galt es, von der deutschen Weimarer Republik zu separieren - und wie durch Zufall war der österreichischstämmige Agitator Hitler damals bayrischer Separatist.

Die Chance aber, diese Föderation zu verwirklichen und einen Habsburger an ihre Spitze zu setzen, wurde immer geringer, während sich der von München nach Berlin gezogene Nuntius Monsignore Pacelli infolge der kläglichen Unterstützung, die ihr die Alliierten gewährten, der Schwäche der Deutschen Republik immer bewußter wurde. Und so wurde im Vatikan die Hoffnung geboren, sich Deutschlands in seiner Gänze zu bemächtigen, und der Plan entsprechend geändert:

"Was verhindert werden mußte, war die Vorherrschaft des protestantischen Preußens, und da es das Reich war, das Europa beherrschen sollte - um den Föderalismus der Deutschen abzuwenden - galt es, ein neues Reich zu schaffen, in dem die Katholiken das Sagen hätten." Das war ausreichend. Samt seinen "Braunhemden" völlig aufräumend, wurde der bis dahin bayrische Separatist Hitler über Nacht zum motivierten Verfechter des Großreichs. ...<<

Hitlers ausländische Bewunderer, Förderer und Kritiker

Der französische Außenminister Jean Louis Barthou lobte Hitler im Jahre 1934 als einen "wahren Friedensfreund" (x025/129).

Winston Churchill lobte Hitler im Jahre 1935 (x025/128): >>... für den Mut, die Beharrlichkeit und die vitale Kraft, die ihn befähigen, allen Mächten und Widerständen, die seinen Weg versperrten, zu trotzen oder sie herauszufordern, sie zu versöhnen oder zu überwinden.<<

Die Zeitung "Daily Mail" bezeichnete im Jahre 1936 das Hitler-Reich als eine "Notwendigkeit für Europa".

Für David Lloyd George (britischer Ex-Premierminister) war Hitler damals einer der größten lebenden Deutschen, ein "deutscher George Washington" (x025/129).

US-Botschafter Dodd meldete am 27. Januar 1937 aus Berlin (x068/228): >>Informationen, die mir in letzter Zeit zugegangen sind, besagen, daß amerikanische Banken erwägen, Italien und Deutschland neue Kredite und Anleihen zu geben, obgleich die Kriegsindustrie dieser beiden Länder bereits groß genug ist, um den Frieden der Welt zu bedrohen.<<

Edward W. Halifax (1881-1959, von 1925-31 Vizekönig von Indien, 1938-40 britischer Außenminister) erklärte im November 1937 während einer Unterhaltung mit Hitler (x073/176): >>Er und andere Mitglieder der Regierung (seien) davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne. ...<<

Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).

Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 zum Mann des Jahres (x268/50).

Hitler, der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle, finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht.

Die riskanten Revisionen Hitlers, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Der US-Diplomat William C. Bullit (bis 1941 US-Botschafter in Frankreich) erklärte bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<

Premierminister Churchill erklärte am 22. Juni 1941 in einer Rundfunkansprache (x106/108): >>... Hitler ist ein Ungeheuer von unersättlicher Bosheit in seiner Blut- und Plünderungsgier. Nicht zufrieden damit, ganz Europa unter seinem Absatz zu haben oder es in verschiedenen Formen abscheulicher Unterwürfigkeit unter Terror zu halten, muß er jetzt sein Werk der Schlächtereie und Zerstörung zu den Volksmengen Rußlands und Asiens tragen. ...

Niemand ist ein konsequenterer Gegner des Kommunismus gewesen als ich. Ich will kein Wort widerrufen ... Aber alles dies verblaßt vor dem Schauspiel, das sich jetzt entfaltet. ... Jedermann, der gegen den Nationalsozialismus kämpft, erhält unsere Hilfe. Jeder, der mit ihm

marschiert, ist unser Gegner. ... Wir haben Rußland alle technische und wirtschaftliche Hilfe, die ihm von Nutzen sein kann, angeboten.<<

Im Oktober 1944 beschuldigte US-Senator Claude Pepper den späteren nordamerikanischen Außenminister John F. Dulles (x068/226): >>... Denn es waren Dulles' Firma und die Schroeder-Bank, die Hitler das Geld beschafften, das er benötigte, um seine Laufbahn als internationaler Bandit anzutreten.<<

Nach einem Pressebericht im Januar 1933 erinnerte die "New York Times" am 11. November 1944 nochmals an den Dulles-Besuch in Köln und das brisante Geheimgespräch im Kölner Bankhaus Schroeder im Januar 1933.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Unterstützung des NS-Regimes durch US-Banken (x068/226-227): >>Schon im Oktober 1944 hatte US-Senator Claude Pepper, Florida, geäußert, zu jenen, die Hitler zur Macht verhelfen, habe auch John Foster Dulles gehört, "denn es waren Dulles' Firma und die Schroeder-Bank, die Hitler das Geld beschafften, das er benötigte, um seine Laufbahn als internationaler Bandit anzutreten".

Erstaunt es, daß ausgerechnet John Foster Dulles sich derart engagierte, der nachmalige US-Außenminister und Adenauer-Freund?

Doch war damals, 1932/33, nicht auch Adenauer selbst dafür eingetreten, daß die Hitlerpartei "unbedingt führend an der Regierung vertreten" sein müsse?

Er war.

Und agitierte dafür nicht mit aller Kraft auch Adenauers Glaubens- und Parteigenosse Franz von Papen, der baldige Stellvertreter Hitlers und Päpstliche Kammerherr?

Er agitierte.

Und Papen kannte natürlich auch den Bankier und Parteigenossen Baron Schroeder, der seinerseits wieder nicht nur mit Hitlers Wirtschaftsberater Keppler in ständiger Verbindung stand, sondern zugleich auch mit einem amerikanischen Banken-Konzern, den John Foster Dulles juristisch beriet. Nach US-Presseberichten nahm Dulles auch an jener, so Papen später, "nun geschichtlich gewordenen Unterredung" im Hause von Schroeder teil, bei der, wie man annehmen darf, Papen Hitler die Unterstützung des Papstes zugesichert hat.

Die New York Times berichtet im Januar 1933 über den Dulles-Besuch in Köln und erinnert noch einmal am 11. November 1944 daran. Beide Artikel sollen aber aus den amerikanischen Bibliotheken verschwunden sein. Auch der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, William E. Dodd, notiert in seinem Tagebuch, daß die von Dulles vertretenen Banken schon Ende 1933 Deutschland Anleihen im Wert von einer Milliarde Dollar gewährt hatten.

Auf diese Zusammenhänge machte ich in mehreren Artikeln aufmerksam. Dazu schrieb mir ein junger Politologe:

"Meine eigenen Nachforschungen geben Ihnen Recht. Ich schreibe gegenwärtig eine Dissertation über das Thema eines Weltbürgerkrieges von 1939-45, der mit einer neuen Siegeridentität für die Deutschen endete. Seit 1945 gibt es im Westen Deutschlands befreite Demokraten, im Osten befreite Sozialisten.

Aber wo bleiben die besiegten Deutschen?

In der Erforschung der Großlage stieß ich auf die obige Stelle in Ihrem Artikel. Das bringt mich zur eigentlichen Frage an Sie:

Ist es möglich, von Ihnen eine unzensurierte Fotokopie oder das genaue Datum und Titel der NYT Artikel im Januar 1933, sowie die Überschrift des Artikels vom 11. November 1944 zu erhalten?

Die NYT aus diesen Jahren ist bei den mir zur Verfügung stehenden Quellen auf Mikrofilm gespeichert. An der Universität von Kalifornien in Los Angeles faßte ich die Kopien aus. Erstaunlicherweise, die Ausgabe vom 11. November 1944 ist ganze 14 Seiten kürzer, von nor-

malen 40 Seiten schrumpfte die Kopie auf dem Film auf 26 zusammen. Meine Fragen an die Bibliothekare wurden nur mit ungläubigem Achselzucken beantwortet.

Die Januar 1933-Ausgaben enthalten keine Angaben über den angeblichen Besuch Dulles' bei Schroeder; auch hier griff jemand vorsätzlich zur Schnittschere. Man schlug dann vor, daß ich die besagten Artikel aus dem Ausland beziehe, bevor ich mich zwecks einer Erklärung und Vergleich an die NYT wende. Weiter erfuhr ich, daß die Mikrofilmkopien in Michigan durch Ann Arbor hergestellt werden, eine der wenigen Zentralstellen, wo möglich direkter Einfluß und Zensur von Washington ausgeübt werden konnte.

Es ist durchaus denkbar, daß in den Jahren nach dem Krieg gewisse Informationen verschwanden, waren (und sind) doch bestimmte Gruppen in den USA an einem ganz bestimmten historischen (Zerr)Bild Deutschlands interessiert." ...<<

Hitlers militärische Fehlentscheidungen

Obleich die schnellen deutschen Panzertruppen (Generalfeldmarschall von Kleist) während des Westfeldzuges unaufhaltsam in Richtung französische Kanalküste vorstießen, befahl Hitler am 24. Mai 1940 den überlegenen deutschen Panzertruppen, die erfolgreiche Offensive zu unterbrechen.

Generaloberst Guderian schrieb später über Hitlers Fehlentscheidung (x138/54): >>Wir waren sprachlos! ...<<

Angesichts der schweren Niederlagen erteilte der britische Kriegsminister Eden den sofortigen Evakuierungsbefehl für das britische Expeditionskorps.

Hitlers "Halt-Befehl" ermöglichte damals nachweislich die Evakuierung des vollständig geschlagenen britisch-französischen Heeres. Vom 27. Mai bis zum 4. Juni 1940 konnten über 215.000 Briten und 123.000 Franzosen mit Schiffen aus Dünkirchen abtransportiert werden ("Wunder von Dünkirchen").

Hitler, der sich nach dem "Blitzkrieg" gegen Polen bereits für den "größten Feldherrn aller Zeiten" hielt, ließ das vollständig geschlagene britisch-französische Heer bei Dünkirchen entkommen, weil er die "germanischen Vettern" angeblich nicht unnötig demütigen wollte und irrtümlich auf Englands Verständnis und Einsicht hoffte (x023/427).

Am 19. Dezember 1941 entließ Hitler Generalfeldmarschall von Brauchitsch (Oberbefehlshaber des Heeres) wegen eines angeblich schweren Herzleidens, übernahm selbst den Oberbefehl über das deutsche Heer und entmachtete danach die gesamte militärische Führung.

Hitler bemerkte am 19. Dezember 1941 gegenüber Generaloberst Halder (x033/232): >>...

Das bißchen Operationsführung kann jeder machen. Die Aufgabe des Oberbefehlshabers des Heeres ist es, das Heer nationalsozialistisch zu erziehen. Ich kenne keinen General des Heeres, der diese Aufgabe in meinem Sinn erfüllen könnte. Darum habe ich mich entschlossen, den Oberbefehl über das Heer selbst zu übernehmen.<<

Hitler, der in den ersten Kriegsmonaten meistens taktisch richtig entschieden hatte, versagte vor allem in den entscheidenden Phasen des deutsch-sowjetischen Ostkrieges und traf trotz frühzeitiger Mahnungen der Generäle reihenweise katastrophale Fehlentscheidungen. Mit zunehmender Kriegsdauer entwickelte sich Hitler nachweislich zum größten Gegner der deutschen Wehrmacht. Hitlers laienhafte Befehle besiegelten schließlich den Untergang des gesamten deutschen Ostheeres.

Im Verlauf des "Ostkrieges" verursachten die "Führer-Befehle" ständig neue Katastrophen. Besonders Hitlers unsinnige "Haltetaktik" verhinderte oftmals den rechtzeitigen Rückzug oder dringend erforderliche Verkürzungen der Frontlinien. Angesichts der hoffnungslos überdehnten Ostfront wirkten sich Hitlers Stellungskriegsmethoden zwangsläufig verheerend aus. Hitlers militärische Fehlleistungen und krankhafte Selbstüberheblichkeit forderten schließlich Millionen von Opfern.

Die Tapferkeit und bedingungslose "Nibelungentreue" der deutschen Wehrmacht wurde durch Hitler letztendlich schändlich verraten. Wider den Rat seiner erfahrenen Heerführer opferte Hitler später leichtfertig komplette Armeen. In Stalingrad (1942/43), Nordafrika (1943), Weißrußland (1944), Rumänien (1944), Ostpolen und im Baltikum (1945) richteten Hitlers Fehler vernichtende Niederlagen an, bei denen der "Führer" mindestens 100 deutsche Divisionen mit rd. 1,5 Millionen Soldaten in den sicheren Tod hetzen ließ (x076/228).

Vom 22. Juni bis zum 8. Juli 1944 wurden in Weißrußland 28 Divisionen der deutschen "Heeresgruppe Mitte" (Generalfeldmarschall Busch) fast vollständig zertrümmert. Rd. 350.000 deutsche Soldaten fielen oder galten danach als vermißt (x040/221). Gegen diese verheerende Katastrophe, die Hitler zweifellos verschuldet hatte, war die verlustreiche Kesselschlacht im weitentfernten Stalingrad geradezu "unbedeutend". Im Jahre 1942/43 hatte die Vernichtungsschlacht um Stalingrad "nur" rd. 125.000 Tote und 91.000 Kriegsgefangene (nach sowjetischen Angaben rd. 130.000 Kriegsgefangene) gefordert (x040/160, x041/129).

Hitler beabsichtigte, sein eigenes Leben so teuer wie möglich zu verkaufen. Die Tatsache, daß der Preis zwangsläufig das Leben, die Gesundheit und die Ehre sowie das Vermögen des deutschen Volkes war, entsprach Hitlers Vernichtungsplänen (x054/230).

Am 19. März 1945 erließ Hitler den Befehl "Verbrannte Erde" bzw. den sog. "Nero-Befehl" (x040/272). Danach waren alle militärischen Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte, die sich der Feind innerhalb des Reichsgebietes nutzbar machen konnte, zu zerstören. Nachdem Stalin diese Taktik der "verbrannten Erde" bereits während der sowjetischen Rückzugsschlachten 1941/42 angeordnet hatte, befahl Hitler jetzt ähnliche Vernichtungsaktionen. Die deutschen Reichsgebiete sollten ausnahmslos in Trümmerwüsten verwandelt werden. Albert Speer (Hitlers Chefarchitekt) lehnte diese Zerstörungsmaßnahmen ("Nero-Befehl") jedoch entschieden ab, weil er die Lebensbasis des Volkes nicht vorsätzlich vernichten wollte.

Hitler, der nach wie vor keinen Widerspruch duldet, erwiderte daraufhin in eisigem Ton (x069/193-194): >>Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu einem primitiven Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil, es ist besser, selbst diese Dinge zu zerstören, denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft. Was nach dem Kampf übrigbleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen. ...<<

Hitlers Ende

Als Hitler während der täglichen Lagebesprechung am 30. April 1945 erfuhr, daß die sowjetischen Truppen bereits den Potsdamer Platz erreicht hatten und z.T. nur noch 300-400 m entfernt waren, ließ Hitler am Nachmittag seinen Wolfshund "Blondi" vergiften. Danach verabchiedeten sich Hitler und seine Frau, um Selbstmord zu begehen.

Hitler, der seit 1933 die "alleinige Führerverantwortung" verherrlichte, entzog sich erwartungsgemäß der Haftung und Verantwortung. Adolf Hitler, 1889 in Braunau/Österreich geboren, schoß sich am 30. April 1945 einige Minuten nach dem Tod seiner Ehefrau in die rechte Schläfe und zerbiß vermutlich gleichzeitig eine Blausäurekapsel (x044/82).

Der uneinsichtige Zyniker äußerte kurz vor seinem Freitod am 30. April 1945 (x033/611): >>... Ich weiß, morgen schon werden mich Millionen Menschen verfluchen, - das Schicksal wollte es nicht anders ...<<

Im politischen Testament Hitlers hieß es z.B. (x023/368-369,372): >>... Ich habe noch drei Tage vor Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges dem britischen Botschafter in Berlin eine Lösung der deutsch-polnischen Probleme vorgeschlagen – ähnlich der im Falle des Saargebietes unter internationaler Kontrolle. Auch dieses Angebot kann nicht weggeleugnet werden. Es wurde nur verworfen, weil die maßgebenden Kreise der englischen Politik den Krieg wünsch-

ten, teils der erhofften Geschäfte wegen, teils getrieben durch eine, vom internationalen Judentum veranstaltete Propaganda.

Ich habe aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn die Völker Europas wieder nur als Aktienpakete dieser internationalen Geld- und Finanzverschwörer angesehen werden, dann auch jenes Volk mit zur Verantwortung gezogen wird, daß der eigentliche Schuldige an diesem mörderischen Ringen ist: Das Judentum!

Ich habe weiter keinen darüber im Unklaren gelassen, daß dieses Mal nicht nur Millionen Kinder von Europäern der arischen Völker verhungern werden, nicht nur Millionen erwachsener Männer den Tod erleiden und nicht nur Hunderttausende von Frauen und Kindern in den Städten verbrannt und zu Tode bombardiert werden dürften, ohne daß der eigentliche Schuldige, wenn auch durch humanere Mittel, seine Schuld zu büßen hat.

Nach einem sechsjährigen Kampf, der einst in die Geschichte trotz aller Rückschläge als ruhmvollste und tapferste Bekundung des Lebenswillens eines Volkes eingehen wird, kann ich mich nicht von der Stadt trennen, die die Hauptstadt dieses Reiches ist. Da die Kräfte zu gering sind, um dem feindlichen Ansturm gerade an dieser Stelle noch länger standzuhalten, der eigene Widerstand aber durch ebenso verblendete wie charakterlose Subjekte allmählich entwertet wird, möchte ich mein Schicksal mit jenem teilen, das Millionen anderer auch auf sich genommen haben, indem ich in dieser Stadt bleibe. Außerdem will ich nicht Feinden in die Hände fallen, die zur Erlustigung ihrer verhetzten Massen ein neues, von Juden arrangiertes Schauspiel benötigen.

Ich hatte mich daher entschlossen, in Berlin zu bleiben und dort aus freien Stücken in dem Augenblick den Tod zu wählen, in dem ich glaube, daß der Sitz des Führers und Kanzlers nicht mehr gehalten werden kann. Ich sterbe mit freudigem Herzen angesichts der mir bewußten unermesslichen Taten und Leistungen unserer Soldaten an der Front, unserer Frauen zuhause, den Leistungen unserer Bauern und Arbeiter und dem in der Geschichte einmaligen Einsatz unserer Jugend, die meinen Namen trägt. ...<<

>>... Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum.

Gegeben zu Berlin, den 29. April 1945, 4.00 Uhr.

Adolf Hitler

Als Zeuge:

Dr. Joseph Goebbels, Martin Bormann, Wilhelm Burgdorf, Hans Krebs.<<

Der NS-Rundfunk berichtete am 1. Mai 1945, um 22.26 Uhr, über Hitlers angeblichen Helldentod (x023/352): >>Aus dem Führerhauptquartier wird gemeldet, daß unser Führer Adolf Hitler heute nachmittag in seinem Befehlsstand in der Reichskanzlei, bis zum letzten Atemzug gegen den Bolschewismus kämpfend, für Deutschland gefallen ist. Am 30. April hat der Führer Großadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger ernannt.<<

Adolf Hitler gehörte sicherlich zu den erstaunlichsten Personen der Weltgeschichte. Obwohl dieser arbeitslose, berufslose "Künstler" noch mit 30 Jahren eine gescheiterte Existenz war, wurde der ehemalige Österreicher mit 44 Jahren das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und beendete mit 56 Jahren sein Leben in einem einzigartigen Chaos.

Hitler hinterließ ein fast völlig zerstörtes Land und führte das Deutsche Reich nicht nur in die größte militärische und moralische Katastrophe der deutschen Geschichte, sondern er verursachte außerdem eine Staatsverschuldung von gigantischen Ausmaßen in Höhe von ca. 380,0-400,0 Milliarden RM (x033/620). Das Deutsche Reich verlor außerdem etwa 50 % des gesamten Volksvermögens (x074/1158).

Hitler war zweifelsfrei ein gefährlicher Psychopath, der unter "normalen Umständen" sicher-

lich irgendwann im Irrenhaus oder im Zuchthaus gelandet wäre. Er verdankte seine "außergewöhnliche Karriere" in erster Linie den verhängnisvollen Folgen der Versailler "Friedensverträge", die das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg fast völlig zerbrachen, und der gewaltsamen Errichtung der NS-Diktatur (Bildung eines "Verbrecherstaates").

Nach Hitlers Wahnvorstellungen sollte das "Dritte Reich" 1.000 Jahre dauern, aber schon nach "nur" 12 Jahren war der "braune Spuk" bereits vorbei. Der Traum vom 1.000jährigen 3. Reich wurde für die deutsche Nation schließlich zu einem endlosen Alptraum.

Durch die furchtbaren NS-Massenverbrechen besudelte Hitler das Ansehen und die Ehre des gesamten deutschen Volkes, das sich seit uralten Zeiten besonders durch seinen ausgeprägten Sinn für Recht und Redlichkeit ausgezeichnet hatte. Innerhalb von nur 12 Jahren zerstörte dieser größtenwahnsinnige "Führer", der eigentlich nur eine fremdbestimmte Marionette seiner perfiden ausländischen NWO-Geldgeber war, eine mehr als 1.000jährige glanzvolle deutsche Geschichte.

Dieser "selbsternannte Führer" der NS-Verbrecherorganisation degradierte die jahrhundertlang geachteten, stolzen Deutschen schließlich zu einem gebrochenen und mit beispielloser Schande belasteten "Volk der Täter". Vor allem der völlig sinnlose Völkermord an den europäischen Juden wird seit Jahrzehnten erfolgreich genutzt, um das gesamte deutsche Volk mit Hilfe der völkerrechtswidrigen "Kollektivschuld" zu brandmarken und unaufhörlich zu diskriminieren.

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der satanischen Neuen Weltordnung: Willy Brandt

Das einzig Echte an manchen Menschen ist ihre Falschheit.

Unbekannter Verfasser

Willy Brandt (1913-1992, eigentlicher Name: Herbert Ernst Karl Frahm, deutscher Journalist, emigrierte 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964-1987 SPD-Vorsitzender, 1966-1969 Vizekanzler und Außenminister, 1969-1974 Bundeskanzler, erhielt 1971 den Friedensnobelpreis, 1974 Rücktritt wegen einer Spionageaffäre, 1976-1992 Präsident der Sozialistischen Internationale).

Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Nach dem Motto "mehr Demokratie wagen", führte Brandt einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel durch. In der Ostpolitik verfolgte er den umstrittenen "Wandel durch Annäherung".



Abb. 84 (x101/81): Ein Bild, das um die Welt ging: Der Kniefall Bundeskanzler Brandts vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970.

Brandts Außenpolitik führte zur (wenn auch nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Brandts Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970 "ging damals um die Welt". Die Verträge von Moskau und Warschau und leiteten schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis und 1981 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith.

Die deutsche Journalistin Wibke Bruhns schrieb am 5. Mai 2004 in der Zeitschrift "Stern":

>>**Willy Brandt: Demontage einer Lichtgestalt**

Es war nicht allein Günter Guillaume, der Willy Brandt vor 30 Jahren zu Fall brachte, es war auch der Verrat in den eigenen Reihen, meint die Brandt-Vetraute Wibke Bruhns. Und es war seine totale Fremdheit in den kleinen Gefühlswelten.

Nach dreißig Jahren immer noch dieses Bild: Willy Brandt im Fraktionssaal der SPD am 7. Mai 1974, die Hände, wie nicht dazugehörig, parallel auf dem Tisch, das Gesicht versteinert. Gerade hat Herbert Wehner dem scheidenden Kanzler einen mächtigen Strauß roter Rosen in Zellophan überreicht und seine Stimme hat sich dabei fast überschlagen: "Wir alle lieben ihn!" Egon Bahr war in Tränen ausgebrochen - über diese "Gemeinheit und die Heuchelei", wie er später schreibt. Willy Brandt scheint nichts vom Aufruhr der Genossen um ihn herum wahrzunehmen, die Augen gehen ins Leere. In den Falten um seinen Mund liegen tiefe Schatten.

Ein unmißverständlicher Hinweis

"Judas!" haben wir uns empört damals über "Onkel Herbert", und immer noch, wenn ich an den Rücktritt Willy Brandts denke, sehe ich dieses Bild vor mir, höre ich die Stimme Herbert Wehners, der den Kanzler ein paar Tage zuvor auf einer Klausurtagung in Münstereifel scheinheilig seiner "uneingeschränkten Treue für jede denkbare Entwicklung" versichert hat. Aber er tat nichts, um Brandt im Amt zu halten - für den Kanzler der unmißverständliche Hinweis, daß der allmächtige Fraktionschef seinen Rücktritt für unumgänglich hielt.

Im Nachhinein ist das ja gar nicht verkehrt gewesen: Für die kommenden Jahre, zunehmend dominiert von der Auseinandersetzung um die RAF, war Helmut Schmidt mit Sicherheit der bessere Kanzler. Für Brandt selbst bedeutete dieses Ende den Beginn einer glanzvollen internationalen Karriere als Präsident der Sozialistischen Internationale, als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission, als begehrter Ratgeber von Regierungschefs in aller Welt. Aber für uns, für den sozialdemokratischen Teil des Wahlvolks, war der Rücktritt der Beleg für die Ranküne in der Politik, für Verrat und Machtversessenheit.

Wibke Bruhns

Die Journalistin begegnete Willy Brandt als TV-Moderatorin und "Stern-Autorin" und verbrachte mit ihrer und der Kanzlerfamilie Ferien in Norwegen. Ihr Fazit: In Gefühlsdingen war der Kanzler sprachlos. Bruhns' kürzlich erschienenenes Buch "Meines Vaters Land" wurde ein Bestseller.

Daß die DDR dem Kanzler der Bundesrepublik, dem Architekten der Entspannungspolitik, eine Laus in den Pelz gesetzt hatte in Gestalt des Spions Günter Guillaume, war schlimm genug. Schlimmer war die hanebüchene Inkompetenz des Verfassungsschutzes in diesem Fall, das Lavieren der verantwortlichen Mitarbeiter von Innenminister Genscher bis zu Kanzleramtschef Horst Grabert. Am schlimmsten war die Demontage des Mannes, der angetreten war, "mehr Demokratie zu wagen".

Mobilisierung quer durch alle Schichten

Denn das hatte er unter die Menschen getragen. Nie zuvor und seither niemals wieder haben sich Bürger in der alten Bundesrepublik mit einer solchen Leidenschaft für ihren Staat, seine Politik und deren Protagonisten engagiert. Die Mobilisierung ging quer durch alle sozialen Schichten, Abertausende Menschen waren aktiv und kreativ, von Dichturfürsten wie Heinrich Böll und Siegfried Lenz bis zur bayerischen Bäckerfrau, Menschen, die bisher Politik immer anderen überlassen hatten. Alles kristallisierte sich um die sozialliberale Regierung, knäuelte sich fest am Kanzler, an Willy Brandt.

Das war anderthalb Jahre vor seinem Rücktritt, ich rede vom Wahljahr 1972, die Zeit, in der ich Willy Brandt begegnet bin. Weder der Kniefall in Warschau noch der Friedensnobelpreis, auch nicht die weltweite Anerkennung der neuen Ostpolitik hatten dem Regierungschef im

eigenen Land zu einem Konsens verhelfen können. In einer beispiellosen Kampagne versuchte die Union, den Verlust der Macht von 1969 noch vor Ende der Legislaturperiode rückgängig zu machen. Willy Brandt sollte ein Übergangskanzler bleiben, ein Irrtum der Geschichte, der von den Christdemokraten schleunigst bereinigt werden würde.

Durch Überläufer war die ohnehin knappe Mehrheit der Regierung Brandt/Scheel im Bundestag geschmolzen. Rainer Barzel versuchte am 27. April sein konstruktives Mißtrauensvotum. Er scheiterte, zwei Stimmen fehlten. Draußen im Land hatten sich überall Mensentrauben vor den Fernsehgeschäften versammelt, es herrschte eine stumme, gespannte Erwartung. Dann das Ergebnis.

Wildfremde Leute umarmten sich, das Fernsehen zeigte jubelnde Bergleute und Automonteuere. Wie versteinert ging der Kanzler durch die völlig aus dem Häuschen geratenen Fraktionskollegen, nicht die Andeutung eines Lächelns stand im Gesicht. Er und Rainer Barzel drückten sich stumm die Hand.

50.000 Mark für ein Votum gegen Barzel

Damals kannte ich Willy Brandt noch nicht. Aber ich war Teil dieser wütenden Empörung, die durchs Land zog, weil das Mißtrauensvotum nicht als eine demokratische Spielart des Machtwechsels angesehen wurde. Statt dessen vermuteten wir wüste Verschwörungen, wo Stimmenkauf Parlamentarier dazu brachte, die Seiten zu wechseln. So war es ja auch, wie wir heute wissen. Zusätzlich mischte die Stasi mit, die den CDU-Abgeordneten Julius Steiner mit 50.000 Mark zum Votum gegen Barzel veranlasste.

Im darauf folgenden Sommer, im Garten des Brandtschen Ferienhauses im norwegischen Vangsasen bei Hamar, erhielt ich von Brandt eine politische Nachhilfestunde über die Nachtseiten des Machterhalts. Zwar sprach er nicht expressis verbis davon, die SPD habe es dem politischen Gegner gleichgetan. Aber in seinen langen, von Konjunktiven durchflochtenen Sätzen näherte er sich umschweifig der Überlegung, daß Anstand angesichts offenkundiger Schweinereien auf der anderen Seite der eigenen Sache nicht nur nicht nützen, sondern vermutlich eher schaden würde.

Damals war ich ziemlich fassungslos. Wir hatten einen fulminanten Wahlkampf hinter uns, in dem Gut und Böse klar definiert, Politik so einfach gewesen war. Das Gute waren die Ostpolitik und die zahlreichen innenpolitischen Reformen, das Gute war dieser Kanzler, der eine makellose politische Biographie vorzuweisen und damit vielen erstmals eine Identifikation mit der Politik ermöglicht hatte. Das Böse war ebenso leicht auszumachen gewesen. Es kam völlig unmaskiert daher, über zwei Jahrzehnte vorbereitet durch die Kampagnen wegen Brandts unehelicher Geburt, seines "Agentennamens" (Brandt alias Frahm), gegen den "Vaterlandsverräter", weil er Hitler-Deutschland verlassen und eine norwegische Uniform getragen hatte.

Jetzt war die Bundesrepublik überflutet worden von millionenschweren Anzeigen mit dubiosen Deckadressen ("Wählerinitiative Patriotische Mitte" oder "Gesellschaft für konstruktive Politik"), in denen es hieß: "Wer Brandt wählt, wählt Bolschewismus" oder - zum Aussuchen - "Bandenterror", "Hurerei", "Mord an ungeborenen Kindern". Eine "Aktion Nüchterne Bürger" hatte mit dem Bild einer Schnapsflasche inseriert: "Lieber Rainer Barzel als reiner Korn Brandt".

Transporteur sozialdemokratischer Tugenden

Vor so viel Dreck war Willy Brandt zur Lichtgestalt geworden, und damit konnte er, konnten aber auch seine politischen Freunde schlecht umgehen. Daß ich mich dann später in meinem hehren Demokratieverständnis verraten fühlte, weil der Kanzler Stimmenkauf als politisches Mittel nicht grundsätzlich ausschloß, hatte etwas mit meiner Naivität zu tun und war allenfalls mein Problem. Aber der Wahlkampf und die Selbstdarstellung von Partei und Regierung waren überwiegend auf die Person Willy Brandts als Transporteur sozialdemokratischer Tugenden abgestellt gewesen. Das schürte nicht nur die Rivalität in den eigenen Reihen, etwa bei

Schmidt und Wehner.

Es führte auch zu Enttäuschung bei Weggefährten im weiteren Umfeld, Journalisten etwa oder Wahlhelfern wie Günter Grass, wenn der Mensch Brandt dem Bild Brandts nicht entsprach. Und das tat er nicht. Er war nicht schlechter, was immer das heißen mag, er war anders, als die Leute ihn sich gestrickt hatten. Ich war 1973 sechs Sommerwochen lang viel mit ihm zusammen in Norwegen, weil ich für den "Stern" ein Porträt zu seinem 60. Geburtstag recherchierte. Rut Brandt hatte für meine Familie und mich ein Ferienhaus in ihrer Nähe besorgt. Es war der Guillaume-Sommer, der Anfang von Brandts Ende als Kanzler. Der DDR-Spion Günter Guillaume, Brandts persönlicher Referent, war als dienstliche Urlaubsbegleitung des Kanzlers mit von der Partie.

Ein Porträt über den Privatmann Willy Brandt zu schreiben, erwies sich als außerordentlich schwierig. Man kam an die Person nicht ran, nicht nur ich nicht, niemand. Wenn ich heute nachlese, was über Brandt "Menschliches" geschrieben wurde zu der Zeit, so ist das wenig, und es ist viel Projektion dabei - da wurde jemand skizziert, der sich als Vorlage verweigerte. Selbst Rut Brandt hat später mal gesagt: "Er sprach nicht."

Dabei redete er viel. Aber es waren immer die großen Weltentwürfe für ein freies, friedliches Miteinander, und der lange Weg der kleinen Schritte bis zum Ziel. Vor mir hatte ich einen der Baumeister der Helsinki-Konferenz KSZE, die - wer konnte das damals schon wissen? - zur Erosion des östlichen Machtblocks führte und damit zur Wiedervereinigung Deutschlands. Willy Brandt dachte "über den Tag hinaus", und ich war fasziniert von der präzisen gedanklichen Detailarbeit dabei, von der großen Geduld, die dennoch keinen Zweifel ließ an seiner Beharrlichkeit.

Dahinter aber verschwand das Private. Selbst in seinen Tagebüchern ist seitenlang zu lesen, was er in welcher Situation zu wem warum gesagt hat, aber fast nie, was er dabei empfunden hat. Egon Bahr hat mir mal auf die Frage, ob er den Menschen Brandt erlebt habe, sinngemäß geantwortet: Politiker sind wie Traber, getrimmt auf Höchstleistung in einer widernatürlichen Gangart, von Scheuklappen gehindert, die warme Welt zu sehen. Emotionale Krüppel seien sie - "das ist der Preis".

"Er war emotional nicht da"

Willy Brandt schien er nicht zu hoch zu sein. "Ich habe mich nicht nur an diese Art von Einsamkeit gewöhnt", steht als eine seiner wenigen persönlichen Anmerkungen in meinem Notizbuch. "Ich fühle mich insgesamt in ihr ganz wohl." Die Defizite lagen bei anderen. Brandts Sohn Peter erzählte mir in Norwegen, was früher in den Zeitungen teils bewundernd, teils harsch als des Kanzlers antiautoritäre Erziehung diskutiert wurde, sei in Wahrheit keine Erziehung gewesen: "Er war emotional nicht da." Peter Brandt argwöhnte zu der Zeit, vermutlich zu Recht, die vorgebliche Toleranz seines Vaters ergebe sich aus seiner Distanz. Er sei schlicht nicht interessiert.

Woran er interessiert war, außer dem Zustand der Welt und wie er zu verbessern sei, war nicht herauszubekommen. Vielleicht gab es ja tatsächlich nichts anderes. Wer abschweifen wollte auf Sport, Literatur, Musik, Kochrezepte, das Wetter, sah in ein leeres Gesicht, daß ... derlei Konversation verbat. Ich wußte nach Wochen noch nicht einmal, was er gern ißt. Meine kleine Tochter half in dem Fall, indem sie mir verriet: "Der Bundeskanzler ißt keine Kartoffeln." Das hatte er ihr bei einem Abendessen erzählt.

Mitteilungen über sich selbst fanden nicht statt. Es gab noch nicht mal Abwehr bei ihm in diesem Punkt - Willy Brandt hat mir ja durchaus Zugang gewährt. Ich glaube, so wie viele Männer nicht über ihr Innenleben reden können, weil sie es weder kennen noch zulassen, wußte er schlicht nicht, was ich von ihm wollte. Und ich war immerhin eine geübte 68erin, trainiert im Durchbuchstabieren seelischer Befindlichkeiten. Aber bei allem Erstaunen über meine Unverfrorenheit, mit der ich damals zu Werke ging, haben mir meine vergeblichen Versuche zwei-

erlei deutlich gemacht: Diese Kriegsgeneration war in Gefühlsdingen sprachlos, und Willy Brandt war ein besonders verschlossenes Exemplar.

Biographie als Abfolge chronologischer Daten

Selbst die Beschreibung seiner Kindheit in Lübeck - "unbehaust" hat er sie genannt -, seiner frühen Erfahrung mit den Nazis, der Reise im Fischkutter über die Ostsee in die Emigration, der Rückkehr in das zerstörte Deutschland nach dem Krieg geriet bei ihm zu einer Abfolge chronologischer Daten. Wo er seinen Bedarf an Wärme erfüllte, wie er mit Angst umging, Glücksmomenten, Phasen der Trauer oder Selbstzweifeln, nichts davon war von ihm zu erfahren, auch nicht "unter drei", dem journalistischen Kürzel für Hintergrundinformationen, die nicht veröffentlicht werden dürfen.

In meinem Brandt-Porträt damals bin ich ausgewichen auf einen Satz von ihm aus dem Jahr 1960, den ich in einem seiner frühen Bücher gefunden hatte. "Ich war beliebt, sogar populär im Kreise der Schulkameraden und Jugendgenossen", schreibt er da. "Aber soweit ich in Frage kam, blieben diese Beziehungen meist äußerlich. Es gab kein starkes Gefühl, dem ich mich rückhaltlos ausliefern konnte."

Heute nennen Wissenschaftler eine solche psychische Beschaffenheit "Gefühlsblindheit", und das trifft es bei Willy Brandt ziemlich genau. Zahlreiche Weggefährten hat er verprellt - Herbert Wehner, Helmut Schmidt, auch Günter Grass - weil er Nähe nicht zulassen konnte, zu Freundschaften nicht fähig war. Ihre Wutausbrüche und Illoyalitäten aus enttäuschter Liebe haben Brandt schwer beschädigt. Egon Bahr, der Freund, ist die einzige Ausnahme, von der ich weiß, und der hat Brandts "Fernsein" immer akzeptiert.

Vergnügliche Abendessen im norwegischen Garten

Sich auf einzelne Menschen einzulassen war Brandts Sache nicht. Er mochte Leute um sich haben, am liebsten in Gruppen, wo die Gefahr nicht bestand, daß ihn jemand mit Persönlichem belästigte. Dann war er witzig, schlagfertig, entspannt - wir haben mit anderen Gästen vergnügliche Abendessen in seinem norwegischen Garten erlebt, wo die hinreißende Rut Brandt mit ihrer Wärme und ihrer Selbstverständlichkeit jedem das Gefühl vermittelte, er sei besonders willkommen.

In solchen Situationen erzählte Brandt auch keine Witze. Diese Übung war für Genossen-Abende und Journalistenrunden reserviert - die auf Insiderinformationen hungrige Meute zum Lachen zu bringen, Anekdoten preiszugeben, scheinbar zugewandt und mitteilend zu sein und nichts, aber auch gar nichts zu erzählen. Brandt hat viele Stunden im Kanzlerzug mit derlei Exerzitien zugebracht.

Überhaupt, die Genossen. Ich hatte mir damals notiert: "Brandt hat ein großes Herz für kleine Leute. Aber er will sie um Gottes willen nicht um sich haben." Das verlangt im Ernst auch keiner vom Kanzler dieser Republik. Aber bei den Sozialdemokraten spielen - zu jener Zeit noch mehr als heute - der Stallgeruch, das Zusammenrücken, das distanzlose Du eine größere Rolle als in anderen Parteien. Willy Brandt hat sich damit schwer getan. Sein Terrain war die Weltpolitik, nicht der Ortsverein. Aber dort hat man Brandt geliebt. Er verkörperte die ganze Latte sozialdemokratischer Schinderei: kleiner Leute Kind, einer von uns, der nach Jahren größter Anfeindungen und hinterhältiger Machenschaften des Großkapitals endlich der Gesellschaft das neue Gesicht verleiht. Versöhnung nach außen, Gerechtigkeit nach innen, es gibt viel zu tun, wer denn, wenn nicht er, soll es anpacken.

Mit diesem Elan scharten sich die Parteitruppen hinter Willy Brandt, aber nicht nur sie. Neuwahlen wurden nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum festgesetzt für den 19. November 1972, und draußen krempelten die Menschen die Ärmel hoch. Denn bei aller Distanz, die Willy Brandt für sich beanspruchte, was er erzeugte im Wahlvolk war Nähe - Nähe zu ihm, vor allem jedoch Nähe der Menschen untereinander.

Farbe bekennen war das Leitmotiv

Eine Million "Willy-wählen-Buttons" waren im Umlauf, mindestens noch einmal so viele Buttons der Sozialdemokratischen Wählerinitiative "Bürger für Brandt". Die Leute trugen sie am Mantel, bepflasterten ihre Autos und Fahrräder mit Wahlslogans - an Ampeln lachten sich wildfremde Gleichgesinnte an, überall in Zügen und Straßenbahnen, auf der Straße gab es spontane Gespräche. Farbe bekennen war das Leitmotiv dieser Wahlkampfwochen.

In der Kartei der Sozialdemokratischen Wählerinitiative waren die Namen von rund 70.000 ehrenamtlichen Wahlhelfern registriert, die Mehrzahl keine Parteimitglieder. Die "Bürger für Brandt" mobilisierten die schweigende Mehrheit für ihre Straßenfeste, Kunstauktionen, Informationsabende.

Sie schalteten Kleinanzeigen, holten Popstars, Sportler, Wissenschaftler auf ihre Podien. Es war harte, hochpolitische Kleinarbeit. Aber es war wie ein großes Fest. Es gab das gemeinsame Ziel, "mehr Demokratie" zu wagen, und immer mehr Menschen begriffen: Auf dich kommt es an.

Die Kundgebungen mit Willy Brandt hatten gigantische Besucherzahlen – 35.000 in Essen, 20.000 in Hannover, 17.000 in Köln. Ich hatte ihn kennengelernt auf der Schlußveranstaltung in der Bonner Beethoven-Halle, die ich zwei Tage vor der Wahl moderierte. Zum ersten Mal erlebte ich, mit welcher Intensität er einen Saal füllen konnte. Er sprach frei, schien immer wieder nachzudenken, wie er seine Sache am besten erklären könne.

Die zögerliche Sprechweise suggerierte in ihrer Eindringlichkeit jedem Einzelnen da unten, er sei gemeint, er sei wichtig, gerade bei ihm komme es Brandt darauf an, verstanden zu werden. Das war auch so - aus der Ferne war Willy Brandt sehr zugewandt. Und er war von Grund auf glaubwürdig. Ich erinnere mich, daß ich die Veranstaltung schloß mit der Feststellung, ich würde Willy Brandt wählen, "nicht um seinetwillen, sondern aus purem Egoismus". Auch das war so.

Zwischen Triumph und innenpolitischen Turbulenzen

Der Triumph der gewonnenen Wahl wurde zerschossen in innenpolitischen Turbulenzen - Ölkrise, Fluglotsenstreik, härteste Auseinandersetzungen um überhöhte Lohnforderungen der ÖTV. Der Kanzler war gesundheitlich angeschlagen, eine Stimmbandoperation und allgemeine Erschöpfung setzten ihn längere Zeit außer Gefecht. Seine fehlende Durchsetzungskraft wurde immer öfter Gegenstand öffentlicher Kritik. Sie gipfelte in Herbert Wehners Ausfällen gegen Brandt während einer Moskaureise im Herbst 1973: "Der Herr badet gern lau" und "der Regierung fehlt ein Kopf".

Wehner blieb ungestraft, der Parteivorstand stellte sich mit zwölf gegen elf Stimmen hinter ihn. Die Guillaume-Affäre danach war nur noch der letzte Anstoß für das Ende.

Am 1. Mai 1974, eine Woche nach der Verhaftung des DDR-Spions, war Willy Brandt auf seiner letzten Reise als Kanzler unterwegs, ein lang geplanter Ausflug nach Helgoland. Kurz zuvor hatte er durch Innenminister Genschers Büroleiter Klaus Kinkel in Hamburg eine Liste präsentiert bekommen, in der die Aussagen seiner Leibwächter über angebliche Treffen mit Damen verzeichnet waren, die ihm Guillaume "zugeführt" haben soll. Brandt ahnte wohl, daß er dies nicht durchstehen könne, daß nach den jahrzehntelangen Diffamierungskampagnen der rechten Massenblätter ihn jetzt die Kombination von Sex und Spionagethriller zur Strecke bringen werde.

Wir, die mitreisenden Journalisten, ahnten von dieser Liste nichts. Es war trostloses Wetter, Willy Brandt verschanzt hinter seinem steinernen Gesicht. Wir trauten uns nicht, ihn anzusprechen, schon gar nicht auf Guillaume. Am Anleger war außer ein paar Genossen und dem Bürgermeister niemand zum Empfang erschienen. Die Insel schien zu dieser späten Nachmittagsstunde wie ausgestorben. Die Tagesgäste waren abgereist, die Helgoländer hockten in ihren warmen Stuben und sahen Fußball. "Mit Günter wäre das nicht passiert", wurde flüsternd

unter den Kollegen herumgereicht - Guillaume hätte den Kanzler mitten ins Gewühl der Butterschiffe geschickt und die Fußballzeiten im Kopf gehabt.

"Scheißleben!"

Es wurde ein Schunkelabend mit viel Alkohol und "Herrn Pastor sin Kau-jau-jau". Die tapferen Genossen hauten dem großen Vorsitzenden aufmunternd auf die Schulter - "wi mok dat schon!" Brandt, der solche Abende ohnehin schwer aushielt, griff zum bewährten Abwehrmittel: Er erzählte Witze. Mitten im trunkenen Trubel starrte er plötzlich auf seine Hände. "Scheißleben!", murmelte er.

Am nächsten Morgen hatte Brandt einen Kater und erschien mit einer Anzugjacke, die nicht zur Hose gehörte. Der Ersatzreferent, ein unerfahrenes Kerlchen, ließ den Kanzler und alle anderen warten, weil er nicht rechtzeitig aus dem Bett gekommen war. Es wurde eine ungemütliche Rückfahrt über rauhe See.

Vier Tage später, am 6. Mai 1974, trat Willy Brandt zurück.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. November 2013 über Willy Brandt (x887/...): >>**Nicht nur sein Kniefall polarisierte**

Kein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland war zeitlebens umstrittener als Willy Brandt ... Nach der Bundestagswahl 1969 entschied sich Brandt für eine Koalition mit der FDP. Mehrere bis heute wirkende Schlagworte und Zielsetzungen prägten Brandts Amtszeit in der sozialliberalen Koalition: "Wir wollen mehr Demokratie wagen", "Neue Ostpolitik", "Wandel durch Annäherung".

Willy Brandts Kniefall am Mahnmal des Ghetto-Aufstandes in Warschau setzte im Dezember 1970 ein weltweit beachtetes Zeichen. Er war Ausdruck einer Politik gegenüber den Ostblockstaaten, die 1970 die Ostverträge mit der Sowjetunion und Polen zum ersten Ergebnis hatte. ...

Erst sehr viel später wurde bekannt, in welchem Maße die Stasi der DDR jenseits der Verhandlungstische mitmischte. Als der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel 1972 versuchte, Brandt über ein konstruktives Mißtrauensvotum zu stürzen, da scheiterte er an zwei fehlenden Stimmen aus dem eigenen Lager. Jeweils ein Abgeordneter der CDU und der CSU waren von der Stasi gekauft worden. Der Verrat kostete pro Stimme 50.000 Mark.

Die dem Mißtrauensvotum noch im selben Jahr folgende vorgezogene Bundestagswahl brachte beiden Regierungsparteien Stimmengewinne. Um so überraschender war für die Öffentlichkeit das rasche Ende der Regierung Brandt. Über den Hang "Weinbrand-Willys" zum Alkohol und seine überdurchschnittliche Zuwendung zum weiblichen Geschlecht gab es massive Gerüchte. 1974 kursierte ein Geheimdossier des Bundeskriminalamtes, das akribisch auflistete, welche erotischen "Zuführungen" wann und wo stattgefunden hatten. In dieser - etwas längeren - Liste war nachzulesen, welche Damen dem Kanzler außerhalb des Ehebetts zu Diensten gewesen waren. Das Papier hatte Horst Herold, Präsident des Bundeskriminalamtes, veranlaßt, es war also amtlich. Das war schon pikant genug.

Sehr viel schlimmer aber war der Umstand, daß der Referent des Kanzlers, der die Damen seinem Herrn auf den letzten Metern "zuführte", der enttarnte DDR-Spion Günter Guillaume war. Schlimmer noch: Brandt hatte dessen spezielle Dienste noch lange weiter in Anspruch genommen, nachdem der Hauptmann der Nationalen Volksarmee bereits in Verdacht geraten war. Die Stasi hatte weiter ungestört mithorchen können.

Am 6. Mai 1974 erklärte Bundeskanzler Willy Brandt seinen Rücktritt. Er blieb aber weiter politisch aktiv. So behielt er den 1964 von Erich Ollenhauer übernommenen Parteivorsitz bis 1987. Ein halbes Jahrzehnt später, am 8. Oktober 1992, starb er an den Folgen einer Krebserkrankung. Auf dem Waldfriedhof in Berlin wurde er beigesetzt.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 6. Oktober 2015: >>>Sex im Kanzleramt
Willy Brandt und seine erotischen "Zuführungen"

1974 erschütterte ein Geheimdossier die Regierung Brandt. Das Bundeskriminalamt hatte eine Liste mit Damen aufgestellt, die dem Bundeskanzler zu Diensten waren. Schlüsselfigur war Spion Guillaume.

Bei der einen Reise mit dem Sonderzug war es eine Schwedin, die nachts ins Chef-Abteil vorgelassen wurde, bei der anderen eine Französin. Bei Hamburg-Aufenthalten kam meist die Journalistin in die Hotelsuite, in Berlin handelte es sich oft um eine Jugoslawin, in Paris um eine bekannte Publizistin. Auch Prostituierte waren im Spiel.

In dem Dossier, mit dem Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher seinen Ministerialrat Klaus Kinkel per Hubschrauber von Bonn nach Hamburg geschickt hatte, waren solche Schäferstündchen dutzendweise aufgeführt. "Zuführungen" hieß es da. Kinkel ging ins Hotel "Atlantic" und legte das Schriftstück einem Herrn neben die Frühstückstasse. Der war tief schockiert. Nicht darüber, was er da las, sondern daß er es lesen konnte, als amtliches Protokoll.

Neu war es für Bundeskanzler Willy Brandt nämlich nicht, was er da am frühen Morgen des 1. Mai 1974 von Kinkel aufgetischt bekam. Er war es schließlich selbst, dem jene Frauen "zugeführt" worden waren, weil er in Anflügen von Dringlichkeit danach verlangt hatte, so oft es irgend ging. Aber daß ihm dies nun in dem sogenannten Herold-Papier – benannt nach dem damaligen Präsidenten des Bundeskriminalamts Horst Herold – alles aufgelistet worden war, paßte ihm gar nicht.

"Der Referent bezahlt dann alles"

Schon gar nicht manches Detail. Etwa der Eintrag über einen mehrtägigen Hotelaufenthalt des Kanzlers in München. Der Security-Chef habe da einen neuen Mitarbeiter angewiesen: "Wenn ich mal weg bin, und der Chef braucht was, dann gehst du runter in die Halle und nimmst eine von denen, die da rumsitzen. Du fragst nach dem Preis und schickst sie dem Kanzler rauf. Der Referent bezahlt dann alles."

Heftiger geschockt als der seinen Trieben offenbar rettungslos ausgelieferte Kanzler war Horst Herold gewesen, als er mit den Mitarbeitern des Kanzlerbegleitkommandos der "Sicherungsgruppe Bonn" das Dossier zusammengestellt hatte. Dabei hatte sich nämlich herausgestellt, daß diese Zuführungen allzu oft buchstäblich unter den Augen der DDR-Staatssicherheit stattfanden. Der Kanzler war entblößt.

Ausgerechnet jener Referent Brandts, der in den meisten Fällen den Damen die Tür zum Kanzlergemach geöffnet hatte, war wenige Tage zuvor als Top-Spion verhaftet worden: NVA-Hauptmann Günter Guillaume. Das BKA vermutete nun, daß Guillaume Tonbänder von den Gesprächen und anderen Lautgebungen in den Liebesnächten nach Ost-Berlin geschickt hatte. Guillaume soll sich laut Protokoll gelegentlich selbst Frauen in den Zug geholt haben. Doch das ließ ihn nicht mit seinem West-Chef fraternisieren. Sein Ohr und sein Auge gehörten der Stasi.

Der Job der Frauenzufuhr

Dabei konnte man dem Kanzler nicht einmal Ahnungslosigkeit zugute halten. Seit einem Jahr war er darüber informiert, daß gegen Guillaume ermittelt wurde. Zwei Monate zuvor hatte man ihn in Kenntnis gesetzt, daß der Verdacht hart war und die Verhaftung unmittelbar bevorstand. Trotzdem beließ er dem Spion noch weitere Wochen den Job der Frauenzufuhr.

Jeden Politiker oder Geschäftsmann, der durch allzu starke Libido in den Interhotels der DDR in die Hände von Stasi-Prostituierten geriet, sich rundum ungeschützt von versteckten Kameras filmen ließ, sich somit erpreßbar machte und nolens volens wenige Monate später eine Nebentätigkeit als IM bekleidete, zieh man damals grober Unvorsichtigkeit und Blauäugigkeit – völlig zu Recht. Und der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland?

Die Eingeweihten, Horst Herold, Generalbundesanwalt Buback, Justizminister Jahn, Innen-

minister Genscher, Verfassungsschutzchef Nollau sowie SPD-Zuchtmeister und –Fraktionschef Wehner – sie alle schlugen die Hände über dem Kopf zusammen. Nollau bat Wehner, Brandt davon zu überzeugen, daß sich die Bundesrepublik keinen erpreßbaren Bundeskanzler leisten könne. Wie intensiv er dies tat, ist unbekannt. Jedenfalls trat Brandt kurz darauf zurück und machte den Platz frei für Helmut Schmidt.<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 10.Juni 2016 über Willy Brandt: >>**Willy Brandt und die geheimen Zahlungen der USA**

... Die US-Besatzungsmacht soll in den 50er Jahren den späteren SPD-Kanzler unterstützt haben - mit 200.000 Mark. Damit förderten sie die Westorientierung, berichtet der "Spiegel". Die USA sollen Willy Brandt in den Fünfzigerjahren mit geheimen Zahlungen unterstützt haben. Der spätere Kanzler und SPD-Vorsitzende wurde damit im innerparteilichen Machtkampf für die Westintegration unterstützt, berichtet das Nachrichtenmagazin Der "Spiegel". So sollen die Amerikaner Brandt, der damals Westberliner Bundestagsabgeordneter war, 200.000 Mark zukommen haben lassen. Damals eine sehr hohe Summe, sie entsprach etwa einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin.

Später sei noch mehr Geld geflossen, schreibt der "Spiegel". Schon in den 70er Jahren kursierten Gerüchte um geheime Zahlungen der USA an Brandt - er wies dies als "lügenhafte Kampagne" zurück. Nun sei laut dem Magazin belegt, daß tatsächlich Geld floß. Das gehe aus Archivunterlagen hervor.

Die US-Besatzungsmacht förderte Brandt finanziell, weil er in der SPD die Westintegration und damit die Orientierung der jungen Bundesrepublik hin zur USA befürwortete. Er gehörte damit einer Gruppe Berliner Sozialdemokraten um den Bürgermeister Ernst Reuter an. Die Westintegration, also die politische und militärische Eingliederung Deutschlands in die Allianz westeuropäischer Staaten mit den USA, wurde damals von CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer forciert. ...<<

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der satanischen Neuen Weltordnung: Helmut Kohl

Ich sehe in naher Zukunft eine Krise heraufziehen. In Friedenszeiten schlägt die Geldmacht Beute aus der Nation, und in Zeiten der Feindseligkeiten konspiriert sie gegen sie. Sie ist despotischer als eine Monarchie, unverschämter als eine Autokratie, selbstsüchtiger als eine Bürokratie. Sie verleumdet all jene als Volksfeinde, die ihre Methode in Frage stellen und Licht auf ihre Verbrechen werfen.

Eine Zeit der Korruption an höchsten Stellen wird folgen, und die Geldmacht des Landes wird danach streben, ihre Herrschaft zu verlängern, bis der Reichtum in den Händen von wenigen angehäuft und die Republik vernichtet ist.

Abraham Lincoln (1809-1865, nordamerikanischer Politiker)



Abb. 88 (x315/160): Francois Mitterrand und Helmut Kohl (rechts) reichen sich am 22. September 1984 über den Gräbern von Verdun die Hand.

Helmut Kohl (1930-2017, deutscher CDU-Politiker, 1969-1976 Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, 1976-2002 Mitglied des Bundestages, 1973-1998 Bundesvorsitzender der CDU, 1982-1998 Bundeskanzler, setzte sich 1989/90 für die zügige Verwirklichung der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands ein: lehnte eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutsch-

lands ab und akzeptierte die französische Forderung, die deutsche DM-Währung abzuschaffen, erhielt 1996 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith, 1999/2000 Mittelpunkt einer Finanz- und Parteispendenaffäre, im Februar 2001 wurde ein Ermittlungsverfahren wegen "geringer Schuld" gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 300.000 DM eingestellt).

Bildung eines EU-Einheitsstaates

Helmut Kohl förderte während seiner Kanzlerschaft (ab 1982) frühzeitig die Bildung eines EU-Einheitsstaates und damit die Abschaffung des deutschen Nationalstaates. Am 19. Juni 1983 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der zehn EG-Mitgliedstaaten, eine Europäische Union zu gründen. In Maastricht schloß man am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union mit einer einheitlichen stabilen Währung. Für Bundeskanzler Helmut Kohl war der Maastricht-Vertrag angeblich eine Entscheidung über Krieg oder Frieden im nächsten Jahrhundert.

Der Maastrichter Vertrag trat am 1. November 1993 in Kraft. Dieses völkerrechtlich bindende Abkommen leitete die bisher weitreichendste Reform der Europäischen Union ein. Danach begann allmählich die Übertragung von deutschen Souveränitätsrechten an die Europäische Union (EU) nach Brüssel. Die staatlichen Kompetenzen der Nationalstaaten wurden systematisch reduziert, um die Nationalstaaten abzuschaffen und die Europäische Union in einen zentralistischen Bundesstaat nach dem Vorbild der ehemaligen UdSSR umzuwandeln. Großbritannien widersetzte sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

"Zwei-plus-Vier-Verhandlungen"

Bundeskanzler Kohl lehnte während der sogenannten "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" im Jahre 1990 eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab. Da der französische Ministerpräsident Mitterrand für seine Zustimmung zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands die Einführung des Euros und die Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund verlangte, opferte Bundeskanzler Helmut Kohl angeblich zur Wahrung nationaler Interessen im Jahre 1990 wesentliche Teile der mühsam erreichten deutschen Teil-Souveränität.

Bundeskanzler Kohl und der französische Ministerpräsident Mitterrand bildeten später den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und setzten die Einführung einer gemeinsamen Währung durch, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999. Der Euro konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr genutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf.

Im Verlauf der Privatisierung von mitteldeutschen Staatsunternehmen verdichteten sich seit 1999 die Hinweise, daß Bundeskanzler Kohl u.a. dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen gewährt hätte. "Die Zeit" erklärte damals zum Beispiel, es seien über die Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Der französische Ministerpräsident Mitterrand soll demnach persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede war von 30 Millionen Mark CDU-Wahlkampfhilfe "für Europa".

Bundeskanzler Kohl, der damals auch CDU-Parteichef war, verfügte jahrelang über diverse "Schwarze Kassen", um in allen CDU-Landesverbänden "unbürokratisch" zu helfen.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Februar 1998 über die höchst seltene Verleihung der Londoner Ehrenbürgerwürde an Bundeskanzler Helmut Kohl: >>Mit viel Glanz und Glorie

... In Großbritanniens europakritischen Kreisen muß es schon erhebliche Aufregung ausgelöst haben, daß ausgerechnet der entschiedenste Vorkämpfer Europas, Bundeskanzler Helmut Kohl, am Mittwoch abend mit der höchst seltenen Auszeichnung einer Ehrenbürgerwürde der Wirtschaftsbosse der "City of London" geehrt wurde. ...

... Die "Sun" hatte mit ihrer Viermillionenaufgabe die Ehrung als ungeheuerlich abqualifiziert und behauptet, Kohls Europaliebe werde in der Londoner City "größeren Schaden anrichten als es die deutsche Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg getan hat". Und in der "Daily Mail" hieß es, der "miserable Wirtschaftspolitiker" Kohl strebe einen europäischen Superstaat an, der Großbritannien seiner Rolle als internationales Finanzzentrum beraube. ...

Kohl machte in seiner Dankesrede deutlich, daß er die wirtschaftliche und politische Union Europas für unabdingbar hält, aber er schilderte sie zugleich so, daß sich auch skeptische britische Beobachter eigentlich damit anfreunden können sollten. Deutschland so rühmte er, habe seine "Einheit und Freiheit nach englischem Muster" erreicht.

Der Kanzler meinte, Europa brauche die einzigartige britische Mischung von Wirklichkeits-sinn und Traditionsbewußtsein, von Pragmatismus und Idealismus".

Er habe "den Eindruck, daß man sich in der City auf die große Veränderung durch den Euro" längst eingestellt habe. "Sicherlich werden sich bald auch jene überzeugen lassen, die heute noch zögern." ...<<

Bei der 14. Bundestagswahl erhielten die Parteien am 27. September 1998 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 35,2 %, SPD = 40,9 %, FDP = 6,2 %, Bündnis 90/Die Grünen = 6,7 %, PDS = 5,1 %, Sonstige = 5,9 %.<<

Nach 16 Jahren wurde Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) durch Gerhard Schröder (SPD) abgelöst. Bundeskanzler Schröder bildete später eine Koalitionsregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. April 1999: >>"Staatsmann des Jahrzehnts"

Im Beisein von Staats- und Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa ist der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl in New York als "Staatsmann des Jahrzehnts" geehrt worden. ...

Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger sagte, Kohl sei "die treibende Kraft der Einigung Europas" gewesen. ...

Dies war nicht die erste US-Ehrung für Kohl in dieser Woche: Präsident Bill Clinton hatte ihn zuvor mit der Freiheitsmedaille ausgezeichnet und ihm in Anspielung auf John F. Kennedys berühmtes Wort: "Ich bin ein Berliner" bescheinigt: "Du bist ein Amerikaner."<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Januar 2000 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 deutscher Bundeskanzler (x887/...): >>Der Sumpf wird immer tiefer

Sumpf wird immer tiefer

Elf-Aquitaine, Panzer, Parteispenden: Wer blickt da noch durch?

Die Parteispenden-Affäre wird immer unübersichtlicher. Inzwischen droht die Diskussion in Einzelheiten zu versickern. Immer weniger wird darüber gesprochen, worum es eigentlich geht: um das "System Kohl" und seine Finanzierung.

Der damalige CDU-Parteichef hatte jahrelang "Schwarze Kassen" angelegt. War in irgendeinem CDU-Landesverband Not am Mann, dann konnte "unbürokratisch", wie es so schön hieß, geholfen werden. ...

In diesem Zusammenhang weisen Beobachter immer wieder auf die Leuna-Affäre hin. Hier hatte der per Haftbefehl gesuchte französische Geschäftsmann André Guelfi laut "Die Zeit" erklärt, es seien über seine Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen

Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Inzwischen verdichten sich Hinweise, daß die Regierung Kohl dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen versprochen hat. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Januar 2000: >>**Eine Europa-Verbindung in ganz neuem Licht**

Selbst Francois Mitterands Widerstand gegen die deutsche Vereinigung konnte seine Freundschaft zu Helmut Kohl nicht trüben. Die beiden Politiker, die 14 beziehungsweise 16 Jahre an der Spitze ihres jeweiligen Landes standen, verband eine enge Beziehung. Ging die Freundschaft so weit, daß der damalige französische Staatspräsident Kohl 1994 seine Wiederwahl zum Kanzler sichern wollte? Entsprechende Berichte der ARD und France 2 machen in Frankreich Schlagzeilen. Offiziell allerdings heißt es in Paris:

Kein Kommentar. Den beiden Fernsehanstalten zufolge soll Mitterand persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede ist von 30 Millionen Mark. Ein Vertrauter des 1996 gestorbenen ehemaligen Präsidenten wird mit den Worten zitiert, es habe sich dabei ausdrücklich um CDU-Wahlkampfhilfe gehandelt, "für Europa".

Tatsächlich zogen Kohl und Mitterand vor allem, wenn es um europäische Fragen ging, an einem Strang. Sie bildeten den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und lancierten die Einführung einer gemeinsamen Währung, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. ...

Aus Pariser Justizkreisen verlautete, bislang gebe es keinerlei Hinweise auf verdeckte Wahlkampfhilfe für die CDU via Elf-Aquitaine. Der frühere staatliche Ölkonzern ist in diverse Korruptionsskandale verwickelt; es wurden bereits mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die beiden für das Elf-Dossier zuständigen Untersuchungsrichterinnen Eva Joly und Laurence Vichnievsky beschäftigen sich seit 1997 auch mit dem Leuna-Geschäft - in diesem Zusammenhang soll das Geld an die CDU weitergeleitet worden sein. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2013 über den EURO (x878/...): >>**Der EURO: eine deutsch-französische Affäre?**

... Der EURO - eine französisch-deutsche Entscheidung

... Man mag darüber streiten, wie die Verhandlungen um die Einheitswährung im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990 im Einzelnen zu werten sind. Im Kern mußte die D-Mark für die deutsche Einheit geopfert werden ... Frankreichs Präsident Mitterrand stimmte der deutschen Einheit zögernd zu, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl die Einführung der europäischen Einheitswährung zugesichert hatte.

Die Entscheidung für den EURO war eine deutsch-französische Übereinkunft. Mitterrand nutzte den Status Frankreichs als ehemalige Siegermacht, um die gemeinsame Währung durchzusetzen. Die offiziell verkaufte Version hieß freilich, daß Frankreich aus Freundschaft der deutschen Einheit zugestimmt habe - was allerdings naiv wäre und auch nicht stimmt. ...

Frankreich hat den EURO durchgesetzt.

Präsident Mitterrand verfolgte damit mehrere Ziele: die Verhinderung einer vom wiedervereinigten Deutschland erreichbaren währungspolitischen Dominanz in Europa mittels der Bundesbank; gewichtige Mitsprache Frankreichs in währungspolitischen Fragen Europas, d.h. Brechung des Entscheidungsmonopols der Bundesbank im alleinigen oder zumindest vorrangig deutschen Interesse; Abschaffung der Bundesbank als Kern und Symbol wiedergewonnener deutscher Souveränität.

Das war der Preis für die Zustimmung zur Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Machtzuwachs Deutschlands. Mitterrand war wichtig, Deutschland auch währungspolitisch "einzuhegen". Dem französischen Staatsdenken entsprach zudem die Unterwerfung der Wäh-

rungspolitik unter den Willen der politischen Führung. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 Bundeskanzler: >>... Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**

Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute freiwillig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere

... Die D-Mark aufzugeben und die deutsche Bundesbank zu entmachten bezeichnet Bandulet als "größten Fehler der deutschen Nachkriegsgeschichte". ...<<

Die deutsche Autorin Eva Herman schrieb am 28. April 2017 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"**

... "Als Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:

"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau beknet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden." ...<<

Gehorsame Erfüllungsgehilfin und willige Handlangerin der satanischen Neuen Weltordnung: Angela Merkel

Der Satan der italienischen und englischen Dichter mag poetischer sein; aber der deutsche Satan ist satanischer; und insofern könnte man sagen, der Satan sei eine deutsche Erfindung.

Friedrich von Schlegel (1772-1829, deutscher Dichter)



Abb. 87 (x323/6): Angela Merkel als Frauenministerin im Dritten Kabinett Kohl (1991).

Angela Merkel (ab 1990 Pressesprecherin des DA-Vorsitzenden und MfS-Mitarbeiters Wolfgang Schnur, seit März 1990 stellvertretende Regierungssprecherin der Ost-CDU, 1991-1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend, 1994-1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998-2000 CDU-Generalsekretärin, 1999 spielte "Kohls Mädchen" während der CDU-Finanz- und Parteispendenaffäre die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin, da sie nicht mit dem Spendenskandal der "Patriarchen" Kohl, Schäuble und anderen in Verbindung gebracht werden konnte, Merkel forderte z.B. am 22.12.1999 in der FAZ die CDU auf, sich von Kohl zu trennen, 2000-2018 CDU-Bundesvorsitzende, nahm im Mai 2005 am "Bilderberger-Treffen" in Rottach-Egern teil, seit Herbst 2005 erste Bundeskanzlerin Deutschlands, erhielt 2008 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith).

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU.

Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima entschied sich Bundeskanzlerin Merkel für eine Kehrtwende in der deutschen Atompolitik. Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgerneht derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (ohne Zustimmung des Bundestages) das große Willkommenssignal. Daraufhin kamen mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland. Bei diesen angeblich politisch Verfolgten (gemäß Grundgesetz Artikel 16a), Kriegsflüchtlingen (gemäß Genfer Konvention) und Wirtschaftsmigranten handelte es sich hauptsächlich um muslimische Männer, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den Maghrebstaaten (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen) und der Sahelzone (u.a. Nigeria und Eritrea).

Wer es wagte, diese selbstmörderische "Asylpolitik" bzw. den Anfang einer systematischen Umvolkung zu kritisieren, wurde durch die Meinungsmedien sofort als Nazi beschimpft und ausgegrenzt. Kanzlerin Angela Merkel beschloß praktisch im Alleingang, mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten ins Land zu holen.

Das US-Magazin "TIME" wählte Angela Merkel im Dezember 2015 zur "Person des Jahres" (x323/43).

Infolge der illegalen Masseneinwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika explodierten nachweislich die "asylbedingten Kosten". Allein für 2016/17 ging das Bundesfinanzministerium von etwa 43 Milliarden Euro aus. Diese "asylbedingten Kosten" sind zukünftig jährlich von den deutschen Steuerzahlern aufzubringen. Im Jahre 2017 stellte Bundeskanzlerin Merkel ("Wir schaffen das ...") vor der Bundestagswahl nochmals klar, daß es mit ihr keine Obergrenze für Flüchtlinge geben wird und weiterhin ein verstärkter Familiennachzug erfolgen sollte.

Die von Bundeskanzlerin Merkel angeordneten politischen Destabilisierungsmaßnahmen (Beispiele: Beseitigung der bisherigen stabilen Stromversorgungssicherheit durch die sog. Energiewende, unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten gemäß ESM-Vertrag, Masseninvasion von Migranten infolge der illegalen Grenzöffnung im Jahre 2015) dienen nicht dem Wohle des deutschen Volkes und fügten der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu.

Die arglistig durch die eigene Regierung eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen werden die staatlichen Institutionen und den deutschen Industriestandort unweigerlich komplett ruinieren sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes das gesamte Land unaufhaltsam zerstören.

Bundeskanzlerin Merkel leitete zum Teil ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig u.a. folgende katastrophalen Destabilisierungsmaßnahmen ein:

Beschluß vom 30. Juni 2011 über den Atomausstieg bzw. die sog. Energiewende (Zerstörung der bisherigen stabilen Stromversorgung). Aussetzung der Wehrpflicht ab 1. Juli 2011 und Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten (Zerstörung der bisherigen Verteidigungsfähigkeit). Ratifizierung des ESM-Vertrages (unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten) im Jahre 2012. Grenzöffnung im Jahre 2015 (Masseninvasion von mindestens 1,1 Millionen Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika). Unterzeichnung des umstrittenen UN-Migrationspaktes ("Global Compact for Migration") im Jahre 2018. Starrsinnige Durchsetzung der "WHO-Corona-Notverordnungen" (seit März 2020 wurden in Deutschland u.a. ungezählte ökonomische Existenzen zerstört und wesentliche demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt).

Zitate, Berichte und Publikationen von 1991 bis 2017

>>Und Anpassung ist auch – selbstverständlich – Teil meines Lebens gewesen. Und ist es heute auch noch.<<

Gespräch mit Günter Gaus, 28.10.1991 – x323/11.

>>Ich bin ein relativ sonniges Gemüt, glaube ich, und hatte immer die Erwartung, einigermaßen fröhlich durchs Leben zu kommen, egal, was passiert.<<

Herlinde Koelbl, Spuren der Macht, Eintrag Oktober 1991 – x323/11.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 11. März 2000 (x887/...): >>Ein unterschätztes "Mädchen"

Angela Merkel dürfte im April an die CDU-Spitze gelangen

In der Partei nennt man sie "das Mädchen". Doch der Spitz- oder Kosename ist eine Untertreibung. Machtbewußt wie kaum ein anderer Politiker hat Angela Merkel ihren Durchmarsch an die Parteispitze fast geschafft. Wenn nicht alle Eindrücke täuschen, dürfte die 45jährige Pastorentochter aus Mecklenburg-Vorpommern am 10. April als Nachfolgerin von Wolfgang Schäuble an die CDU-Spitze gewählt werden. Damit wird die CDU künftig mehr nach links driften, wenn die Bundestagsfraktion mit ihrem neuen Vorsitzenden Friedrich Merz nicht gegensteuert.

Der unaufhaltsame Aufstieg der Angela Merkel begann mit der verlorenen Bundestagswahl 1998, nachdem sie in den letzten Jahren der Kohl-Ära als Umweltministerin und stellvertretende CDU-Vorsitzende eine unauffällige Rolle gespielt hatte. Kohl hatte die aus dem "Demokratischen Aufbruch" der DDR kommende Politikerin in den wilden Wendezeiten entdeckt, weil sie ihre Arbeit als stellvertretende Regierungssprecherin des letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere vorzüglich verrichtete. Fortan stand sie im System Kohl für die Ost- und Frauenquote.

Erst Schäuble erweckte die in der Rostockerin - in Hamburg geboren - steckenden Talente und beförderte sie, nachdem er den CDU-Chefsessel von Kohl übernommen hatte, zur Generalsekretärin. Eloquent ging Frau Merkel ans Werk. In der Familienpolitik setzte sie mit dem im Dezember verabschiedeten Grundsatzpapier andere Akzente. Seitdem gehören für die CDU homosexuelle Lebensgemeinschaften auch "irgendwie" zu den Familien.

In der aktuellen Finanz- und Spendenkrise spielte Frau Merkel die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin. Da sie nicht mit dem Finanzsystem des "Patriarchen" in Verbindung gebracht werden konnte, stand sie im Gegensatz zu dem sich immer stärker selbst verstrickenden Schäuble im Ruf einer glaubwürdigen Politikerin. ...

Die alten Herren der CDU haben "das Mädchen" unterschätzt.<<

>>Mein Großvater väterlicherseits war Pole. Insofern bin ich ein Integrationsprodukt.<<

Der Spiegel 44/2000 – x323/13.

>>Deutschland ist keine globale Heilsarmee und die deutsche Politik ist zuallererst dem Wohle der Menschen in diesem Land verpflichtet.<<

Rede auf dem CDU-Parteitag, 11.11.2002 – x323/52.

>>Weil wir den Holocaust als Singularität (Sonderfall) anerkannt haben, können wir heute sagen: Wir sind frei, wir sind vereint, wir sind souverän. Diese Anerkennung hat uns zu dem gemacht, was wir heute sind.<<

Rede auf dem CDU-Parteitag, 1.12.2003 – x323/21.

>>Ohne eine europäische Verfassung hätte Europa keine Zukunft.<<

Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz, 11.2.2004 – x323/98.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. April 2004 (x887/...):

>>Auf dem Weg zu einer "DDR light"?

... Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten? ...

Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen,

sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Im Unterschied allerdings zu den Zeiten der organisierten Antifa-Aufmärsche der SED-Ära geschieht heute die fröhliche Hatz auf "Rechte" völlig freiwillig. ...

Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.

Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien - besonders in Diktaturen, daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches.

Deshalb muß noch immer "bewältigt" werden, müssen wir auch fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer die potentiellen "willigen Vollstrecker" ... als TV-Serien-Monster zur Abschreckung vorgeführt bekommen - und sei es bis zum Erbrechen! Unter der "Moralkeule" des Holocaust muß sich jede neue Generation immer wieder erneut als zur Erbsünde verdammtes Volk fühlen.

Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird? Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.

Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder abgewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit schon Kurt Tucholsky erkannte.

Der englische Bestseller-Autor Frederick Forsythe schrieb hierüber im Juni 2000 einen Brief an den CDU-Politiker Erwin Teufel. Forsythe nannte die "Political Correctness" in Deutschland eine "neue und absurde Religion, die die Herrschaft in Ihrem Vaterland, Herr Ministerpräsident, übernommen zu haben scheint".

Und an anderer Stelle: "Ein bedeutender britischer Konservativer sagte einst zu einem politischen Gegner: 'Mein Herr, ich lehne alles ab, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Tode für Ihr Recht kämpfen, es sagen zu dürfen.'

Die PC-Fanatiker haben das ins Gegenteil verkehrt: 'Ich lehne alles ab, was Sie sagen, und ich werde bis zu Ihrem beruflichen und politischen Tod kämpfen, wenn Sie auch nur versuchen sollten, es zu sagen.'

Das ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Grund, warum ich heutzutage beunruhigt bin, wenn ich nach Deutschland komme. Statt lebendiger und offener Debatte gibt es hier nur Friedhofsruhe."

Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts nähere sich einer "DDR light" an?<<

>>Die multikulturelle Gesellschaft ist grandios gescheitert.<<

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.11.2004 – x323/52.

>>Ich will Deutschland dienen.<<

Dankesrede zur Nominierung als gemeinsame Kanzlerkandidatin von CDU/CSU, 30.5.2005 – x323/22.

>>Agitation und Propaganda? Ich kann mich nicht erinnern, in irgendeiner Weise agitiert zu haben. Ich war Kulturbeauftragte.<<

Zu ihrer Position in der FDJ. Angela Merkel. Mein Weg, 2005 – x323/15.

>>Die überzeugte Europäerin Merkel ist grundsätzlich skeptisch gegenüber Volksentscheiden, egal um welches Thema es sich handelt.<<

Angela Merkel. Mein Weg, 2005 – x323/110.

>>Die NATO hat eine wesentliche Erweiterungsrunde hinter sich, aber wir sind noch nicht am Ende. Wir haben in Bukarest gesagt: Auch die Ukraine und auch Georgien werden Mitglieder der NATO sein.<<

Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz, 7.2.2009 – x323/80.

>>Mal bin ich liberal, mal bin ich konservativ, mal bin ich christlich sozial – und das macht die CDU aus.<<

Anne Will, 22.3.2009 – x323/15.

>>Ich danke den 16 Millionen in Deutschland über die Jahrzehnte stationierten Amerikanern, ohne deren Beistand als Soldaten, als Diplomaten und als Helfer die Überwindung der Teilung Europas unmöglich gewesen wäre. Wir freuen uns auch heute und in Zukunft über amerikanische Soldaten in Deutschland.<<

Rede vor dem US-Kongreß, 3.11.2009 – x323/34.

>>Die Sicherheit Israels ist für mich niemals verhandelbar. Im Übrigen wird nicht nur Israel bedroht, sondern die ganze freie Welt. Wer Israel bedroht, bedroht auch uns.<<

Rede vor dem US-Kongreß, 3.11.2009 – x323/81.

>>Es wird so sein, daß ein friedliches Zusammenleben nur mit einer globalen Ordnung in vielerlei Hinsicht möglich ist.<<

Rede auf der Konferenz "Falling Walls", 9.11.2009 – x323/92.

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 9. April 2010: >>**Zehn Merkel-Opfer: Kohl, Merz und die SPD**

Wer sich bis zur Spitze der Macht hoch kämpft, muß sich durchgeboxt und Feinde besiegt haben. Merkel hat in zehn Jahren vor allem Männer aus dem Weg geräumt, die ihren Aufstieg verhindern wollten.

Helmut Kohl

Den Bruch mit dem Altkanzler vollzog Merkel 1999 öffentlich in einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Während der Rest der Partei sich trotz der Spendenaffäre noch nicht vom Übertäter der CDU abnabeln konnte, fand die damalige Generalsekretärin deutliche Worte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß, wie Helmut Kohl sich oft selbst gerne genannt hat, den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."

Anfang 2000 wurde Kohl von der CDU offiziell aufgefordert, seinen Ehrenvorsitz ruhen zu lassen - der Altkanzler trat gekränkt zurück. "Sie konnte das machen, weil sie eben nicht total abhängig von ihm war - sie hatte ein Leben vor Kohl, das hatten die anderen in dieser Form nicht. Deshalb war sie bereit, ihn zu stürzen", beschrieb der Journalist Dirk Kurbjuweit Merks Handeln.

Wolfgang Schäuble

Er war Parteichef, sie seine Generalsekretärin: Schon zu Beginn von Merks Karriere in der CDU war das Verhältnis klar. Schäuble stand als langjähriger Minister in der Hierarchie über ihr. Der Partei- und Fraktionschef geriet allerdings in die Untiefen der CDU-Spendenaffäre

und mußte schließlich 2000 zurücktreten. Merkel sägte ihren Chef also nicht ab, doch profitierte sie von seiner Krise: Die Generalsekretärin ergriff die Chance und rückte mit Rücken- deckung der Basis am 10. April 2000 auf den Chefposten der CDU. Daß Merkel 2004 Schäuble Kandidatur zum Bundespräsidenten verhinderte, belastete ihr Verhältnis weiter. Doch Schäuble ist zu loyal und zu pflichtbewußt, um allzu nachtragend zu sein. Seit 2005 ist er eine Stütze der Merkel-Kabinette.

Laurenz Meyer

Laurenz wer? Meyer war vier Jahre lang Generalsekretär der CDU, von 2000 bis 2004. Er begann seine Amtszeit unter Merkel schon am ersten Tag mit einem mißlungenen Scherz: "Ich habe eine viel stärkere Position als Polenz. Einen zweiten Mißgriff können Sie (Merkel) sich nicht leisten." Meyer spielte damit auf die nur siebenmonatige Amtszeit seines Vorgängers Ruprecht Polenz an. Doch Merkel leistete sich den Mißgriff und ersetzte den glücklosen Meyer 2004 durch Ronald Pofalla.

Friedrich Merz

Er wollte eine Steuerreform auf einem Bierdeckel entwerfen, galt als Wirtschaftsexperte und rhetorisches Goldstück der Union: Friedrich Merz hatte Wolfgang Schäuble als Fraktionschef beerbt und schickte sich an, den Machtkampf mit seiner Parteichefin zu suchen. Zum Verhängnis wurde ihm, daß CSU-Chef Edmund Stoiber nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 Angela Merkel unterstützte und ihr zur Mehrheit für den Fraktionsvorsitz von CDU und CSU verhalf. Merz mußte in die zweite Reihe zurück und durfte als Wirtschaftsexperte und Fraktionsvize noch ein dreistufiges Steuermodell für einen Bierdeckel entwerfen. 2004 hatte er genug und trat als Fraktionsvize zurück. Dann nahm er schließlich ganz Abschied von der Politik: Seit 2009 sitzt er nicht mehr im Bundestag.

Edmund Stoiber

Das schon legendäre "Wolfratshausener Frühstück" im Jahr 2002 galt zunächst als Triumph des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten über die zaudernde CDU-Chefin. Stoiber wurde Kanzlerkandidat, forderte Gerhard Schröder heraus, feierte sich am Wahlabend für einige Minuten bereits als Sieger und verlor dann doch noch. Im Rückblick erwies sich Merkels Rückzieher als strategischer Gewinn, Stoiber Siegerimage war beschädigt - der größte Konkurrent besiegt. Als Merkel ihn 2005 als Super-Wirtschaftsminister in ihr Kabinett holen wollte, zog Stoiber im letzten Moment zurück und warf sich damit endgültig in die politische Bedeutungslosigkeit. Merkel schickte ihn nach seinem Rücktritt als bayerischer Ministerpräsident zum Bürokratie-Abbau nach Brüssel. Dort ist Stoiber zwischen den Aktenbergen verschwunden.

Volkspartei SPD

Es war einmal eine sozialdemokratische Volkspartei, die sich nach dem Verlust ihrer Kanzlerschaft 2005 in eine Große Koalition retten wollte. Die SPD-Politiker dachten, sie könnten der Regierung ihren Stempel aufdrücken und die neoliberale Kanzlerin vor sich hertreiben. Doch Merkel zog sozialdemokratische Seiten auf und grub dem Koalitionspartner das Wasser ab. Die SPD-Vorsitzenden wechselten, Merkel blieb. Bei den Wahlen 2009 zeigte sich dann, daß nur noch wenige Wähler für die SPD übrig waren: Etwas mehr als 20 Prozent. Seitdem sucht die SPD ihre alten Wähler. Und wenn sie nicht gestorben ist, dann sucht sie sie noch heute.

Der Andenpakt

Die Mitglieder des sogenannten Andenpakts verfolgten Merkel über Jahre. Es war ein Männerbündnis aus Zeiten der Jungen Union. In diesem Pakt hatten sich Jungpolitiker die Treue geschworen, die allesamt noch etwas werden wollten: Unter anderem Roland Koch, Christian Wulff, Friedbert Pflüger, Friedrich Merz, Franz Josef Jung und Matthias Wissmann. 2003 flog das Bündnis auf. Merkel wußte nun, warum CSU-Chef Stoiber 2002 Kanzlerkandidat geworden war und nicht sie selbst: Der Pakt hatte ihre Kandidatur verhindert. Inzwischen gilt das

Bündnis aber als aufgelöst, Merkel hat die wichtigsten Mitglieder domestiziert oder erledigt. Von der einstigen Loyalität scheint nicht mehr viel übrig, wie ein Blick auf die Ministerpräsidenten in Hessen und Niedersachsen zeigt. Koch wurde zuletzt von Wulff im Landtagswahlkampf mit seiner Hetze gegen kriminelle Ausländerkinder im Regen stehen gelassen.

Günther Oettinger

Ein Mitglied des Andenpakts war bis zum Ende seiner Amtszeit als baden-württembergischer Ministerpräsident einer der verlässlichsten Kritiker Merkels. Günther Oettinger forderte wiederholt, das konservative Profil der CDU zu schärfen oder auch "Union pur" in der Regierung durchzusetzen. Als Oettinger bei einer Trauerrede für den früheren CDU-Politiker und NS-Marinerichter Hans Filbinger zu viel Unschärfe am rechten Rand erkennen ließ, bekam er von Merkel einen ordentlichen Rüffel. 2009 schlug die CDU-Chefin Oettinger als EU-Kommissar vor und schaffte sich den Kritiker damit vom Hals.

Roland Koch

Der konservative Hardliner aus Hessen galt lange Zeit als großer Konkurrent Merkels, auch das Kanzleramt schien vor ihm nicht sicher. Daß er den SPD-Politiker Hans Eichel 1999 mit Hilfe einer Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft als hessischen Ministerpräsidenten abgelöst hatte, begründete seinen Erfolg und sein Image. Doch Koch bekam keine Chance auf einen höheren Posten und machte auch nicht den Fehler anderer Ministerpräsidenten, sich in Merkels Kabinett locken zu lassen. Die Zeit spielte gegen Koch, Merkel wußte das. Längst kann er ihr nicht mehr gefährlich werden. Und so betont er stets seine Loyalität. "Angela Merkel macht ihren Job sehr gut!", sagte er bereits 2006 der "Bild-Zeitung". Und 2010 dem "Hamburger Abendblatt": "In einer großen Volkspartei ist der Führungsstil, den Angela Merkel pflegt, alternativlos."

Christian Wulff

Man kann es sich heute kaum noch vorstellen, aber auch der niedersächsische Ministerpräsident galt einmal als Merkel-Konkurrent. Im dritten Anlauf eroberte er überraschenderweise doch noch die Staatskanzlei in Hannover. Seine Beliebtheit als Landesvater ließen Spekulationen über weitergehende Ambitionen sprießen. Doch Wulff blieb bescheiden und sprach sich schließlich sogar die Fähigkeit zum Bundeskanzler ab. Dem "Stern" sagte er: "Mir fehlt der unbedingte Wille zur Macht und die Bereitschaft, dem alles unterzuordnen." Er wolle weder Bundeskanzler noch Minister in Berlin werden. "Ein guter Landespolitiker ist noch lange kein guter Kanzler."<<

>>Die zu beschließenden Hilfen für Griechenland sind alternativlos, um die Finanzstabilität des Euro-Gebietes zu sichern.<<

Regierungserklärung zu den angeblichen Hilfen für Griechenland, 5.5.2010 – x323/100.

>>Moscheen etwa werden stärker als früher ein Teil unseres Stadtbildes sein.<<

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.9.2010 – x323/54.

>>Unser Land leidet im Übrigen nicht an einem Zuviel an Islam, sondern an einem Zuwenig an Christentum.<<

Rede bei dem CDU-Parteitag, 15.11.2010 – x323/25.

>>Bürgerkriegsflüchtlinge, wie wir sie eventuell aus Libyen zu erwarten haben, sind Flüchtlinge, die unserer Solidarität bedürfen.<<

Regierungserklärung zum Europäischen Rat, 24.3.2011 – x323/42.

>>Ich bin heute erst einmal hier, um zu sagen: Ich freue mich darüber, daß es gelungen ist, bin Laden zu töten.<<

Pressekonferenz, 2.5.2011 – x323/82.

>>Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhinkommen, an einigen Stellen auch Souveränität, Rechte an andere abzugeben.<<

Auf dem Evangelischen Kirchentag, 4.6.2011 – x323/93.

>>Wir müssen akzeptieren, daß die Zahl der Straftaten bei jugendlichen Migranten besonders hoch ist<<

Videobotschaft, 18.6.2011 – x323/56.

Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 24. September 2011: >>Die wahre Schuldenlast

Deutschlands große Lüge

Die amtliche Schuldenlast Deutschlands ist auf 2.000 Milliarden Euro gewachsen. Wer ehrlich ist, muß gewaltige Verpflichtungen der Sozialkassen hinzu addieren. Keine gute Basis, um heil durch die Finanzkrise zu kommen.

... Seit Ende 2010 hat Deutschland mehr als zwei Billionen Euro Schulden.

Allein in der bisherigen Amtszeit Angela Merkels vergrößerte sich dieser Berg um 500 Milliarden Euro. Die Kanzlerin steht damit für so viele neue Schulden wie alle Bundeskanzler in mehr als vier Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland zusammen. ...<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. August 2012: >>Der Politikstil der Kanzlerin

Das System M

Mit Angela Merkel kam die Relativierung von Werten in die Politik. Ihre Führung lebt von den Mißverständnissen, die über sie in Umlauf sind. So arbeitet sie am Zerfall der Demokratie.

... *Von Gertrud Höhler*

Niemand unter den Tätern, die Europa durch Rechtsbrüche und Verfassungsverstöße retten wollen, bringt für diese lautlose Sprengung der Pfeiler, auf denen Europa und seine Staaten ruhen, eine so natürliche Qualifikation mit wie die deutsche Kanzlerin Angela Merkel. Die Ironie der Geschichte machte sie genau deshalb zur "Königin von Europa", weil ihre Unbefangenheit beim Abbruchunternehmen Euro-Rettung von den beklommenen Vollstreckern als Überlegenheit erlebt wird.

"Die Werte der anderen" haben für die deutsche Chefin keinerlei Verbindlichkeit. So wird die Kanzlerin zur Protagonistin in einem dämonischen Spiel, das die "Rettung Europas" zu einem absurden Preis auslobt: alle Spielregeln zu brechen, die den Geist von Europa garantieren. Die Stabilität des Kontinents wird nur noch über Geldwerte definiert. Der Irrtum am Start der Währungsunion wird damit wieder handlungsleitend; das geheime Motto lautet: Wir kaufen Europa.

Die Kanzlerin hat mit einer Rechtzeitigkeit die Szene betreten, die wir Zufall nennen können. Ob ohne diese unbeschwerte "gute Patin von Europa" ("Bild" am 28. Oktober 2011) die deutsche Politik und ihre Dominanz im europäischen Projekt genauso aussähe, darf bezweifelt werden. "Führung", wie die Kanzlerin sie praktiziert, ist ein zuverlässig codiertes Undercover-Stück, das von den Mißverständnissen der Beobachter lebt.

Jahrelang hat die Presse sich mit der Frage beschäftigt, ob sie besonders gut oder eher schlecht oder vielleicht gar nicht führt. In Wahrheit hat Merkel ein autokratisches System entwickelt, das von den Vorurteilen der Beobachter profitiert: Autoritäres Schweigen ist in diesen Vorurteilen nicht verzeichnet. Genau das praktiziert die Kanzlerin mit wachsendem Erfolg.

Eine spezielle Variante von Hypermoral

Angela Merkel hat von Anfang an diese Blockade in den Sehgewohnheiten der Westler ausgelöst. Da sie ihr werteentleertes Erfolgskonzept nicht aggressiv vortrug, sondern ganz entspannt "dabei hatte", wirkte sie eher exotisch, wie von sehr weit her gekommen, als feindlich. Es dau-

erte Jahre, bis ihr Relativismus von einigen Wegbegleitern verstanden wurde.

Die Blockade in den Köpfen der Kollegen beruhte auf Wunschdenken: Relativieren, das konnten sie alle bis zu dem Verbotsschild, das bei Werten und Normen aufragte: Pacta sunt servanda, stand da. Rechtsbruch als Privileg der Regierung: auf keinen Fall. Vertrauensbruch, geschredderte Versprechen, Täuschungsmanöver mit Wertezitaten, Mißbrauch von Ethik und Moral zur Befriedung der "andern", das machen Falschspieler.

Mit Angela Merkel kam die Meta-Ebene der Relativierung, das Verbotsschild verschwand. Relativismus in der Physik, wo es um die reale Welt geht, ist ein Kinderspiel, verglichen mit den Spielräumen, die Relativierung im Reich der Werte und Normen öffnet. Führung darf alles, steht da in machtvollen Lettern, die nur die Machthungrigen lesen können. Merkels Relativismus der Erkenntnisse und Werte ist eine spezielle Variante von Hypermoral, die den Mächtigen besondere Lizenzen öffnet. Was wir wissen und bewerten, so Merkels ethischer Relativismus, gilt nie absolut.

Es hängt ab von den Meinungen, die umlaufen, von den Zielen, die sie verfolgt, von der Verwendbarkeit der Menschen, die, anders als die Machthaberin selbst, in Wertekonflikten gefangen und dennoch für sie unentbehrlich sind. Die unerledigte Auseinandersetzung zwischen großen Teilen der CDU und Angela Merkel gilt diesem Utilitarismus, der das gesamte Wertepotential je nach Bedarf wegschwemmt.

Mit Angela Merkel ist eine Frage auf die politische Tagesordnung gekommen, mit der die CDU einstweilen nur intuitiv, nervös und im Kern fassungslos umgeht: Es ist die Frage, ob der Wertekonsens, den alle bürgerlichen Parteien teilen, seine Gültigkeit verliert zu Gunsten situativer Unberechenbarkeit aller Akteure und Motive. Daß der Konflikt nicht ausgetragen wird, nicht jetzt, hat mit seinem grundsätzlichen Gewicht zu tun. Die Kanzlerin arbeitet daran, daß er sich von selbst erledigen werde, durch Gewöhnung an das neue, utilitaristische Wertekonzept.

Antipathos in höchster Perfektion

Angela Merkel hat das Konzept von der überparteilichen, übernationalen Kanzlerin entwickelt. Sie führt ihr Amt wie einen Gemischtwarenladen: Produkte, die nicht gehen, werden aus dem Angebot genommen. Produkte der Konkurrenz, die besser laufen, werden kopiert. Die Kanzlerin sieht sich als Anbieterin in einem Meinungsmarkt, wo die Kundengunst über den Marktwert der Ware entscheidet.

Was Politik anbietet, sind aber nicht Waren. Es sind Entwürfe für Lebensqualität, soziale Sicherheit und Entfaltungsrechte. In den Entwürfen der Parteien werden nicht einfach Kundenbedürfnisse erfüllt und Konsumversprechen abgeliefert. Politische Angebote in der Demokratie beziehen sich immer auf den Kanon von Zusagen, die unsere Verfassung den Bürgern macht. Dieser Kanon beginnt mit dem höchsten virtuellen Gut, das nie in Geldwerten taxiert werden darf: der Würde des Menschen.

Wer Normen und Werte einer demokratischen Gesellschaft zur Manövriermasse macht wie Angela Merkel, der arbeitet am Zerfall der Demokratie. Wer die Alarmzeichen dieses Politikstils abstellen möchte, spricht gern vom "moderierenden" Führungsstil der Kanzlerin. Sie moderiert den Wandel, der ohnehin abläuft, heißt es in solchen Entdramatisierungsgesprächen. Merkel sorge eher für einen softeren Verlauf der Abschiedsparty von dem Werteballast der bürgerlichen Mitte. Es gebe keinen Anlaß, diese Ernüchterungsprozesse der immer noch "wertebesoffenen" Westler von gestern zu dämonisieren.

Man kann es mit dieser Lesart versuchen. Das System M ist Antipathos in höchster Perfektion. Die Kanzlerin als Chefin dieses Systems macht sich sogar die Mühe, den werteverliebten "andern" regelmäßig mit zwei, drei Zitaten aus deren Wertebaukasten Entwarnung zu liefern: Ihr Atomausstieg war so ein Moment, für den ihr die Berater ein ganz persönliches "Hier stehe ich, ich kann nicht anders" aufgeschrieben hatten.

Antipathos als Therapie - ein Modell, mit dem sich gut argumentieren läßt: Werte kosten Opfer, wenn man sich bedingungslos an sie bindet, und sie verlangen Entscheidern Tempo ab. Ein schlagendes Gewissen, Verfassungswert für Parlamentarier, isoliert die wenigen von den vielen, die ihr Gewissen zum Schweigen gebracht haben. Wertemanagement à la Merkel ist ein Business für Erfolgreiche, die sich entschieden haben: Interessenlage schlägt Wertesystem. Immer.

Eine leise Variante autoritärer Machtentfaltung

Die Karriere der Angela Merkel im Westen ist keine Einstiegs-, sondern eine Ausstiegsgeschichte. Auf leisen Sohlen verläßt die Kanzlerin unseren Grundwertekonsens. Da sie die Macht hat, ist das doch mehr als nur ein Moderationserfolg. Mit Angela Merkel kommt der Typus des Ego-Politikers auf die politische Bühne. Die seien doch alle mit einem Riesenego unterwegs, mag mancher jetzt sagen.

Aber die Ego-Politikerin Merkel macht den Unterschied. Keiner ihrer Kollegen und Vorgänger hat das Tableau (Gemälde) seiner Themen so entschieden unter eine einzige Prämisse gestellt - den persönlichen Machtzuwachs - wie Angela Merkel. Keiner hat so zynisch die oppositionellen Lager ausgeräumt wie sie, keiner hat es zu einem Image gebracht, das die deutsche Kanzlerin begleitet: Alles ist möglich.

Nichts ist ausgeschlossen. Die Ego-Karriere rangiert in jedem Fall vor dem Wohl des Landes und vor Europa. Noch kein deutscher Staatschef hat so kompromißlos die Rangfolge seiner politischen Ziele immer wieder umgeworfen und neu sortiert - um den einen Mittelpunkt: das eigene Ich. Ein so egomanischer Politikstil läßt sich nur durchhalten, wenn er schwer lesbar bleibt. Die Kanzlerin der Volten hat ihr Publikum und ihre Entourage an unverhoffte Richtungswechsel gewöhnt. Keiner ihrer Mitarbeiter würde eine Wette wagen, wenn es darum geht, wo man die Kanzlerin morgen antrifft. Das System M ist nicht berechenbar. Die schwer lesbare Kanzlerin lebt tendenziell immer undercover. Ihr Ego-Projekt ist ihr Geheimnis.

Sie ist auch die erste Staatschefin in Deutschland, die bindungslos unterwegs ist. Ihr Konzept der situativen Entscheidungen geht von der Flüchtigkeit aller Versprechen und der hohen Verfallgeschwindigkeit aller Loyalitäten aus. Wer sich auf niemanden verlassen will, landet zwangsläufig bei sich selbst. Vielleicht sieht Angela Merkel es so: Sie hatte keine Wahl. In einer Welt, wo jeder jeden verrät, kann man nur auf Kosten aller andern das eigene Glück suchen. Die Kanzlerin hat den Weg zur Zentralmacht in Europa mit schwer lesbaren Zeichen markiert.

Das System M etabliert eine leise Variante autoritärer Machtentfaltung, die Deutschland so noch nicht kannte. Die Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts boten andere Erfahrungen, was den politischen Stil angeht - obwohl die Anklänge nicht zu leugnen sind: die Marginalisierung der Parteien, der Themenmix aus enteigneten Kernbotschaften anderer Lager in der Hand der Regentin; ihre Nonchalance im Umgang mit dem Parlament, mit Verfassungsgarantien, Rechtsnormen und ethischen Standards. Der Anspruch, das deutsche "Bremssystem", eine Mischung aus Präpotenz und Symbolpolitik, zum Durchgriff auf das Budgetrecht beliebig vieler europäischer Länder auszubauen, ist wieder eine von den geräuschlosen Sprengungen, die Umsturz als Regierungsprivileg durchsetzen.

Als Asket an allen Vorgaben vorbeiziehen

Der autoritäre Sozialismus, der im System M angelegt ist, nimmt eine Hürde nach der anderen, weil er auf Gewöhnung setzt. Der leiseste aller Übergänge bereitet sich vor ohne laute Appelle. No commitment ist das Motto. Kein Bekenntnis zu Deutschland oder Europa, nur ein bißchen mehr statt weniger von beiden: eben ein deutsches Europa. Keine Leidenschaft, kein Credo, kein Bekenntnis. Sie alle lassen wir hinter uns in der Alten Welt. Kein mission statement, das die Größe des Projektes verrät. Es kommt "wie ein Dieb in der Nacht".

Welche Gruppierung kann noch opponieren mit Verweis auf ihre Identity? Wo Markenkern

entwendet und neu kombiniert werden, kann auch die Partei, aus der die Täterin ihre Jagdausflüge unternimmt, die CDU, nicht mehr auf Patentschutz für ihre Identität bestehen. Der Allparteienstaat hat lauter gesichtslose Parteien. Bald wird sich keine von ihnen mehr über Gesichtsverluste beklagen. Große Projekte gelten großen Visionen. Wer ein Geheimprojekt verfolgt, kann von seiner Vision nicht sprechen. Logische Folgerung: Er braucht keine.

Über Angela Merkels visionäres Profil wissen wir nichts. Sie arbeitet seit ihrem Auftreten an ihrer Flexibilität; wer sie auf eine Idee festlegen will, muß scheitern. Für sie hat sich die Abstinenz gegenüber Ideen und Visionen als Karriere-Treibsatz erwiesen.

Das Fazit: In Deutschland kann man seit der Einigung politisch an die Spitze rücken, wenn man als Asket an allen Vorgaben vorbeizieht, von denen sich die Mitspieler aus der alten Westwelt aufhalten lassen: Rechtsnormen und Verfassungswerte, Verträge und Wettbewerbsfreiheit, ethische Standards und moralischer Grundkonsens.

Gertrud Höhler war Literaturprofessorin und Beraterin Helmut Kohls, für dessen Kabinett sie lange als Ministeranwärterin galt. Der hier gedruckte Text ist ein Vorabdruck aus ihrem am 24. August im Orell Füssli Verlag erscheinenden Buch "Die Patin. Wie Angela Merkel Deutschland umbaut".<<

Der deutsche Hochschullehrer i.R. Dr. Hans Penner forderte bereits am 21. August 2012 den Rücktritt der Bundeskanzlerin Merkel (x932/...): >>**Merkel betreibt Auflösung Deutschlands**

Im Widerspruch zu ihrem Amtseid betreibt Frau Dr. Angela Merkel eine Energie- und Europapolitik, die Deutschland großen Schaden zufügt und zu Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Verarmung führen wird. Aus diesen Gründen ist der Rücktritt von Frau Dr. Angela Merkel von ihrem Amt als Bundeskanzlerin zu fordern.

1. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland

Frau Merkel betreibt die Auflösung der Bundesrepublik Deutschland als souveränen Rechtsstaat. Deutschland soll in einen europäischen Bundesstaat integriert werden, der aller Voraussicht nach eine sozialistische Fiskal-Diktatur sein wird. Diese Bestrebungen widersprechen Artikel 20 des Grundgesetzes. Das Grundgesetz erlaubt den Bürgern Widerstand gegen diese Politik.

2. Vernachlässigung der Bankenaufsicht

Durch Vernachlässigung der Bankenaufsicht unter der Regierung von Frau Merkel hat sich in Deutschland der Schwerpunkt der Bankentätigkeit auf das Investmentbanking verlagert. Als Ergebnis betreiben Banken riskante Geschäfte, deren Verluste der Steuerzahler tragen muß.

3. ESM-Vertrag

Auf Betreiben von Frau Merkel soll in Luxemburg eine unzutreffend als "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM) bezeichnete internationale Finanzbehörde geschaffen werden. Laut ESM-Vertrag soll diese ESM-Bank volle Immunität genießen. Beaufsichtigungen oder Kontrollen der ESM-Bank sind untersagt. Die Mitarbeiter der ESM-Bank sind zum Stillschweigen verpflichtet.

4. Schulden-Union

Unter Mißachtung der europäischen Gesetze betreibt Frau Merkel die Umgestaltung der EU in eine Schuldenunion. Die ESM-Bank dient ausschließlich dem Zweck, die Gläubiger maroder Banken zufriedenzustellen.

5. Preisgabe der Haushaltssouveränität

Die Finanzierung der ESM-Bank bedeutet die Preisgabe der Haushaltssouveränität des Bundestages. Der Bundestag kann zwar das deutsche Mitglied des Gouverneursrates der ESM-Bank beeinflussen, nicht aber die Entscheidungen des Gouverneursrates.

6. Anstieg der Staatsverschuldung

Unter der Regierung von Frau Merkel stieg die Staatsverschuldung von 1,5 auf 2,1 Billionen

Euro. Auf Betreiben von Frau Merkel verpflichtet sich Deutschland, der ESM-Bank einen Betrag von 190 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Da Deutschland dieses Geld nicht hat, kann dieser Betrag nur durch eine höhere Neuverschuldung aufgebracht werden. Darüber hinaus kann der Gouverneursrat das Grundkapital des ESM und damit den Beitrag Deutschlands jederzeit nach Belieben erhöhen.

7. Torpedierung der Sozialen Marktwirtschaft

Frau Merkel torpediert die Soziale Marktwirtschaft durch zwangswirtschaftliche Verordnung unwirtschaftlicher Stromerzeugungsmethoden.

8. Vernichtung der Kerntechnik

Ohne rationale Begründung vernichtet Frau Merkel die hochentwickelte, sichere deutsche Kerntechnik und zwingt zum Import von unverzichtbarem Nuklearstrom. Die Eigentümer der Kernkraftwerke werden gesetzwidrig zwangsenteignet. Die Gesamtkosten müssen vom Steuerzahler getragen werden. Deutschland verliert seine Kompetenz auf dem Gebiet der Kernenergie.

9. Propagierung der Klimakatastrophen-Hypothese

Wider besseres Wissen behauptet Frau Merkel als promovierte Physikerin, Kohlendioxid sei ein Schadstoff, obwohl dessen Klimasensitivität unter 1° C liegt. Kohlendioxid-Emissionen haben keinen schädlichen Einfluß auf das Klima, fördern aber das Pflanzenwachstum.

10. Umbau der Stromversorgung in Deutschland

Frau Merkel fordert einen extrem kostspieligen unnötigen Umbau der Stromversorgung in Deutschland, der nach gegenwärtigen Schätzungen einen Anstieg der Stromkosten auf das dreifache bewirken wird. Süddeutschland soll aus dem Wattenmeer mit Strom versorgt werden, was Stromleitungen erfordert von der Länge München - Moskau.

11. Gefährdung der Sicherheit der Stromversorgung

Frau Merkel fördert einen exzessiven Ausbau der sogenannten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas. Dadurch gefährdet sie in zunehmendem Maße die Netzstabilität und macht großräumige und langdauernde Stromausfälle immer wahrscheinlicher. Solche Stromausfälle werden nicht nur große Sach- und Vermögensschäden anrichten, sondern möglicherweise auch Tote und Verletzte fordern.

12. Belastung der Umwelt

Die von Frau Merkel geforderten und geförderten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas belasten die Umwelt in Deutschland, ohne irgendeinen Einfluß auf das Weltklima auszuüben.

13. Zerstörung der Familie

Unter der Regierung von Frau Merkel wird die Familienstruktur unseres Volkes zerstört. Jede Woche werden einige tausend sozial unerwünschte ungeborene Deutsche vor ihrer Geburt getötet.

14. Islamisierung Deutschlands

Unter der Regierung von Frau Merkel werden an Universitäten islamische Lehrstühle eingerichtet, um die verfassungswidrige totalitäre Ideologie des Islam auszubreiten.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. September 2012

(x887/...): >>Wir sind Merkel

Gertrud Höhlers Kritik an der Kanzlerin öffnet Blick auf tiefer liegende Probleme

Während in den meisten Medien das Buch "Die Patin" als Rache einer enttäuschten CDU-Wegbegleiterin abgetan wird, bietet es durchaus traurige Wahrheiten.

Die Reaktionen der großen Medien auf das Merkel-Buch von Gertrud Höhler steigern sich teils in regelrechte Haß-Tiraden hinein. Die 71-jährige Literaturwissenschaftlerin wird in einer Weise persönlich attackiert, die keine Grenzen mehr zu kennen scheint.

Die Methode, den Autor zu demontieren, um seine Thesen nicht mehr ernsthaft diskutieren zu

müssen, ist aus der Sarrazin-Kontroverse vor zwei Jahren noch bestens in Erinnerung. Doch ebenso wie damals steht der beinahe einhelligen Ablehnung seitens der Medien eine weitaus differenziertere Beurteilung von seiten des Volkes gegenüber. In Leserbriefspalten und Internet-Foren erfährt Höhler neben Kritik auch viel Unterstützung. Ihr Eindruck von einer zerfallenden Demokratie und eines gefährlich bröckelnden Rechtsstaats wird offenbar von vielen Menschen geteilt.

Was also ist dran an Höhlers Vorwurf, unter der Kanzlerschaft Merkels erodierten Demokratie und Rechtsstaat?

Für den Rechtsstaat ist es unerlässlich, daß sich die politische Führung an Recht und Gesetz hält. Zutreffend bemerkt Höhler, daß bei der abrupten Energiewende und ebenso bei der Euro-Rettung Gesetze reihenweise gebrochen wurden. Das aber ist das Gegenteil von Rechtsstaat: Daß man Gesetze nach Belieben brechen darf, wenn man nur die Macht dazu besitzt. Doch genau dies ist unter Merkel geschehen.

Und die Demokratie? In den Parteien des Bundestages hat es nie ernsthafte, ergebnisoffene Diskussionen über die Euro-Einführung gegeben, eine Volksabstimmung wie in anderen Ländern blieb den Deutschen ebenso versagt.

Letzteres indes weist noch in die Zeit vor Merkel zurück. Höhlers Glorifizierung der Kohl-Ära als gleichsam goldenes Zeitalter der Demokratie geht daher in die Irre.

Aber wie geht es weiter? Heute wird sichtbar, daß mit dem Euro das Fundament unseres demokratischen Rechtsstaats an sich zur Debatte steht, Stichwort "Vereinigte Staaten von Europa". Doch lassen Politiker keinen Zweifel aufkommen, wie sie diese Umwälzung zu realisieren gedenken: Abermals soll ohne Volksbeteiligung alles soweit vorangetrieben werden, bis den Deutschen kaum etwas anders übrig bleibt als zuzustimmen oder Chaos zu riskieren. Das Volk also wird ganz unverhohlen übers Ohr gehauen.

Aber ist das alles allein Merkels Schuld? Wenn ja: Warum läßt sich das Volk dies gefallen? Bettina Röhl stellt in der "Wirtschaftswoche" die entscheidende Frage, ob die Kanzlerin nicht vielleicht nur das Symptom einer allgemeinen Krise der Parteiendemokratie sei, der ein kaum weniger orientierungsloses Volk gegenüberstehe. Merkel füllt demnach nur das Vakuum, das andere hinterlassen haben. Röhl's Analyse der Kontroverse ist nicht bloß die intelligenteste, sie ist auch die beunruhigendste.<<

>>Wir hoffen, daß das Blutvergießen in Syrien sehr schnell vorbei sein wird und auch Syrien einen Weg der Selbstbestimmung gehen kann, ähnlich wie Libyen.<<

Rede anlässlich des Neujahrsempfangs für das Diplomatische Korps, 30.1.2013 – x323/82.

>>Erstens war ja mit dem Einigungsvertrag und mit dem, öhm, Zwei-Plus-Vier-Abkommen, öhm, eigentlich die Souveränität hergestellt.<<

Gefragt, ob Deutschland noch unter Besatzungsrecht stehe. Wählergespräch in Stuttgart, 21.8.2013 – x323/37.

>>Gemeinsam mit Israel treten wir für Menschenrechte ein – für Respekt und Bewahrung der Würde des Einzelnen.<<

Rede bei der Verleihung des israelischen Staatsordens, 25.2.2014 – x323/83.

>>Asylgewährung ist kein Akt von Dankbarkeit oder sonst etwas, sondern es gibt ganz klare Voraussetzungen.<<

Warum sie Asyl für Edward Snowden ablehnt. Sommerpressekonferenz, 18.7.2014 – x323/39.

>>Die Muslime und ihre Religion, der Islam, sind Teil unseres Landes. Eine Islamisierung sehe ich nicht.<<

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.1.2015 – x323/58.

>>Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das. Wir schaffen das, und wo uns etwas im Wege steht, muß es überwunden werden.<<

Sommerpressekonferenz, 31.8.2015 – x323/43.

>>Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt keine Obergrenze; das gilt auch für die Flüchtlinge, die aus der Hölle eines Bürgerkriegs zu uns kommen.<<

Rheinische Post, 11.9.2015 – x323/44.

>>Es ist im Augenblick nicht möglich. Zahlen zu benutzen. Aber das ist auch egal.<<

Nach aktuellen Flüchtlingszahlen gefragt. Anne Will, 7.10.2015 – x323/45.

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor) schrieb im September 2015 wegen der unregelmäßigen Masseneinwanderung von Migranten folgenden "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x854/...):

>>Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir Bürger werden immer wieder aufgerufen, uns am politischen Leben zu beteiligen. Ich tue dies mit dieser Eingabe zur Lösung des augenblicklichen Problems der Migration an Sie, Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, und einige Ihrer Abgeordneten-Kolleginnen und -Kollegen.

Da ich mehrfach die schlechte Erfahrung gemacht habe, daß Minister und Ministerpräsidenten meine Eingaben nicht beantwortet haben, erlaube ich mir, diesen Brief als "offenen Brief" zu behandeln und ihn auch an alle Länder-Ministerpräsidentinnen und Präsidenten, an die Damen und Herren Parteivorsitzenden und an einige andere Politiker zu senden, mit der Bitte, Sie zu unterstützen, sowie an einige Zeitschriften und Privatpersonen.

Mit freundlichem Gruß Gerd Schultze-Rhonhof

Grenzenlose Gastfreundschaft

Ich möchte nicht als ausländerfeindlich gelten. Habe ein halbes Jahr lang einem Armutsflüchtling ohne Gegenleistung ein Zimmer mit Bad gestellt, ihn an den Mahlzeiten der Familie teilnehmen lassen, ein Fahrrad geschenkt und ihn unfallversichert.

Trotzdem meine ich, daß die jetzige, in Deutschland gewährte grenzenlose Gastfreundschaft gegenüber Migranten sinnlos ist, unser Sozialsystem und unseren sozialen Frieden zerstört, das bisher noch vorhandene Vertrauen unserer Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit von Parlament, Demokratie und Kommission der Europäischen Union im allgemeinen und die Fähigkeiten der hier politisch handelnden Funktionsträger im besonderen schwer beschädigt, wenn nicht gar bei Teilen der Bevölkerung völlig zerstört. Rund 50 % Nichtwähler unter den deutschen Wahlberechtigten zeigen, wie weit dieser Enttäuschungs- und Entfremdungsprozeß jetzt schon ohne den neuen Einwanderungsdruck gediehen ist.

Wir erleben derzeit sehenden Auges einen Zustrom von mehrheitlich nicht integrierbaren Migranten und Flüchtlingen nach Deutschland und einigen anderen Ländern Europas, der unsere Gesellschaft sprengen, unsere Demokratie als handlungsunfähig vorführen, unsere Kommunen auf Dauer in die Zahlungsunfähigkeit treiben und unser eigenes Volk langfristig auf seinem Territorium zur Minderheit werden läßt. Wir sind die tatenlosen Zuschauer des Beginns einer Völkerwanderung, die Sie als solche offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen.

Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, werden es durch ihre bisherige Konzeptlosigkeit und Unentschlossenheit vor unseren Enkeln mit zu verantworten haben, daß wir in wenigen Jahren Rassenprobleme wie in den USA, Banlieues wie in Frankreich und rechtlose Stadtteile wie in England haben, wenn Sie der jetzigen Entwicklung weiter konzeptlos und ohne wirksame Taten zusehen.

Ich bitte sie deshalb dringend, zu erwirken,

- daß die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
- daß der Rechts-Instanzenweg im Asylverfahren abgeschafft wird,
- daß die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- daß die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbun-

den wird,

– daß Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und daß Angehörige dieser Staaten und Gebiete ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden,

– daß nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden und

– daß die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird. (Einzelheiten zu diesen Vorschlägen lesen Sie bitte auf dem letzten Blatt.)

Zur Begründung meines Begehrens lesen Sie bitte Folgendes:

Falsche Prognosen

Die Ströme von Migranten, die in diesem Jahr auf Deutschland zukommen, wurden erst auf 250.000, dann auf 450.000 und nun auf 800.000 prognostiziert. Wie wir alle "die Politik" kennen, wird jede unangenehme Entwicklung nur scheinbar zugegeben. Zum Jahresende ist eine Realität von einer Million Migranten nicht unwahrscheinlich. Und in den kommenden Jahren ist nicht mit einem Abnehmen des Migranten-Stroms zu rechnen, weil die Bevölkerungsexplosion in Afrika und die Entfesselung von Bürgerkriegen rund um Kerneuropa kein Ende nehmen, und weil das überwiegend herzliche Willkommen in Deutschland und in Österreich einen unwiderstehlichen Sog auf weitere Millionen "Migranten in Warteposition" ausüben. Unablässig verbreitet sich die frohe Kunde der erfolgreich Angekommenen per Handy in Windeseile innerhalb der Auswanderungsländer und setzt neue Wanderer in Marsch.

Anfang einer Völkerwanderung

Der jetzige Strom an Zuwanderern ist kein einmaliges und mit unseren bisherigen Gewohnheiten und Mitteln zu lösendes europäisches Problem. Und die großzügigen Gesten der deutschen und der österreichischen Regierung, ein paar Tausend in Budapest "aufgestaute" Migranten ins Land zu lassen, um das dortige Elend zu beenden, sind nicht, wie einige deutsche Minister geäußert haben, ein einmaliger Akt.

Es wird ein Drama mit immer neuen Szenen geben. Das jetzige Drama ist der Anfang eines stets weiter anschwellenden Problems, der Anfang einer Völkerwanderung. Außerdem ist diese Völkerwanderung aus der Migrantensicht nicht in erster Linie ein europäisches Problem, weil die meisten Migranten ganz bewußt Deutschland und Österreich wegen ihrer Sozialsysteme und ihrer Ausländerfreundlichkeit ansteuern. Trotzdem können sich unsere Politiker bisher nicht zu einer grundsätzlichen und nachhaltigen Lösung des Problems durchringen.

Armutsbekämpfung

Im Jahr 1962 habe ich auf einem Seminar im Auswärtigen Amt gehört, daß Westdeutschland die Armut der Welt durch Entwicklungshilfe am Entstehungsort bekämpfen werde. Das hat in Fernost und in Südamerika da ganz und dort weitgehend funktioniert. In weiten Teilen Afrikas sind die Lebensumstände heute aber bedrückender als damals. Im Jahr 1990 hat der UNHCR prognostiziert, daß die Flüchtlingsströme auf 50 Millionen Menschen pro Jahr anschwellen werden.

Ich habe damals auf einer Parteiveranstaltung gefragt, wie Deutschland darauf reagieren werde. Die Antwort war: "Wir bekämpfen die Armut am Ort ihres Entstehens." Was die Politiker-Worte von 1962 und 1990 und heute zu dieser Frage wert sind, sieht man. Auch die jetzige Einlassung eines deutschen Parteivorsitzenden, man brauche einen neuen Marshall-Plan für bedürftige Staaten, läßt außer Acht, daß Deutschland die Marshall-Hilfe zurückzahlen mußte. Der Herr Parteivorsitzende hat aber dem Anschein nach wieder nur an geschenktes Geld gedacht.

Drei Migranten-Ströme

Wir werden jetzt von drei Migranten-Strömen überrollt, aus Afrika, aus Kriegsgebieten und

aus den südlichen Balkanländern.

Afrika

Afrika hat einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 30 Millionen Menschen. Ein erheblicher Anteil dieser Menschen wird Jahr für Jahr nach Europa drängen. Je mehr Europa davon aufnimmt und je komfortabler der zeitweilige oder dauerhafte Aufenthalt in Europa erlebt wird, desto größer wird der Anreiz für immer neuen Migranten.

Inzwischen brauchen Migranten nur noch am Südufer des Mittelmeers in See zu stechen, dann werden sie von den NATO-Marinen abgeholt und auf die europäische Seite des Mittelmeers transportiert. Sie, die Politiker, die das veranlassen, machen unsere Marinesoldaten damit zu "Schleppern und Schleusern" entgegen deren guter Absicht. Außerdem muß zur Kenntnis genommen werden, daß die Systemwechsel-Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs in den Staaten des Süd- und des Ostrandes des Mittelmeers erst die Tore für die Migrantenströme aus dieser Richtung geöffnet hat.

Insbesondere der illegale und unnötige Sturz des Gaddafi-Regimes in Libyen hat das zuvor verschlossene Tor vor Afrika weit aufgerissen. Es ist bemerkenswert, daß sich unsere Verbündeten USA und Großbritannien an der Bewältigung des durch die Destabilisierung Libyens entstandenen Migranten-Stroms nicht bzw. kaum beteiligen.

Je mehr Migranten wir über das Mittelmeer aufnehmen, desto größer werden der Anreiz für weitere Migranten, der Gewinn der Schlepper und die Zahl der Ertrinkenden. Die australische Regierung hat das gleiche Drama auf den Seegebieten vor ihrer Nordküste auf wirksame Weise beendet. Sie hat 2013 in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und verkündet, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Und die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote seither "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück. Nach kurzer Zeit ist kein einziger Bootsflüchtling mehr vor Australiens Nordküste ertrunken.

Ich fordere Sie auf, auf ein derartiges Vorgehen aller EU Staaten im Mittelmeerraum zu drängen, Schiffe der Bundesmarine unverzüglich in dieser Weise einzusetzen und den anderen EU Staaten so voranzugehen. Und ich fordere Sie auf, die Asylanträge der afrikanischen Migranten, wie bereits vom Innenminister vorgeschlagen, in deren Heimatländern prüfen zu lassen.

Kriegsgebiete

Auch die Flüchtlinge aus Kriegsgebieten kommen derzeit aus Territorien, an deren Destabilisierung ein Teil unserer Verbündeten mit offenen Kriegshandlungen, Geheimdiensten, Söldnern und Geldzuwendungen einen wesentlichen Anteil hat. Kriegsflüchtlingen muß zwar zeitweise Schutz und Bleibe geboten werden, aber nach den Kriegen sollten sie ihre Länder wieder aufbauen und dazu repatriert werden. Jahrelanges Verbleiben in Deutschland, Asylanträge mit oft jahrelangen Gerichtsverfahren durch den Instanzenweg hindurch und sogenannte Abschiebehindernisse führen dazu, daß das für die Kriegsdauer gewährte Gastrecht von vielen Flüchtlingen zu einem Anspruch auf Dauerverbleib und ein leichteres Leben in Deutschland ausgenutzt wird.

Deutschland besitzt keinen Steuerungsmechanismus zur Auswahl dieser Zuwanderer, und unsere Politiker auf Länder- und Bundesebene besitzen offensichtlich nicht die Weitsicht für die Folgen dieses Zustroms für unser Sozialsystem und unseren sozialen Frieden und nicht den Mut, die Repatriierungen durchzusetzen. Schon eine Bürgerinitiative wohlmeinender und mitfühlender Flüchtlingsnachbarn gegen eine Abschiebung versetzt fast jeden Politiker in "Wähler-Angst". So verbleiben bei etwa 97 % der abgelehnten Asylanträge 85 % der Antragsteller trotzdem in Deutschland. Sie werden entweder geduldet oder sie tauchen unverzüglich unter. So verbleiben im familiären Rand nicht repatriierter Bürgerkriegsflüchtlinge in Summa auch massenweise nicht integrierbare und sozialhilfeempfangende Ausländer in Deutschland.

Südliche Balkanländer

Eine dritte Gruppe sind derzeit die Migranten aus den südlichen Balkanländern. Es sind in der Regel Menschen mit dem verständlichen Wunsch nach einem materiell besseren und sichereren Leben. Solange sie in geringen Zahlen kamen, konnte unser Volk sie materiell versorgen, und es bestand eine größere Chance, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Der jetzt auf Deutschland zurollende, ungebremste Migranten-Strom aus dieser Region sprengt zusammen mit den zwei vorgenannten Migranten-Bewegungen auf Dauer unsere Staats- und Kommunalfinanzen, zerstört den Bürgerfrieden in kleinen Städten, Ortschaften und in vielen Stadtteilen großer Städte und überfordert die Kapazitäten der Kommunalverwaltungen, der karitativen Einrichtungen und der freiwilligen deutschen Helfer.

Verpflichtungen

So verständlich es ist, daß Menschen aus Überbevölkerungsgebieten, Kriegsgebieten, Katastrophengebieten und Herrschaftsgebieten mit eingeschränkten Bürgerfreiheiten bei uns in Nordeuropa Schutz, Asyl und bessere Lebensbedingungen suchen, so sehr gehört es zur selben Realität, daß sie auf Dauer von uns ernährt, untergebracht und versorgt werden wollen.

Wir, das deutsche Volk, sind aber genauso wenig moralisch oder anders verpflichtet, wie z.B. Dänen, Tschechen oder Polen, die Aufbau- und Lebensleistung von uns und unserer Vorfahren bis hin zur Selbstzerstörung unseres Gemeinwesens und seiner politischen Kultur den Hoffnungen der Migranten zu opfern.

Wir sind nicht verpflichtet, unsere materielle und kulturelle Substanz und unsere auf numerischer Überlegenheit beruhende Selbstbestimmung im eigenen Land auf Dauer an fremdstämmige Migranten-Mehrheiten abzugeben. Dabei ist nicht nur an die direkte Zuwanderung zu denken. Im Haus neben mir z.B. wohnt eine Migranten-Familie (ohne Deutschkenntnisse). Das Familienoberhaupt hat 11 Kinder, und eine seiner Töchter hat bereits 12 Kinder. Fast alle jüngeren Migranten bekunden außerdem, daß sie ihre Familien nachzuholen gedenken.

Gegenseitige Forderungen und Ablenkungsmanöver

Deutsche Politiker auf allen Ebenen vom Europäischen Parlament bis zu den Gemeinderäten sind offensichtlich unfähig, die angesprochenen Probleme grundsätzlich, durchgreifend und nachhaltig zu lösen. Sie verlangen gegenseitig voneinander die Lösung der Probleme oder Hilfen dazu: mal soll es eine EU-Lösung sein, mal sollen es die Kommunen richten, mal der Gesetzgeber, mal soll der Bund mehr Geld geben, mal soll die freiwillig helfende Bevölkerung mehr leisten. Offensichtlich ist unser System nicht mehr dazu tauglich, Probleme dieses Ausmaßes in den Griff zu bekommen. Politiker und Medien überbieten sich statt dessen im Nebelkerzen-Werfen und Ablenken. Sie verweisen auf die Nützlichkeit zuwandernder Arbeitskräfte.

Der Versuch in einer mitteldeutschen Großstadt, aus 300 "Asylbewerbern" Kräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, ergab 6 vermittelbare Zuwanderer, und der dänische Arbeitgeberverband hat in diesem Frühjahr eingestanden, daß die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt auf ganzer Linie gescheitert ist. Zahlreiche Medien überbieten sich gegenseitig mit der Darstellung erfolgreicher Integrations-Initiativen und suggerieren damit eine falsche Wirklichkeit. Tausend gelungene Integrationsbeispiele bei einer Millionenzuwanderung betreffen nur ein Promille der Realität.

Diese Medien versuchen hiermit, die öffentliche Stimmung zu manipulieren. Andere Politiker und Medien preisen die multikulturelle Vielfalt. Sie wissen offensichtlich nichts von "Multikulti" in Belgien, im alten Serbien, in der Ukraine und in Syrien, geschweige denn von "Multikulti" in mehreren Stadtteilen deutscher Großstädte. Die Geschichts- und Landeskenntnis der deutschen Durchschnittspolitiker reicht diesem Anschein nach nur zur Wiederholung andernorts schon gemachter Fehler.

Falscher Vergleich

Manche Politiker kommen uns mit falschen Vergleichen, so z.B. mit der Aufnahme der ostdeutschen Vertriebenen 1945 und 1946. Die damaligen Vertriebenen wurden samt und sonders von Polen, Tschechen und Sowjets mit roher Gewalt aus ihrer Heimat ausgetrieben, in der sie trotz aller Kriegszerstörungen sonst gern geblieben wären. Die Vertriebenen flohen auch nicht in ein reiches, "gelobtes Land", um besser zu leben. Sie flohen in einen ebenfalls verwüsteten, verarmten Teil ihres eigenen Landes.

Ihre Perspektive ergab sich aus ihrer Integrationsfähigkeit, aus ihrem Fleiß und ihrer Fähigkeit, das zerstörte Westdeutschland wieder mit aufzubauen. Alles das ist bei der übergroßen Mehrheit der heutigen Migranten nicht vorhanden. Es handelte sich damals einerseits um die Flucht innerhalb des eigenen Landes und andererseits um die Aufnahme von Landsleuten. Vielen deutschen Politikern und Medienschaffenden ist aber offensichtlich das Empfinden für die Besonderheit einer Solidarität unter Landsleuten abhanden gekommen.

Beschimpfungen und mangelhafte Berichterstattung

Die Mehrheit der deutschen Politiker und Medienleute lenkt mit der Beschimpfung von Kritikern und den Klagen über Ausländerfeindlichkeit vom eigentlichen Problem, der außer Kontrolle geratenen Massen-Zuwanderung, ab. Ausländerfeindlichkeit ist häßlich, aber verglichen mit der derzeitigen Problem-Massierung nur ein sehr bedauerlicher "Kollateralschaden".

Zuwanderungskritik ist etwas anderes. Es fehlt das Reflektieren der Bedenken der Einwanderungskritiker. Sie werden in die rechtsradikale Ecke gestellt, "aus der Front der Demokraten" exkommuniziert, als "dumpfes" Pegida-Volk und "empathieloses Pack" beschimpft, des Populismus und des Rassismus bezichtigt, ihnen werden unberechtigte Ängste und Angstmache unterstellt, ihre Bedenken werden als "ideologischer Müll" bezeichnet oder sie werden anderweit verunglimpft und gemobbt. Es fehlt dagegen jegliche Berichterstattung über die nachbarschaftlichen Unverträglichkeiten, die oft in der Nähe größerer Migranten-Ansiedlungen bestehen.

Es gibt in den Medien keine Berichterstattung über die wirklichen Schwierigkeiten der Einfügung in die deutsche Gesellschaft. Es wird nicht über die Fälle von Angriffen und Beschimpfungen auf und von Polizei und Anwohner berichtet und nicht von Fällen von Vermüllung von Unterkünften und Straßen.

Es gibt statt dessen entweder Schuldzuweisungen gegen deutschstämmige Deutsche oder Berichte über lobenswerte Beispiele deutscher Integrationshilfen. Die Realitäten dazwischen werden unterschlagen. Weiterhin wird manchmal falsch, manchmal manipuliert und nach meiner bisherigen Kenntnis nie richtig und umfassend über die Kosten informiert, die ein Migrant (vor seiner Anerkennung als Asylant oder bis zu seiner Ausweisung) pro Monat durchschnittlich den Steuerzahler kostet: an Lebensunterhalt, Unterkunfts-Sanierung, Miete, laufender Reinigung der Unterkünfte, medizinischer Versorgung, Fahrrad, Handy, Wäsche, Taschengeld, Sprachunterricht, Gerichtskosten, Übersetzer-Kosten, Betreuer-Kosten, Polizei-Einsatzkosten, zusätzlichen Planstellen für zusätzliche Lehrer und die Bearbeiter von Registrierungen und Asylanträgen sowie die Rückführungen usw.

In einer demokratischen Gesellschaft mit einer freien Presse hätte das längst offengelegt werden müssen. Daß dies nicht geschieht, erweckt den Anschein, daß alle Politiker Angst haben, Ihre Wähler darüber zu informieren und daß die Medien zu gewissen Themen über die Presse- und Fernschräte gelenkt werden.

Zuwanderungskritik

Die durch Beschimpfungen und Mediendruck nicht mehr öffentlich geäußerte Zuwanderungskritik entzündet sich vordergründig an dem zur Schau gestellten Verhalten etlicher Migranten. Sie hat aber auch eine grundsätzliche Dimension. Die vordergründige Kritik entzündet sich am unangemessenen Verhalten einiger Asylanten und in Deutschland verbleibender oder ge-

duldeter Migranten. Es mag nicht häufig vorkommen, aber es "verbreitet" sich schnell auf dem Erzählweg. Ich nenne aufdringliches Macho-Verhalten, Mißachtung von deutschen Frauen, z.B. Verhöhnung von Helferinnen, die den Toilettendreck der Migranten entfernen, Drogenhandel, Rempelen und Schlägereien, überzogene Anspruchshaltung bei Behörden und Ärzten, mangelhafte Hygiene in den Unterkünften, das Verdrängen anderer Ethnien bis hin zur Drangsalierung deutschstämmiger Kinder in mehrheitlich migrantenstämmigen Schulklassen u.a.m.

Die grundsätzliche Dimension ist dagegen bedeutender. Es geht um den Charakter unseres Landes, die Identität, die Sitten und die Rechtsordnung unseres Volkes, um unsere politische Kultur und um unsere Selbstbestimmung als Gastgeber im eigenen Land. Weite Teile unserer Bevölkerung, wahrscheinlich eine Mehrheit der deutschstämmigen Deutschen, wollen ihr Land, ihre Identität und das Sagen im eigenen Land behalten. Diese Mehrheit will keine Auflösung der deutschen Nation in einer europäisch-asiatisch-afrikanischen Mischbevölkerung und keine Auflösung unseres Staats in einem Europa-Staat.

Das haben wir Jahrzehnte lang so gesehen, und das ist uns genauso lang von unseren Spitzenpolitikern versichert worden. Es hieß lange Zeit, daß die Bundesrepublik ein föderatives Europa anstrebt; von einem europäischen Staatsvolk und einem Europa-Staat war nicht die Rede. Aber bereits 1990 gab Herr Lafontaine aus seiner damaligen Ablehnung der deutschen Wiedervereinigung und seiner Ablehnung der damit verbundenen Stärkung Deutschlands die Gegenrichtung vor. Er sagte in einem Vortrag: "Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Deshalb müssen wir uns von dem völkisch orientierten Nationenbegriff lösen."

Dahingegen bekundete der Vizepräsident der EU Kommission Sir Leon Brittan im Oktober 1996: "Der deutsche Bundeskanzler Kohl hat uns zugesagt, daß er keine Vereinigten Staaten von Europa anstrebt, und daß die Nationen erhalten bleiben."

Drei Jahre später Bundespräsident Rau: "Eine Europäische Föderation wäre nicht darauf angelegt, die Nationalstaaten verschwinden zu lassen." (4.11.1999).

Innenminister Schönbohm (Brandenburg): "Ich glaube, die Nation ist ein ganz wichtiger Identifikationsrahmen in der Geschichte, Schicksalsgemeinschaft, Staatsvolk, Kultur und gemeinsame Zukunftsgestaltung." (26.3.1999)

Die seit ein paar Jahren betriebene Vergemeinschaftung innerhalb der EU zielt aber eindeutig auf einen gemeinsamen Staat und auf eine Mischung der Landesbevölkerungen bis zum Verschwinden ihrer nationalen Eigenschaften und Identitäten.

Der 2014, wie von lenkender Hand gesteuert, einsetzende Migranten-Strom verändert nun auch das Staatsvolk Deutschlands in einer Geschwindigkeit, die keine Integration und Assimilation der Neubürger mehr zuläßt. Nach ungefähren UNHCR-Prognosen und einer genaueren des Prof. für Militärdemographie, Heinsöhn, am NATO Defense College (Rom) kommen bis 2050 etwa 950 Millionen Migranten aus Afrika und aus dem Nahen Osten auf Europa zu. Wenn sich ein Drittel davon in Deutschland ansiedelt, verändert das unser Staatsvolk von Grund auf. Pikanterweise erinnert dieser Prozeß an eines der amerikanischen Kriegsziele von 1945, "Der Abschaffung der Reinrassigkeit in Deutschland".

Sie, Frau Dr. Merkel, sagen heute: "Deutschland und Europa werden sich verändern". Sie sagten aber noch im November 2004: "Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert".

Ihre Anpassung in dieser Hinsicht zeugt von Resignation oder von Prinzipienlosigkeit. Bitte verstehen Sie, daß ein großer Teil der deutschstämmigen Deutschen Ihren Sinneswandel nicht mit vollziehen kann und will. Viele Bürger wollen, daß sie, ihre Kinder und Kindeskinde der dominierende Bevölkerungsteil im eigenen Lande bleiben. Sie sehen in der anrollenden Völkerwanderung eine kalte Eroberung. Viele sind überzeugt, daß die Worte unseres Altkanzlers Schmidt der nahenden Realität entsprechen: "Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag."

Es gibt keine Vertretung der konservativen, das Staatsvolk und die Rechtsordnung bewahrenden Deutschen mehr in den Volksparteien. Diese Wählergruppe ist heute ohne Stimme, und sie gehört inzwischen mehrheitlich zu den Wahlverweigerern. Die deutschen Politiker sollten diesen Umstand in ihrem Willkommens-Hype nicht übersehen, so wie die vielen Wiedervereinigungsgegner von vor 1998 und die Mehrzahl der Medien die tatsächliche Stimmung für eine Wiedervereinigung falsch eingeschätzt haben. (Ablehnend: Lafontaine, Schröder, Bahr, Hans Jochen Vogel, Brandt, Bölling, Glotz, Steinkühler, Joschka Fischer, Jürgen Schmude u.a.m.)

Bitte verkennen Sie auch nicht, daß die häßlichen Gewalttaten gegen Migranten-Wohnheime nur die unschöne Spitze eines unter Wasser großen Eisbergs seriöser Sorgen sind.

Belastungen contra Bereicherung

Regierung und Medien bemühen sich, der deutschen Bevölkerung den Zuzug von Migranten in großer Zahl als kulturelle Bereicherung, als Hilfen für den Arbeitsmarkt und als Ausgleich für den derzeitigen Bevölkerungsschwund anzupreisen und eine "Veränderung Deutschlands und Europas" wie etwas Positives erscheinen zu lassen.

Es wird verschwiegen, daß diese Vorteile nur begrenzt zutreffen, und es wird vor allem völlig unterschlagen, daß der Zuzug von Migranten in großen Zahlen auch erhebliche Nachteile für die deutsche Bevölkerung und den deutschen Staat mit sich bringt, dies vor allem, wenn der Migranten-Zulauf weiter unvermindert anhält. Es seien erwähnt:

- die Mißstimmung in einer großen Zahl anderer EU Staaten über Deutschlands Vorpreschen mit seiner Migranten-Aufnahme und über den von ihm ausgeübten Druck zur Übernahme von Migranten nach einer Quote,
- das Bilden weiterer Parallelgesellschaften durch nicht gelungene Integration (Hierauf hat Brandenburgs Innenminister Schönbohm schon 1999 hingewiesen.),
- das Abgleiten weiterer Stadtteile in Zonen außerhalb deutschen Rechts und deutscher Polizeigewalt,
- der überproportionale Zuzug von in den Arbeitsmarkt nicht vermittelbaren Migranten bei unterproportionalem Zuzug von arbeitsmarktauglichen Migranten,
- dadurch die Zunahme der Armen und der Armut in Deutschland,
- das Absenken der durchschnittlichen Pisa-Vergleichs-Ergebnisse für die Kinder der Wohnbevölkerung in Deutschland,
- die anwachsenden Sozialkosten und Transferleistungen in nicht abschätzbarem Ausmaß,
- dadurch zunehmende Belastungen für die öffentlichen Haushalte und deren erneute Verschuldung,
- die weitere Desintegration der deutschen Bevölkerung,
- das "Einwandern" von Antisemitismus und von ethnischen und religiösen Konflikten aus den Herkunftsländern,
- die Überlastung des Schulwesens,
- das Entstehen einer "Sozialblase" durch den weiter wachsenden Bedarf an Sozialarbeitern, Angestellten der Arbeitsämter und Sozialbehörden, Betreuern, Sonderlehrern, Kita-Mitarbeiterinnen, Gefängnispersonal usw.,
- das Bilden eines neuen Großstadtproletariats aus arbeits- und beschäftigungslosen, nicht integrierten Migranten und abgelehnten, abschiebebedrohten und untergetauchten Asylbewerbern, deren hohe Erwartungen an Deutschland sich trotz eines anfangs herzlichen Willkommens nicht erfüllt haben,
- die verdeckten und leichteren Einreisemöglichkeiten für Extremisten und Terroristen und
- die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte und von Akademikern aus "armen" Staaten, die aus Sicht der Herkunftsländer dort zu Fortschritt und Lebensstandard beitragen müßten. Dies wirkt der deutschen Entwicklungshilfe entgegen.

Zu der hier kritisierten Darstellung der Zuwanderungsfolgen durch Regierung und Medien muß man bemerken, daß die ganze Lüge bei der halben Wahrheit anfängt.

Asyl

Nach Artikel 16a des GG genießen "politisch Verfolgte" Asylrecht in Deutschland und für abgelehnte Asylsuchende gibt es in bestimmten Fällen Abschiebeverbote. Soweit ergänzende Ausführungsbestimmungen, Gesetze und Urteile den Kreis der "politisch Verfolgten" erweitert haben, können diese Gesetze und Bestimmungen geändert werden und ergangenen Urteilen, auch des Bundesverfassungsgerichts, können in einer neuen Lage neue Urteile nachfolgen. Auch bei früheren, anderen Änderungen der politischen "Großwetterlagen" hat das Bundesverfassungsgericht das GG neu interpretiert und der Bundestag in Grundsatzfragen Kehrtwendungen gemacht, z.B. zu den Bundeswehreinheiten im Ausland.

Durch den 2015 einsetzenden Massen-Ansturm von Migranten ist wieder eine neue Großwetterlage für Deutschland entstanden. Die Zahl der Asylanträge ist sprunghaft angestiegen. Zwei Drittel der abgelehnten Antragsteller gehen mit Berufungen in den oft Jahre dauernden Gerichts-Instanzenweg. Deutsche Gerichte können sich wegen der Überlastung nur noch unzureichend mit den Rechtsverfahren deutscher Parteien befassen. Hohe Prozeß- und Dolmetscherkosten belasten den deutschen Steuerzahler. Die verursachte jahrelange Dauer der Asylverfahren führt in der Regel anschließend zur Aufenthaltsduldung der Antragsteller oder diese tauchen mit großer Mehrheit unter, um einer Abschiebung zu entgehen. Abschiebehindernisse sind oft nicht zu überprüfen oder sie sind fragwürdig.

Warum z.B. dürfen junge Eritreer, die ihren langen Nationaldienst im Heimatland nicht leisten wollen, nur deshalb nicht abgeschoben werden, weil sie bei Rückkehr dafür bestraft würden. Internetportale geben Argumentationshilfen für Asylanträge. Angaben über Herkunftsstaaten sind oft nicht zu verifizieren. Syrische Pässe werden gehandelt. So ist eine Grauzone um ein edles Grundrecht entstanden, in der deutsche Dienststellen für Asylverfahren und Gerichte jetzt und vorhersehbar in Zukunft überfordert sind.

Politiker-Aussagen wie, "Asyl hat keine Obergrenze" oder "Wir wollen Asylrecht nicht verschärfen. Wir wollen freiwillig zurückführen" sind angesichts der Lageentwicklung weltfremd. Das Asylrecht soll, wie im GG formuliert, Bestand haben, aber die deutsche Asyl- und Abschiebe-Praxis müssen der neuen Lage angepaßt werden.

Ich bitte Sie, eine Änderung der Gesetze und Bestimmungen zu erwirken, die den Kreis der anerkannten Asylanten wieder auf wirklich "politisch Verfolgte" begrenzt, wie das GG es vorsieht, eine Änderung, die Abschiebeverbote auf drohende Lebensgefahr begrenzt und Berufungen und Revisionen zu den Verfahrens-Erstentscheidungen ausschließt.

Europäische Lösung

Eine nachhaltige Lösung, die inzwischen nicht mehr beherrschbare Völkerwanderung nach Kern-Europa zu beenden, muß eine europäische Lösung sein. Ein "Europäischer Verteilerschlüssel" für Migranten ist aber keine Dauerlösung für das eigentliche Problem. Er ist außerdem ein illegitimer Eingriff in die Souveränität der europäischen Staaten. Auch die bisherige, nachgiebige deutsche Haltung gegenüber der Migranten-Wanderung ist unter den 28 EU-Staaten, wie sich zeigt, nicht konsensfähig.

So wie ein deutscher EU-Abgeordneter gefordert hat, daß Deutschland ein Vorbild als Aufnahmeland geben soll "und den anderen anbieten soll, sich anzuschließen", so fordere ich, daß Deutschland mit einer zukunftsfähigen, stringenten Haltung ein Vorbild für ein Unterbinden der Völkerwanderung setzt, das die anderen EU-Staaten zum Mitmachen anreizt. Die erkennbare Tendenz unter anderen EU-Staaten ist dazu bei Großbritannien, Frankreich, Polen, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Griechenland, Italien und vermutlich weiteren Staaten vorhanden.

Der damalige Bundespräsident Johannes Rau hat 1999 in einer bedeutenden Rede gefordert,

die deutsche Europa-Politik solle sich auch an den Vorstellungen unserer europäischen Nachbarn orientieren. Heute fordert ein Landes-Ministerpräsident: "Nicht wir müssen uns von Positionen verabschieden, sondern die anderen." Ich neige Altpräsident Rau zu.

Viele andere Regierungen mit schwierigen Erfahrungen mit Massenzuwanderungen aus ihren früheren Kolonien oder mit großen ethnischen Minderheiten sehen die auf sie zukommenden Probleme, die eine neue Zuwanderung für ihre Länder mit sich bringt, realistischer und äußern sie ehrlicher als die Mehrheit der deutschen Politiker.

Deutschen Politikern ist eine Klarsicht in der Migranten-Frage nach ihren vielen Fehlprognosen und nicht eingehaltenen Versprechungen vor der Wiedervereinigung, vor der Einführung des Euro und zu Beginn der Griechenland-Finanzkrise nicht mehr zuzutrauen. Auch insofern ist der Vorwurf des ungarischen Ministerpräsidenten nicht unberechtigt, die Massenzuwanderung sei ein deutsches Problem. Deutschland hat seit vielen Jahren weltweit signalisiert, daß Zuwanderer willkommen sind, und zwar unterschiedslos.

Der augenblickliche Beifall des amerikanischen Präsidenten und des englischen Ministerpräsidenten zur plötzlichen Grenzöffnung für die in Ungarn "aufgestaute" Migranten-Menge belegt nicht das Gegenteil. Beide Präsidenten haben ein Interesse an einer weiteren Durchmischung und Desintegration der deutschen Bevölkerung und damit an einer Schwächung Deutschlands gegenüber ihren eigenen Staaten. Deutschland muß in der EU eine Vorreiterrolle für ein Unterbinden der Völkerwanderung übernehmen und nicht weiter auf eine EU-Entscheidung warten.

Unzulängliche und ungeeignete Vorschläge

Die augenblicklichen Bemühungen der Kommunen, Länder, des Bundes und der EU richten sich auf die Bewältigung der derzeitigen Migranten-Zuwanderung. Obwohl erkennbar ist, daß der heutige Migranten-Strom der Beginn eines Dauerzustands ist, ist nirgendwo in der Politik ein Ansatz zu einer nachhaltigen Lösung des Problems zu erkennen.

So gut wie kein Politiker zeigt bisher die Weitsicht und die Courage, unser neues Dauerproblem anzusprechen und nachhaltige Lösungen zur Beendigung der neuen Völkerwanderung vorzuschlagen und sie anzustreben. Die nachfolgenden Vorschläge aus den Reihen deutscher Politiker und Parteien sind allesamt untaugliche Versuche, das eigentliche Problem zu lösen und der offensichtliche Versuch, von ihm abzulenken:

- Quoten für die 28 EU-Staaten lösen das Mengenproblem einer Völkerwanderung nicht.
- Die deutsche Forderung nach europäischer Solidarität ist nur minimal erfolgversprechend.
- Legale Wege für Migranten schaffen zwar eine humane Erleichterung für die, die unterwegs sind, und stören den Schleppern die Geschäfte, aber auch sie lösen das Mengenproblem der Migration nicht, sie verstärken es statt dessen.
- Ein "Beschäftigungs- und Ausbildungs-Korridor" aus dem Balkan nach Deutschland befreit uns nicht vom Zuwanderungsdruck. Selbst wenn deutsche Arbeitsämter in den Herkunftsländern die für den deutschen Arbeitsmarkt geeigneten Bewerber auswählen würden, kämen andere weiterhin auf "illegalen" Wegen.
- Seenotrettung im Mittelmeer ist eine humanitär unumgängliche Maßnahme, aber auch sie löst das Mengenproblem einer Völkerwanderung nicht. Sie verstärkt es eher.
- Deutsche Unterstützung Griechenlands und Ungarns bei der Aufnahme und Registrierung lindert zwar die Not der dort wartenden Migranten, aber sie verstärkt eher den Anreiz für weitere Migranten, als daß sie bremst.
- Die Vorschläge, bessere Aufnahmeeinrichtungen bereitzustellen, unsere Willkommenskultur zu stärken und Wohnungen für Migranten zu bauen, nehmen zwar den Druck von den angekommenen Migranten, aber sie erzeugen nur Anreize für immer neue Migranten.
- Mit der "ganzen Härte des Gesetzes gegen rechtsradikale Gewalttäter vorzugehen". Das ist eine Selbstverständlichkeit, aber keine Lösung des Problems.

- Auch der Vorschlag eines Parteichefs "Der Bund muß dauerhaft mehr Kosten übernehmen." wirkt angesichts der Lage ziemlich hilflos.
- Der Vorschlag eines Zuwanderungsgesetzes ist mindestens 30 Jahre alt. Daß wir keines haben, zeugt davon, daß die Parteien sich nicht einigen können, was sie damit bezwecken wollen.
- Ein Vorschlag der EU-Kommission, 1,8 Milliarden Euro für Projekte in Afrika zur Verfügung zu stellen, um dort Not zu lindern, verschließt die Augen vor der dortigen Bevölkerungsexplosion und der Wirkungslosigkeit der vielen schon bisher dorthin transferierten Milliarden.

Vorwurf und Bitte

Was wollen Sie der deutschen Bevölkerung noch alles zumuten? Reichen die verspielten Milliarden für die Griechenland-Finanzhilfen und die meiner Meinung nach damit begangene Konkursverschleppung nicht?

Ist Ihnen die Verkaufszahl für das Sarrazin-Buch "Deutschland schafft sich ab" mit 1,5 Millionen Exemplaren in kürzester Zeit keine Warnung gewesen? Wollen Sie die nachfolgenden Generationen in unserem Land noch mit weiteren Transferleistungen und Sozialkosten belasten? Schrecken Sie die rund 50 % Nichtwähler nicht, die Ihnen bei jeder Wahl den Rücken zeigen? Wollen Sie Ihre politische Legitimation durch einen weiteren Anstieg der Nichtwähler-Prozente weiter untergraben?

Ich bitte sie, dringend zu erwirken,

- daß die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
- daß der Rechts-Instanzenweg im Asylverfahren abgeschafft wird, (In der Schweiz sind Asylverfahren in der Regel binnen 48 Stunden abgeschlossen.)
- daß die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- daß die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird, (Australiens Regierung hat in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und bekannt gemacht, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück.)
- daß Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und daß Angehörige aus diesen Staaten und Gebieten ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriert werden, und daß dies in den Herkunftsländern bekanntgemacht wird,
- daß nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden,
- daß die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird, (Auswahl nach jährlichem deutschem Zuwanderungsbedarf, deutschen Sprachkenntnissen, Berufserfahrung und Bedarf am Beruf in Deutschland, Bildungsstand und Alter. Australien und Dänemark haben ähnliche Aufnahmekriterien) und
- daß Sozialleistungen, außer Witwen- und Waisenrenten, für die im Heimatland der Migranten und Asylanten verbliebenen Familienangehörigen gestrichen werden.

Bitte schieben Sie das Problem nicht in Erwartung einer EU-einheitlichen Lösung vor sich her. Gehen Sie voran. Sie können sicher sein, daß sich viele EU-Staaten schnell der vorgeschlagenen Regelung anschließen werden, und daß die sehr umstrittene europäische Quotenregelung damit bald obsolet sein wird.

Sie sind eine deutsche Politikerin und zuerst dem Wohle des deutschen Volkes verpflichtet, und Sie sollten nicht versuchen, mit dem Drängen auf eine Quotenregelung schon wieder den "EU-Schwarzen Peter" in die Hand zu nehmen.

Mit freundlichem Gruß

Ihr Gerd Schultze-Rhonhof<<

Herbert Ludwig berichtete am 7. Oktober 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Kultur des deutschen Volkes (x969/...): >>**Volk oder Bevölkerung? - Von den Quellen der deutschen Kultur**

"Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht."

Heinrich Heine

Die Begriffe Volk und Volksgemeinschaft sind durch die nationalsozialistische Ideologie als blutsgebundenes Kollektiv einer auserwählten Rasse mißbraucht worden, das einen übergeordneten personellen Gesamtwillen besitze, der durch den Führer repräsentiert und ausgeführt werde. Damit war auch der Begriff Volksgeist diskreditiert, der als Zusammenfassung dessen verstanden wird, was als seelisch-geistige Besonderheit ein Volk charakterisiert.

Teile der Wissenschaft sehen die Wurzeln der Ideologie des Nationalsozialismus in der Veranlagung des deutschen Volkes selbst und in manchen seiner Philosophen. Die meisten Politiker wünschen und betreiben die Integration des deutschen wie auch der anderen europäischen Völker in einen zentralistischen europäischen Bundesstaat, weil sie so die nationalistische Selbstzerfleischung der Völker meinen ausschließen zu können. Vertreter des linken politischen Spektrums sehnen vielfach gar die direkte Auflösung des deutschen Volkes herbei und begrüßen sein Aussterben, das durch die derzeitige demographische Entwicklung absehbar scheint.

Der frühere Außenminister Joschka Fischer von den Grünen sagte laut "Die Welt" vom 7.2.2005: *"Deutschland muß von außen eingehegt, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden."*

Sieglinde Frieß, Bundestagsabgeordnete der Grünen und Verdi-Fachbereichsleiterin, meinte lt. FAZ vom 6.9.1989 vor dem Parlament: *"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt."*

Am unverhohlensten äußern sich in dieser Beziehung die linksextremen Terrorgruppen. So heißt es in einem antifaschistischen Aufruf von 2012: *"Die größte Gefahr eines faschistischen Wiedererstarkens geht nicht von den marginalisierten Nazis aus, sondern von der bürgerlichen Ideologie des "geläuterten" Deutschlands selber, in welcher die Ursachen für die faschistische Barbarei ... und in der Kategorien wie Volk und Nation Ausdruck anti-emanzipatorischen Denkens sind. ... Das Volk ist kein Begriff, den die Nazis erst ruinieren mußten, sondern seit hundert Jahren schon die Lüge von der notwendigen schicksalhaften Verbundenheit der einzelnen im nationalen Zwangskollektiv."*

Und auf den Straßen skandieren sie ganz offen: *"Nie wieder Deutschland!"* und: *"Deutschland verrecke!"*

Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, daß in der seit Jahren stattfindenden großen und gegenwärtig dramatisch anschwellenden Zuwanderung bei den Politikern der Begriff Volk als zu schützende Einheit keine Rolle spielt. Deutschland wird als quantitatives Reservoir betrachtet, das es bei eigenem Bevölkerungs- und Arbeitssklavenrückgang irgendwie aufzufüllen gilt. Vizekanzler Gabriel z.B. hält es für verkraftbar, daß Deutschland jährlich eine halbe Million Flüchtlinge für die nächsten Jahre aufnehmen könne (Spiegel Online 8.9.15).

Und Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer sagte lt. SZ.de vom 4.9.2015: *"Wir brauchen in den nächsten 20 Jahren viel mehr Arbeitskräfte, als dieses Land hervorbringen wird"* und sprach von 500.000 freien Stellen in Deutschland.

Wer da noch auf die Eigenqualität des Volkes und ihres notwendigen Schutzes hinzuweisen

wagt, wird sofort in die rechtsextreme Ecke gestellt. Wir betreten also im Folgenden stark vermintes Gelände. Aber es geht um die Erkenntnis der Wirklichkeit. Und diejenigen, die noch gefühlsmäßig die historisch überkommene Nation verteidigen, müssen erkennen, daß dies nicht mehr ausreicht, sondern daß sie sich mit der tieferen geistigen Realität des Volkes verbinden müssen, um sie vor dem allseitig anstürmenden Nihilismus zu retten.

Vom Wesen des Volkes

Dem unverstellten kulturgeschichtlichen Blick zeigt sich, daß jedes Volk eine historisch gewachsene Kulturgemeinschaft bildet, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen.

In der Sprache, in Wortbildung und Wortgebrauch, in Grammatik und Syntax, in Redewendungen und bildhaften Ausdrücken offenbart sich am unmittelbarsten die seelische Konfiguration einer Volksgemeinschaft, die sich in Dichtung und Literatur ihren höchsten künstlerischen Ausdruck verschafft. Aber auch in den anderen Künsten wie der Malerei und der Musik, sowie in Wissenschaft, Recht und religiösem Leben prägt sich die seelische Eigentümlichkeit eines Volkes in einer besonderen Form und eigenem Stil deutlich aus.

In dem Artikel *Das eigentliche Europa - Eine Besinnung in Zeiten der Entmündigung* habe ich das am Beispiel von fünf europäischen Völkern etwas zu skizzieren versucht. Der Verlust der Kulturbeiträge auch nur eines Volkes würde einen nicht gut zu machenden Schaden für die Menschheit bedeuten. Wozu sollte es sonst die verschiedenen Völker überhaupt geben?

Um einem Mißverständnis gleich vorzubeugen: Die Kultur eines Volkes ist nicht abhängig von dessen ethnischer Geschlossenheit. Die Kultur steigt nicht aus einer blutsgebundenen Veranlagung auf, sondern bildet sich unabhängig davon aus rein seelischen Kräften. In sie können also auch Menschen aus anderen Völkern hineinwachsen, was ja in der Vergangenheit auch immer wieder geschehen ist.

Wenn aber das massenhafte Einströmen von Menschen völlig fremder Kulturen und einer überwiegend antichristlichen und antifreiheitlichen Religion nach Deutschland stattfindet, die so in die Kultur gar nicht integrierbar und zum größten Teil dazu auch nicht willig sind, verliert das einheimische Volk immer mehr eine aus der eigenen Kultur hervorgehende und sie fördernde Gestaltungsmöglichkeit der Gesellschaft.

Woher kommt es, daß die Menschen eines Volkes in einer besonderen Weise seelisch konfiguriert sind, daß wir von typisch italienisch, typisch britisch oder typisch deutsch sprechen? Dieses Besondere wird ja nicht zwischen den Menschen abgesprochen und herbeigeführt. Es gibt keine Vereinbarung, daß sich jetzt alle so verhalten wollen, weder irgendwann in der Vergangenheit noch später. Erst recht nicht entspringt die Sprache mit ihrem weisheits- und kunstvollen Aufbau irgendeiner bewußten menschlichen Konstruktion. Der Mensch wächst unbewußt in sie hinein, bewegt sich in ihr und wird von ihr ergriffen und gebildet.

Er bildet sie zwar etwas weiter, aber aus den Impulsen der seelischen Konfiguration des Volkstums, die ihm ganz unbewußt bleiben. Das läßt nur den vernünftigen Schluß zu, daß Sprache und einheitlicher Duktus einer Volkskultur auf den Einfluß von über dem Menschen stehenden Wesen zurückgehen müssen.

Wenn jemand irgendwo einen ihm unbekanntem komplizierten Motor findet, wird er nicht auf die schwachsinnige Idee kommen, die verschiedenen Teile hätten sich an dieser Stelle zufällig so zusammengefügt, sondern er wird den Motor vernünftigerweise auf den gedankvollen Bauplan eines Menschen, also eines intelligenten Wesens zurückführen, nach dem er konstruiert und in seine funktionsfähige Form gebracht worden ist.

Vor dem menschlichen Organismus setzt aber bei vielen Menschen ein solch vernünftiges Denken plötzlich aus. Seine hochkomplexen Funktionsabläufe und Zusammenhänge sinnvollerweise auf einen intelligenten Bauplan zurückzuführen, scheitert am versteckten Hochmut

des materialistischen Intellekts, der kein höheres intelligentes Wesen über sich anerkennen kann, und sich deshalb in den gedankenlosen neuen Aberglauben flüchtet, die Teile des Menschen hätten sich halt irgendwann durch einen wundersamen Zufall so zusammengefügt. Entsprechend hält man das Kunstwerk der Sprache und den einheitlichen Charakter der Kultur eines Volkes für zufällige Entwicklungsprodukte.

Doch bereits Johann Gottfried Herder bildete Ende des 18. Jahrhunderts den Begriff des Volksgeistes als einer übermenschlichen Wesenheit, die jedem Volk als inspirierendes Wesen zugehöre. Rudolf Steiner hat dies aus seinen geistigen Forschungen konkretisiert und dahin differenziert, daß es sich um zwei zusammenwirkende Wesen handele, einen Sprachgeist und einen Volksgeist, die in der christlichen Engelhierarchie, wie sie auf den Paulus-Schüler Dionysius Areopagita zurückgeht, jeweils dem geistigen Range der Erzengel angehörten.

Es sind gewaltige Wesen, die mit ihrer Seele ein ganzes Volk umfassen und unterbewußt deren Seele und Lebensorganisation durchdringen und im Sinne einer bestimmten Sprache bzw. eines besonderen Volkscharakters und Volkstemperamentes inspirieren. Der Volksgeist durchdringt aber auch die Lebensvorgänge der Landschaft, in der das Volk lebt, und wirkt so prägend auch von außen. Es gehen unterschiedliche Einflüsse auf den Menschen aus, je nachdem wie die Elemente Erde, Wasser, Luft, Wärme und Licht im Gebirge, im Flachland, am Meer oder im Innern des Kontinents verteilt sind. Der Volksgeist ist die Quelle der Volkskultur.

Vom Wesen der deutschen Kultur

Eine der zentralen Eigenschaften des Deutschen ist sein Hang nach Gründlichkeit. Sie kommt nicht nur in der Qualität seiner materiellen Produkte, die aus einer vollständigen Durchdringung der naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und ihrer perfekten technischen Umsetzung hervorgehen, sondern auch in allem geistigen Streben zum Ausdruck. Es ist der generelle Drang, den Dingen auf den Grund zu gehen, nicht an der Oberfläche zu bleiben, sondern zu den letzten Ursachen zu dringen, aus denen alles hervorwächst.

Goethe hat dies Streben in seinem "Faust" personifiziert. Der Professor Faust hat viele Wissenschaften studiert, aber unbefriedigt muß er sich gestehen, daß alles Sinnes- und Verstandeswissen seine Fragen nach den Tiefen des Seins nicht beantwortet: *"Habe nun, ach! Philosophie, / Juristerei und Medizin, / Und leider auch Theologie / Durchaus studiert, mit heißem Bemühn. / Da steh ich nun, ich armer Tor, / Und bin so klug als wie zuvor!"* ... <<

Der deutsche Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger Bundeswehr, seit 1991) schrieb im Oktober 2015 wegen der Masseneinwanderung von Migranten einen weiteren "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x855/...):

>>Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

dies ist nach vier Wochen mein zweiter "Offener Brief" zum Problem der derzeitigen Einwanderungs-Flut an Sie.

Die Welle der deutschen Hilfsbereitschaft, der tausendfache, aufopfernde Einsatz von Helfern und die Leistungen unserer Verwaltungen haben anfangs den Blick auf die Schwierigkeiten und Grenzen unserer Aufnahme- und Integrationsfähigkeit verstellt.

Ich habe mir erlaubt, Sie mit Brief vom 11. September 2015 auf die Gefahren der ungesteuerten Masseneinwanderung für Deutschland hinzuweisen und Vorschläge für das Asylrecht, für das Steuern der Einwanderung und für das Beenden der beginnenden Völkerwanderung zu machen. Ich habe seither Ihr ehrliches, aber erfolgloses Bemühen, der Lage Herr zu werden, beobachtet und gesehen, daß der Massenzustrom von Migranten weiter ungebremst anhält und auch ganz andere, häßliche Begleiterscheinungen mit sich bringt, als es mir vor vier Wochen schwante.

Inzwischen haben sich die Schätzungen der in Deutschland "aufgestauten" Migranten für das Ende diesen Jahres auf 2 bis 2,5 Millionen aufaddiert, etwa 700.000 nicht anerkannte und

nicht zurückgeführte Asylbewerber, etwa 300.000 inzwischen untergetauchte Migranten und 1 bis 1,5 Millionen Neuankömmlinge im Jahr 2015. Sie haben bisher keinen wirksamen Versuch unternommen, die Massenmigration nach Deutschland zu unterbinden. Sie haben in Ihrer Angewohnheit des sehr, sehr langen Abwägens wertvolle Zeit nutzlos verstreichen lassen, in der Sie hätten beginnen können, Schaden von unserem Volk abzuwenden.

Bitte um Ihren Rücktritt

Ich bitte Sie deshalb, so anständig zu sein, von Ihrem Amt zurückzutreten, und ich bitte Sie und den Herrn Vizekanzler (mit getrenntem Schreiben) außerdem, dem Vorsitzenden der dritten Regierungspartei, Herrn Seehofer, die Regierungsgeschäfte bis zum nächsten regulären Wahltermin zu übergeben.

Herr Seehofer ist mit seinem Bundesland der am stärksten Betroffene der Völkerwanderung. Er denkt und handelt ganz offensichtlich stärker in deutschem Interesse als Sie.

Er ist als Vater von vier Kindern auf natürliche Weise mehr an der deutschen Zukunft der kommenden Generationen in unserem Lande interessiert als Sie.

Herr Seehofer verfügt außerdem bereits über Erfahrung als Minister im Bundeskabinett und als Chef einer Regierung.

Nach Ihrer jetzigen, indifferenten Haltung unserer bisherigen deutschen Identität und der deutschen Selbsterhaltung gegenüber und nach Ihren zahlreichen, plötzlichen, politischen Kehrtwendungen in jüngster Vergangenheit, ist ohnehin nicht erkennbar, wohin Sie Deutschland in der augenblicklichen Ausnahmesituation führen wollen.

Vorwürfe gegen Sie

Der Hauptvorwurf gegen Sie ist Ihre Verletzung des Amtseids. Sie haben geschworen, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Mit der von Ihnen geduldeten und mit verursachten Masseneinwanderung und der Unfähigkeit, sie zu beenden, haben Sie dem jetzigen deutschen Volk und seinen Nachfahren unabsehbaren Schaden zugefügt. Mit der dabei gleichzeitigen erwünschten, aber erheblich geringeren Einwanderung von integrationsfähigen Migranten haben Sie dem deutschen Volk dagegen nur einen verschwindend geringen Dienst geleistet.

Sie haben in der Abwägung zwischen christlicher Pflicht zur humanitären Hilfe für Flüchtlinge einerseits und Regierungsverantwortung für unser Volk und seine Selbsterhaltung andererseits Maß und Mitte zu Lasten Ihrer Pflicht als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland vermissen lassen.

Sie haben mit Ihren Botschaften, Deutschland sei ein Einwanderungsland und Asylanten seien in Deutschland willkommen, einen Migrations-Sog ausgelöst. Diese Migration hat zusätzliches Leid und Tragödien ausgelöst.

Sie haben, um diesen Fehler zu kaschieren, bisher pausenlos die Illusion verbreitet, unser Land und unsere Bevölkerung könnten die durch die Migration auftretenden Belastungen meistern, die für die Staatsfinanzen, die anderen öffentlichen Haushalte, die innere Sicherheit, das Bildungswesen und das Sozialversicherungswesen entstehen. Sie haben dabei die neuen Verschuldungen verschwiegen und die Leistungskürzungen für unsere Bevölkerung und auch die nun unterbleibenden Sanierungen für Straßen, Wasserwege, Brücken und Kanalisationen und die Ewigkeitsbelastungen für unsere Kinder und Kindeskinde.

Sie haben Deutschlands Ruf und Rolle in der EU beschädigt und belastet, weil Sie mit der von Ihnen geförderten Migranten-Flut alle anderen EU-Staaten unter Zugzwang gebracht haben. Die Forderung Ihrer Regierung nach Quotenverteilung von Migranten an andere Staaten ist der Versuch eines illegitimen Eingriffs in die Souveränität anderer Staaten und das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker.

So wie die Territorien und Grenzen der Staaten unantastbar sind und nur mit dem Willen der betroffenen Bevölkerungen veränderbar sind, so sind auch die Staatsvölker nicht durch äüße-

ren Willen und gegen den Willen der betroffenen Bevölkerungen veränderbar. Masseneinwanderung ist eine Veränderung des Landesvolks. (Die Einführung eines Solidaritäts-Mechanismus ist übrigens noch 2013 von Deutschland abgelehnt worden.)

Die anderen europäischen Staaten haben entweder große Migranten-Zahlen aus ihren ehemaligen Kolonien aufnehmen müssen, oder russische Minderheiten im Land ... gehabt, und Tschechen und Polen haben negative Erfahrungen als Vielvölkerstaaten hinter sich. Diese Staaten und ihre Völker zur Aufnahme von neuen Minderheiten zwingen zu wollen, zeugt von geschichtlicher Unkenntnis, deutschem Oberlehrer-Wesen oder EU-Größenwahn.

Statt auf eine "gerechte" Verteilung von Migranten auf andere Staaten zu hoffen, hätten Sie die wahren Verursacher der jetzigen Völkerwanderungen mit ins Boot der Aufnahmeländer und der Bezahlenden holen sollen. Die augenblicklichen "Fluchtbewegungen" aus dem Mittleren Osten und aus den Staaten rund um das südliche und östliche Mittelmeer und die Öffnung der südlichen Mittelmeerküste für Flüchtlinge aus Zentral- und Westafrika gehen in erster Linie auf die Systemwechselkriege zurück, die die USA, England und Frankreich begonnen und geführt haben, ohne selbst von diesen Staaten bedroht worden zu sein.

Diese drei Verbündeten haben die Diktatoren in den heute destabilisierten Staaten entmachtet und sie durch Einsatz von Geheimdiensten, Söldnern und Geldzuwendungen und zum Schluß offenen Kriegshandlungen gestürzt. Geblieben sind jedes Mal Bürgerkriege, Chaos, Flüchtlingslager und heute Flüchtlingsströme.

Die USA z.B. haben sich bisher nur bereiterklärt, 2015 1.500 Flüchtlinge (andere Angaben: 4.000) aufzunehmen. Das ist weniger als Bayern an einem Tag hat unterbringen müssen. Die Hauptlast der Flüchtlingsströme den deutschen Bürgern und Steuerzahlern aufzubürden, ist das Gegenteil von "Schaden von ihm abzuwenden."

Sie haben die Diskussion um die Migranten-Aufnahme auf das Begriffspaar "Willkommenskultur" und "Ausländerfeindlichkeit" reduziert und damit erstens eine Auseinandersetzung mit den Ängsten und Sorgen weiter Teile der Bevölkerung unterdrückt und umschifft und zweitens die Nation gespalten. Das angemessenere Begriffspaar wäre "Gäste" und "Gastgeber" gewesen. Das deutsche Volk als Gastgeber hat den Gästen sehr viel Hilfsbereitschaft entgegengebracht und dabei großen Idealismus bewiesen. Aber Sie haben nicht beachtet und deutlich gemacht, daß Gastgeber auch Rechte haben.

Jeder Gastgeber darf bestimmen, wie viele Gäste er in "sein Haus" aufnimmt. Jeder Gastgeber hat das Recht, die Sitten in seinem Haus zu bestimmen. Jeder Gastgeber hat das Recht, eine auf Dauer angelegte Übernahme seines Hauses durch Gäste zu verhindern. Die Gäste haben diese Gastgeber-Rechte zu respektieren und sich im Gastland einzufügen und anzupassen. Wenn dies wegen der "amorphen Masse" der Gäste durch die einzelnen Gastgeber nicht zu bewirken ist, hat dies der Gastgeber-Staat für seine Bürger sicherzustellen. Davon ist unter Ihrer Regierung nichts zu spüren.

Sie dekretieren statt dessen "Deutschland muß sich ändern"

Sie zeigen eine unklare Haltung zur Wahrung der deutschen Identität unseres Volkes. Sie haben 2010 auf dem Deutschlandtag der Jungen Union gesagt: "Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert." Und nun versuchen Sie, der deutschen Öffentlichkeit die Vorzüge der kulturellen Bereicherung durch Zuwanderung zu verkaufen.

Sie wissen sehr wohl, daß Millionen von Neu-Einwanderern ihre Sitten und ihre Herkommens-Kultur nicht abstreifen werden, solange sie in Deutschland in Ghettos leben werden. Sie wissen, daß die Ghetto-Bildung bei einer Zwei-Millionen-Zuwanderung in nur wenigen Jahren unvermeidbar ist. Sie wissen, daß sich Millionen von Einwanderern durch die von uns gewährte Berechtigung zum Familiennachzug in wenigen Jahren weiter aufaddieren werden. Sie wissen, daß der etwa 80 %-Anteil an Muslimen unter den Migranten unseren Rechts- und Moral-Liberalismus für dekadent hält und zu "überwinden" gedenkt.

Sie haben 2000 und danach den CDU Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz mit seiner Vorstellung der "Leitkultur" im Regen stehen lassen und schließen sich heute dem Plädoyer der Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und des Ministerpräsidenten von Bayern für eine Respektierung und Verbindlichkeit der "deutschen Leitkultur" in unserem Land nicht an. Die Vorstellung einer eigenen Leitkultur ist der Kern der Fähigkeit, Zuwanderer zu integrieren. Die Debatte über eine "deutsche Leitkultur" und ihre Verbindlichkeit auch für Zuwanderer war schon im Jahr 2000 gegen den Widerstand etlicher Parteien ein Kraftakt, den Sie hätten bestehen müssen.

Unsere Vorstellungen zur Trennung von Staat und Kirche oder der Gleichstellung von Mann und Frau z.B. haben schon damals nicht alle Einwanderer übernommen. Auch unsere Vernachlässigung der deutschen Sprache in Wissenschaft, Werbung und Musik ist kein Zeichen eigener Wertschätzung, die Einwanderer hätte motivieren können, sofort Deutsch zu lernen. Unsere ständige Selbstdarstellung als vorzugsweise "dunkles Land der finsternen 12 Jahre" und das Übergehen von Jahrhunderten glänzender Kultur und Leistungen zeugt auch nicht von Liebe zu uns selbst.

Einwanderer, die sehen, daß die Deutschen sich im Herzen selbst nicht achten und nicht lieben, wollen sicher nicht zu einem solchen Volk gehören. Sie wollen nur den deutschen Wohlstand.

Sie, Frau Dr. Merkel, haben mit Ihrer Verweigerung der merzschen Leitkultur-Debatte der deutschen Integrationsfähigkeit einen schlechten Dienst erwiesen. Sie sind in dieser heute entscheidenden Frage offensichtlich auch jetzt noch indifferent und damit nach meiner Auffassung in diesen Tagen des Massen-Zustroms von Menschen aus fremden Kulturen als deutsche Bundeskanzlerin ungeeignet.

Sie versuchen, die Mehrbelastungen, die durch den Massen-Zustrom von Migranten auf uns zukommt, zu verbergen und hinter angeblichen Zugewinnen für die deutsche Volkswirtschaft, für die sozialen Sicherungssysteme und das demographische Defizit zu verstecken. Die Mehrkosten, die jetzt mit 10 Milliarden Euro im Jahr angegeben werden, sind eine pure Irreführung der deutschen Steuerzahler.

Die neuen Kosten umfassen weit mehr für Unterkünfte-Sanierungen, Daueranmietungen, Wohnungsbau, Erweiterungen von Schulen, Kitas, Altersheimen und Gefängnissen, Familienunterhalt, Taschengelder, Gesundheitskosten, Familienzusammenführungen, zusätzliches Personal für Schulen, Kindergärten, Arbeitsverwaltungen, Behörden für Flüchtlinge, Polizei, Übersetzer, Sozialarbeiter, Anwälte, Gerichte, Sprachkurse, Altenheime. (Im jüngsten Werbeheft der Bundesregierung "Deutschland aktuell" Heft 4/2015 steht auf Seite 12: "Über 65-jährige Migranten zählen zu den Bevölkerungsgruppen, die am schnellsten wachsen." Danach folgt der Hinweis, daß sich die Pflegeorganisationen auf Fremdsprachen und religiöse Bedürfnisse einstellen müssen.)

Neuere Schätzungen für die zusätzlichen Jahreskosten für Bund, Länder und Gemeinden stehen inzwischen bei 40 Milliarden Euro.

Der Nutzen für die Volkswirtschaft ist ebenfalls relativ. In unserer Wirtschaft einsetzbare Migranten bilden eine sehr kleine Minderheit an geeigneten Arbeitskräften unter den Zuwanderern. Sie nutzen der Wirtschaft. Die Minderbefähigten fallen den Steuerzahlern auf die Tasche. Das ist eine Bestätigung der These von Herrn Lafontaine: "Gewinne privatisieren. Verluste sozialisieren."

Der Zuzug fremder Arbeitskräfte ist auch in anderer Hinsicht fragwürdig. Erstens werden geeignete Arbeitskräfte oft in ihren Heimatländern für die Entwicklung ihrer Volkswirtschaften benötigt. Ihre Abwanderung nach Europa konterkariert unsere Entwicklungshilfe-Bemühungen. Und zweitens dient die heimische Wirtschaft zuerst der Beschäftigung und Ernährung der heimischen Bevölkerung. Wenn die heimische Wirtschaft Arbeitskräfte aus dem Ausland an-

werben muß, ist ihr erster Zweck, die Vollbeschäftigung, erfüllt. Der zweite Zweck, die Gewinnvermehrung, sollte dann gegen die oben aufgezählten Gemeinschaftskosten für den deutschen Steuerzahler abgewogen werden.

Im Übrigen ist der Anteil der jetzigen Migranten, der in die deutsche Wirtschaft eingegliedert werden kann, minimal. Der Versuch in einer mitteldeutschen Großstadt, aus 300 "Asylbewerbern" Kräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, ergab 6 vermittelbare Zuwanderer. In Sigmaringen hat die Wirtschaft über 3.000 in einer Kaserne lebenden, überwiegend jungen Männern Ausbildungsplätze angeboten. 8 Migranten haben vom Angebot Gebrauch gemacht.

Auch wenn der deutsche Arbeitgeberpräsident den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte fordert und dabei offensichtlich mehr an die privaten Gewinne als an die sozialisierten Verluste denkt, warnen Präsidenten von deutschen Industrie- und Handelskammern und solche von Handwerkskammern vor Illusionen über die Eignung von Migranten für die deutsche Wirtschaft. Auch der dänische Arbeitgeberverband hat in diesem Frühjahr eingestanden, daß die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt auf ganzer Linie gescheitert ist.

Das demographische Defizit ist zu erheblichen Teilen in den letzten 40 Jahren selbst verschuldet worden, seit diese Entwicklung punktgenau von demographischen Wissenschaftlern prognostiziert worden ist. Keine deutsche Regierung, auch Ihre nicht, hat den nötigen Anteil aus dem jährlich erwirtschafteten Sozialprodukt in die Förderung von Eheschließungen, Familiengründungen, Geburten, jungen Familien, Kita-Bauten und Kita-Personal investiert. Statt dessen haben Ihre Vorgängerregierungen und Sie Scheckbuchdiplomatie mit dem Geld Ihrer Steuerzahler betrieben. Statt dessen haben wir Gelder in Länder gepumpt, die längst den Status des Entwicklungslandes überwunden hatten. Statt dessen werden bei fast jeder Auslandsreise deutscher Spitzenpolitiker in ärmere Länder Hilfsgelder versprochen.

Statt dessen betreiben Sie auf Kosten Deutschlands Konkursverschleppung in Griechenland. Statt dessen sind wir größter Nettozahler der EU, ohne Rabatte wie das Vereinigte Königreich in Anspruch zu nehmen. Statt dessen wird Gender-Geschlechter-Wahlrecht propagiert, statt den Jungen und den Mädchen die natürlichen Rollen von Vater und Mutter als erstrebenswert nahe zu bringen. Hier liegt ein weites Feld Ihres Versagens.

Das Demographie-Defizit ist zu großen Teilen die Schuld Ihrer Vorgängerregierungen. Aber Ihre offene "Geldbörse" für Zuwanderer beweist, daß das Geld für junge deutsche Familien auch in Ihrer Regierungszeit dagewesen wäre.

Sie haben mit der Seenotrettung von Migranten im Mittelmeer durch deutsche Kriegsschiffe dem Migranten-Strom und dem Schlepper-Unwesen aus Afrika Vorschub geleistet, weil Sie die Anweisung, gerettete Migranten an die nächste nordafrikanische Küste zurückzufahren, unterlassen haben.

Sie haben mit Ihrer Willkommensbotschaft an die Migranten auch eine falsche Botschaft an die eigene Bevölkerung verbreitet. Sie verkünden, die in kurzer Zeit eingewanderten Migranten seien integrierbar. Die dazu ständig wiederholte falsche Botschaft in den Medien erfährt vermutlich eine Bestätigung, wenn nicht sogar Ermutigung, durch das Bundeskanzleramt. Auch wenn ein Teil der jüngst Zugewanderten integrationswillig und integrationsfähig ist - gute Beispiele zeigen das -, so wird eine erdrückende Mehrheit der Zugewanderten sich nicht integrieren und nicht integrieren wollen.

Der begrenzte Wohnungsmarkt und die finanziellen öffentlichen Mittel werden nicht für eine völlige Verteilung der Zugewanderten unter die deutsche Bevölkerung reichen. Es wird zu neuen "Sprachkolonien" und Ghettos führen, in denen sich neben Positivem auch die für uns nicht tolerierbaren Heimsitten erhalten (z.B. Frauenbeschneidungen, Zwangsverheiratungen, Ehrenmorde, Drogenhandel). Die bisherige Ghettobildung in Deutschland (wie in Frankreich und England) zeigt, daß sich Ghettos oft zu Problemstadtteilen entwickeln, in denen keine Integration mehr stattfindet, und in die sich keine deutsche Polizei mehr traut. Bereits jetzt

schon gibt es neue Migranten-Unterkünfte in Kasernen, die nicht mehr von deutscher Polizei betreten werden.

Die intellektuellen Fähigkeiten und das Analphabetentum mancher Zuwanderer erlauben in der Regel weder eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt noch eine wirkliche Integration in die Gesellschaft. Es wird zu einer weiteren unterhaltsbedürftigen Mittellosen-Schicht kommen.

Die Mehrheit der Migranten sind Moslems. Viele von Ihnen verachten unsere liberale Lebensart und lehnen sie dezidiert ab. Sie werden sich aus Überzeugung nicht integrieren.

Bei Zuwanderung in Maßen werden die Sitten des Gastlandes erfahrungsgemäß langsam von den Gästen übernommen. Bei Zuwanderung von Millionen binnen weniger Jahre werden die Unsitten genauso wie die Sitten der Gäste meist als Identifikation mit der alten Heimat beibehalten.

Frau Dr. Merkel, Ihre Hilflosigkeit gegenüber der Masseneinwanderung wird der Sicherheit und dem sozialen Frieden in unserem Land einen dauerhaften Schaden zufügen.

Das alles ist Ihnen bekannt und Sie verschweigen es. Sie spielen die angesprochenen Probleme herunter, weil Sie sie nicht beherrschen. Machen Sie bitte Ihren Platz für einen Politiker frei, der offensichtlich geeigneter zur Lösung unserer augenblicklichen Probleme ist.

Die häßlichen Begleiterscheinungen

Die Mehrheit der Migranten, die zu uns kommen, sind sicherlich angenehme und normale Menschen. Doch mit der massenhaften Zuwanderung von zwei Millionen Personen kommt auch ein Anteil Zwielfichtiger in unser Land, der unseren sozialen Frieden und die innere Sicherheit belastet.

Zu den inzwischen erkennbaren häßlichen Begleiterscheinungen der massenhaften Zuwanderung zählt vieles, was bereits dabei ist, sich in Deutschland einzunisten und zu verbreiten. Die Massen von Migranten bringen nicht nur ihre Not mit sich, der sie hier entfliehen wollen, sondern auch Sitten, die in ihren Kulturkreisen offensichtlich verbreiteter sind als bei uns, oder von denen sie glauben, sie würden in unserem liberalen Lande toleriert. Über alle diese Erscheinungen wird inzwischen vielfach im Internet und von Polizeibeamten und freiwilligen Helfern berichtet, aber sie werden in den deutschen Medien, wie von wunderbarer Hand gelenkt, nicht erwähnt.

Diese häßlichen Begleiterscheinungen sind der "verschwiegene Teil der Wirklichkeit":

- Vergewaltigungen im Umfeld von Migranten-Unterkünften,
- Zwangsprostitution in Migranten-Unterkünften,
- Massenschlägereien zwischen Ethnien, Religionen und Clans mit Knüppeln, Reizgas und Messern,
- Verletzungen und Anpöbeln von Polizistinnen und Polizisten,
- Haustürbettelei,
- Kirchenbesetzungen zum Erzwingen von Kirchenasyl,
- Anpöbeln und Beschimpfen von Passanten als "Sch...-Deutsche"
- Stoßen von deutschen Passanten vom Bürgersteig,
- Angrapschen und Belästigen von Frauen,
- Zertrümmern von Unterkunftsmobiliar, um in eine attraktivere Stadt verlegt zu werden,
- Entweichen aus den von Behörden gestellten Unterkünften, Eisenbahnzügen und Bussen, um der Registrierung zu entgehen,
- lautstarke Beschwerden, wenn die Verpflegung nicht der im Herkunftsland entspricht,
- Beschwerden von Migranten, wenn Sie in Arztpraxen so lange warten müssen, wie deutsche Patienten,
- Weigerung von Migranten, sich von Frauen in Arztpraxen und Behörden dirigieren und beraten zu lassen,
- Massenhafte, nicht bezahlte Einkäufe aus Migranten-Unterkünften im Internethandel,

- Weigerung von Migranten-Gruppen in Geschäften, ihre Einkäufe zu bezahlen.

Daß diese Aufzählung nach bisher gepflegter Regierungskommentierung "ausländerfeindlich" ist, sagt mehr über das Verhältnis der Regierung zur Realität als über die Aufzählung selbst.

Auch wenn, die oben aufgezählten Begleiterscheinungen nur häßliche Ausnahmen sein mögen, so reichen auch die Ausnahmen aus einer Menge von 2 Millionen frisch ins Land gekommener Migranten, um das Klima zwischen Gästen und Gastgebern deutlich zu belasten.

Zu den häßlichen Begleiterscheinungen zählt auch ein bedauerlicher Demokratieverlust in Deutschland. Das sind grobe Verstöße gegen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit und gegen den christlich-abendländischen Wert der Wahrheit. Das ist zweitens ein Vertrauensverlust in die Redlichkeit von Regierung, Parlamenten, Parteien und Medien bei einem erheblichen Teil unserer Bevölkerung.

Die Sorgen und Ängste von Bürgern über die plötzlich gekommenen Belastungen werden als "Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechter Rand" beschimpft. Sie selbst haben mit vielen solchen Bemerkungen das Diskussions-Klima in Deutschland mit vergiftet und das Recht auf freie Meinungsäußerung stranguliert.

Polizisten und Lehrerinnen haben mir über Sprechverbote und Berichtsverbote über Migranten-Verhalten berichtet. Angestellte einer Ladenkette sind aktenkundig belehrt worden, daß sie Warendiebstähle von Migranten nicht melden und berichten dürften, damit die Firma nicht als ausländerfeindlich gelte. Das sind Zustände, die wir sonst bei autoritär regierten Staaten beklagen.

Der Vertrauensverlust resultiert aus der gefilterten und geschönten Berichterstattung über die Schattenseiten der Zuwanderung und die horrenden Ewigkeitskosten für Bund, Länder, Kommunen und Sozialsysteme. Die ganze Lüge beginnt bekanntlich bei der halben Wahrheit.

Naheliegende Gefahren

Bei weiterhin rasch zunehmender Zuwanderung ist abzusehen, daß die hochgesteckten Erwartungen vieler Zuwanderer nicht erfüllt werden. Eine dadurch verursachte Unzufriedenheit wird sich vorhersehbar irgendwann entladen. Jetzt schon zeigt sich, daß es unter verschiedenen Migranten-Gruppen zu gewaltsamen Verteilungskämpfen kommt und zu Forderungen an deutsche Behörden, Hilfsorganisationen, Helfer und Sicherheitskräfte.

Die Gewerkschaft der Polizei weist auf das Entstehen gewalttätiger, krimineller Strukturen in den Migranten-Unterkünften hin. In manchen Kasernen-Unterkünften, die zu Teilen mit Soldaten und zu Teilen mit Migranten belegt sind, lagern auch Waffen und Munition. So ist nicht auszuschließen, daß sich Migranten Zugang zu Waffenkammern verschaffen und ihren Forderungen Nachdruck verleihen. Das würde Bundeswehr und Polizei Probleme bereiten, die sie nach deutschem Recht kaum lösen könnten.

Der Hauptanteil der Migranten sind junge und gesunde Männer, auch wenn die Medien bevorzugt Frauen und kleine Kinder zeigen. Diese Männer haben ihre Frauen in ihren Heimatländern zurückgelassen. Ein Teil von ihnen wird sich irgendwann in Deutschland sexuell bedienen.

Wenn sich die jetzt noch in Kasernen und auf Truppenübungsplätzen konzentrierten Migranten über die Dörfer und Städte verteilen, wird unsere Bevölkerung mit den Gefahren konfrontiert.

Jetzt schon absehbare Folgen

Neben der erwünschten Fachkräfte-Zuwanderung und der selbstverständlichen Aufnahme berechtigter Asyl-Suchender gibt es absehbare negative Folgen und Begleiterscheinungen der derzeitigen Massenzuwanderung.

Sie haben sich mit Ihrem Amtseid verpflichtet "Schaden vom deutschen Volk abzuwenden", also auch rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, daß keine solchen negativen Folgen eintreten.

Diese absehbaren, negativen Folgen sind:

- weitere Migranten-Wellen aus Afghanistan, dem Irak und von Syrern aus der Türkei,
- das Anwachsen von Parallelgesellschaften
- die Zunahme "rechtsfreier Räume", die nicht mehr von deutscher Polizei betreten werden,
- das "Überspringen" bürgerkriegsartiger Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Migranten-Gruppen von ihren Heimatländern auf Deutschland,
- die Zunahme von terroristischen, extremistischen und antisemitischen Gruppierungen in Deutschland,
- die Zunahme der Organisierten Kriminalität,
- die finanziellen Mehrbelastungen für unsere Nachfahrgenerationen als Ewigkeitslasten,
- die Beendigung des Schuldenabbaus in den öffentlichen Haushalten,
- die Überbeanspruchung der Sozialversicherungen,
- die Überlastung des Gesundheitssystems,
- die Wohnraumknappheit in Ballungsgebieten und Mietpreissteigerungen,
- das Verdrängen deutscher minderbefähigter Arbeitssuchender vom Arbeitsmarkt,
- die Mehrbelastung für Schulen und Universitäten,
- das Verdrängen der deutschen liberalen und christlichen Leitkultur,
- das Verbreiten islamischer Rechtsvorstellungen,
- das "Umkippen" der Mehrheitsverhältnisse zwischen alteingesessener und zugewanderter Bevölkerung und zwischen bekennender christlicher und bekennender islamischer Bevölkerung mit den absehbaren Folgen für das Recht und die Sitten in Deutschland.

Fremde Bewertungen

Altkanzlers Helmut Schmidt: "Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag".

Der früherer Richter am Bundesverfassungsgericht Udo Di Fabio: "Was wir heute erleben, ist ja kein Ansturm von Asyl-Berechtigten. Man kann streng genommen auf dem Landweg gar nicht als Asyl-Berechtigter nach Deutschland kommen, weil Artikel 16 (a) des Grundgesetzes die Einreise aus sicheren Drittstaaten nicht zum Asyl rechnet. ... So gesehen erleben wir keinen Ansturm von Asyl-Berechtigten, ... sie sind Einwanderungs-Willige, aber die allerwenigsten davon haben den subjektiven Anspruch auf Asyl, den unser Grundgesetz verspricht."

Ein deutscher Diplomat aus Afrika: "Die aus Eritrea kommenden jungen Männer sind fast alle Wehrdienstverweigerer und Deserteure."

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Reinhard Marx fordert, "Deutschland dürfe keine Insel des Wohlstands werden."

Bischof von Szeged-Csanád (Ungarn) László Kiss-Rigó: "Das sind keine Flüchtlinge. Das ist eine Invasion. Sie kommen hierher mit dem Ruf: Allahu Akbar und wollen uns erobern."

Der Erzbischof von Mossul (Irak) Amel Shimon Nona an Europa: "Unser Leiden ist ein Vorgeschmack darauf, was Ihr erleiden werdet."

Ihre vier Maßnahmen

Sie haben am 4. Oktober 2015 folgende vier Maßnahmen zur Bewältigung der Massenzuwanderung angekündigt:

- Die Fluchtursachen zu bekämpfen. Das wird in Afrika seit 50 Jahren vergeblich versucht. Die dortige Bevölkerungsexplosion mit 30 Millionen Menschen Zuwachs im Jahr wird solche Versuche auch in Zukunft vereiteln.
- Die "gerechte" Verteilung der Migranten auf die Staaten Europas. Das wird die Mehrheit der Staaten aus ihren eigenen Erfahrungen mit fremdnationalen Minderheiten ablehnen.
- Den Zustrom nach Europa begrenzen. Das ist an der Grenze Europas zum Mittelmeer mit den bisherigen Methoden nicht möglich.
- Die Asylverfahren beschleunigen. Das ist ohne Abschaffung der Klagemöglichkeit in drei Instanzen beim Grundrecht auf Asyl nicht durchzusetzen und bei der Masse der Abschiebe-

hindernisse beinahe wirkungslos.

Sie haben offensichtlich keinen Plan, die Völkerwanderung auf den "Routen zu Wohlstand und Sicherheit" endgültig zu beenden und den Zustrom auf Asylanten und Erwünschte zu begrenzen.

Ihre "Maßnahmen" sind Illusionen und Kosmetik. Damit trocknen Sie weder dem Migranten-Strom aus noch werden Sie die Mehrheit der abgelehnten Asylanten eher und überhaupt in ihre Heimatländer zurückführen können.

Ihr Verlangen nach einer europäischen Lösung ist erfolglos und außerdem Ihr Spiel auf Zeit um Ihr politisches Überleben. Sie treiben dies Spiel zu Lasten des deutschen Volks, dessen Interessen Sie vertreten sollten.

Ihr häufig wiederholtes "Wir schaffen das!" läßt Sie wie eine Autofahrerin erscheinen, die sich weigert, in der Sackgasse zu wenden.

Erforderliche Maßnahmen

Ich schlage einer neuen Regierung vor, daß sie erwirkt, daß die Grundgesetzartikel 6 und 16, die Gesetze, UN-Konventionen, EU-Verordnungen und nationalen Verordnungen, die einer Lösung des Migranten-Problems entgegenstehen, wegen des "Wegfalls der Geschäftsgrundlage" bis zur Lösung des Problems ausgesetzt und zu Teilen neu verhandelt und Änderungen beschlossen werden.

Der "Wegfall der Geschäftsgrundlage" besteht im jetzigen europäischen Notstand einer bei Schaffung der Gesetze und Vereinbarungen nicht bedachten Völkerwanderung. Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, daß viele Staaten Europas ähnliche Wege beschreiten wollen. Die Bürger aller nicht-deutschen Staaten sind überdies stärker an nationalen Interessen und ihren nationalen Identitäten interessiert, als die Menschen in Deutschland und in Österreich, die ihre nationale und christliche Identität weitgehend verloren haben. So ist dieses Vorhaben aussichtsreich.

Ich schlage weiterhin vor, die Völkerwanderung zu unterbinden, Schnellverfahren für Asyl-Anträge zu praktizieren, Kriegsflüchtlingen nur aus Kampfgebieten Schutz zu gewähren und die Masse der übrigen im letzten Jahr eingetroffenen Migranten schnellstmöglich zu repatriieren.

Dazu empfehle ich:

- daß die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
- daß das GG so angepaßt wird, daß das im GG garantierte Recht auf Familienzusammenführung und das Recht, Asyl in einem mehrstufigen Gerichts-Instanzenweg zu erstreiten, abgeschafft werden, (Nur so können in der Schweiz Asylverfahren in der Regel binnen 48 Stunden abgeschlossen werden.)
- daß die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- daß die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird, (Australiens Regierung hat in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und bekannt gemacht, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Die australische Marine nimmt Flüchtlings-Boote und –Schiffe "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück.)
- daß Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und daß Angehörige aus diesen Staaten und Gebieten ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden, und daß dies in den Herkunftsländern bekanntgemacht wird,

- daß nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden, nicht aber aus Flüchtlingslagern außerhalb der im Krieg befindlichen Staaten,
 - daß Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, nach Ende der "heißen" Feindseligkeiten wieder ausreisen müssen, wenn sie sich weniger als 5 Jahre in Deutschland aufgehalten haben,
 - daß Migranten und Asylanten nach schweren Kriminaldelikten sofort mit Ihren Familien abgeschoben werden,
 - daß die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird, (Auswahl nach jährlichem deutschem Zuwanderungsbedarf, deutschen Sprachkenntnissen, Berufserfahrung und Bedarf am Beruf in Deutschland, Bildungsstand und Alter. Australien und Dänemark haben ähnliche Aufnahmekriterien)
 - daß Sozialleistungen, außer Witwen- und Waisenrenten, für die im Heimatland der Migranten und Asylanten verbliebenen Familienangehörigen gestrichen werden und
 - daß die Familienförderung bei Eheschließungen im Inland, bei Geburten, Wohnungsbau junger Ehepaare und Anschaffungen von Familienbedarfs-Großgeräten stark angehoben wird.
- Ich bitte Sie nochmals, als Bundeskanzlerin zurückzutreten und einer Lösung des Völkerwanderungsproblems nicht im Wege zu stehen.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

Gerd Schultze-Rhonhof<<

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete im Oktober 2015 (x933/...): >>Der Putsch von oben: Deutschland wurde von US-Merkel gekapert

Wir erleben derzeit den Putsch von oben, eine Zerstörung des Staates durch die Bundeskanzlerin. Es ist an der Zeit, endlich demokratische und rechtsstaatliche Zustände herzustellen.

Von Henry Paul (freischaffender Künstler)

Damit wir uns richtig verstehen. Es geht nicht um eine persönliche Suada gegen eine mir nur hinlänglich bekannte Frau. Es geht mir um eine Verdeutlichung des politischen Zustandes, den die US-hörige Kanzlerin wissentlich, willentlich und vorsätzlich herbeigeführt hat. Frau Merkel hat sich des "souveränen Staates Deutschland" bemächtigt und hat aus diesem Staat ein totalitäres Regime geformt. Leise, still, anhaltend, nachhaltig, hinterhältig.

Der Putsch von Oben. Die Frau, die uns tagtäglich mit "Demokratie-Geschwurbel" vollsäuselt, die uns tagtäglich das "hohe Lied" der "offenen Gesellschaft", einer "notwendigen EU", eines "deutschen Willkommen-Landes" vorplärt, hat das alles getan, um uns zu brainwashen, uns einzuseifen, damit wir von IHR selbst geputscht werden können. Denn das, was sie zur Zeit macht, ist der Putsch von OBEN. Ist die Zerstörung des Staates durch die Kanzlerin.

Skandal wäre eine Untertreibung. Es ist eine Ungeheuerlichkeit was diese Frau da macht. Es ist ein kapitales Verbrechen an den Bürgern des Staates, dem sie als Regierungschefin vorsteht. Es ist die teuflische Umsetzung eines Plans fremder Mächte, denn diese Kanzlette ist noch nicht einmal in der Lage, ihr Handeln gehirntechnisch zu begreifen; sie ist zu dumm dazu.

Sie ist nur eine Marionette, eine Puppe der Umsetzung, eine willfährige Transformations-Agentin, eine Pseudo-Kanzlerin, eine Lügnerin und Volksverhetzerin höchsten Grades. Kein Verbrechen ist schlimmer, als das, was diese Frau derzeit macht: sie zerstört einen angeblich souveränen Staat mitsamt ihren Bürgern.

Sie zerstört ein Volk, daß sich so wohlverhalten hat wie kein Volk seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie zerstört unsere Ordnung, unsere Demokratie, unser Selbstbewußtsein, unser Standing, unsere Ehre, unsere Würde. Sie zerstört Deutschland.

Sie hat geschickt agiert. Sie hat moralisch-psychologische Instrumente geschickt auf Geheiß eingesetzt, um den Großteil der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Gutmenschentum und

allgemeine Menschenrechte wurden benutzt, um Politik, also Verteilung von Machtverhältnissen, auszuhebeln und ein Regime der Allein-Herrschaft auf breiter Front durchzusetzen. Begonnen hat das alles mit ihrem Credo des Durchregierens, fortgesetzt durch das stupide Beamten-Verfahren Schritt für Schritt, orchestriert durch eine rigide, US-amerikanisch untermauerte Total-Zensur aller Medien (Besatzungs- und Kontrollrecht der Presse existiert!) und anhaltende Manipulation des Volkes mit Hilfe von Brot und Spielen (Fußball) sowie den Talk-Shows im Staatsfunk.

Die Verdrehung der politischen Inhalte zu Aperçues in den hinteren Seiten des Feuilletons bei gleichzeitiger Aufmotzung völlig aberwitziger Nebensächlichkeiten und Staatsfunk-Statements hat den Bürgern seit mindestens 5 Jahren eine Regierungsart vorgeführt, die sich im Wesentlichen um die Begriffe "Weltmeister-Export-Nation", "Globalisierungsvorteile", "wir sind die Besten" und "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" schert.

Die Dauer-Berieselung mit den Null-Slogans der EU-Notwendigkeit, der Euro-Zwangsfiananzierung, der Schuldenrettungsarien, der Steuererhöhungen, der Entmündigung aller Bürger zu braven Sofahockern war der teuflische Plan der Dunkelmänner hinter ihr, obwohl sie selbst den Konstrukt einer DDR völlig verinnerlicht und nun zur weiteren Exekution gebracht hat. Wahrscheinlich ist es das einzige was sie wirklich kann.

Deutschland soll komplett untergehen im Strom der unkontrollierten Muslime und Islamisten. Unsere christliche Kultur soll zerstört werden. Unser Volk soll zerstört werden. Unser Land soll uns weggenommen werden. Unsere Demokratie ist bereits aufgelöst, es herrscht der blanke Totalitarismus und die persönliche Diktatur der Frau Merkel und ihrer hundsfüttischen Kamarilla externer Couleur aus Großbritannien, Israel und den USA und indigener Varianz aus Bonn und Berlin. Sie, die Merkel tut nichts, um die Situation zu retten.

Sie darf auch nichts tun. Sie darf nur jeden Tag beschwichtigen, während die 300erter, die Dunkelmänner, die Mafiosi, die Finanzoligarchie, die Militär-Kamarilla, die NATO-Idioten, die grün-, rot- und dunkelrot gefärbten Sozialdeppen und Gutmenschen noch mehr hereinholen wollen.

Damit das Land von innen ersäuft, von innen zerstört wird. All die sogenannten Demokraten und wohlstandigen Bürger, die sich in Parteien organisieren; all die Parteimitglieder und Mandatsträger haben immer noch nicht gerafft, um was es hier geht. Sie sind still und denktot. Sie fördern das System des Willkommens derjenigen, die uns morgen die Kehle durchschneiden. All die Pöstchenbesitzer, Stelleninhaber und Abzeichenträger haben noch nicht kapiert, daß wir bereits im Endspiel um die Total-Niederlage sind. Und das ohne Schiedsrichter. Foul-Spiel heißt das Spiel. Treten, Hacken und Umlegen die Varianten.

Weil unsere eigene Regierung, die eigenen Minister, die eigenen Geheimdienste, die eigene Polizei, die Bundeswehr, die Ministerpräsidenten der Länder, die Kreisvorsitzenden, die Bürgermeister, die Ortsbeiräte noch nicht realisiert haben, daß es zu Ende geht: die kritische Masse der Übernahme ist bereits jetzt erreicht und es kommen immer noch 3-5 mal so viele hinzu.

Die Signale waren und sind laut genug. Clan-Kriminalität, Mord, Totschlag, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung, Gesetzesbruch, Polizisten-Angriffe, Richter-Bedrohungen, Parallelgesellschaft, Sozialbetrug, Arbeitsverweigerung, Dominanz-Brutalität, Einfordern von Privilegierten, Religions-Dominanz, Frechheiten als tägliches Spiel der Invasions-Macht, Bedrohung der Helfer, Vergewaltigung in den Lagern, kriminelles Showdown an täglicher Front.

Das Signal des Totalitarismus ist die Aufforderung von Oben, nicht zu demonstrieren, sondern den "Flüchtlingen" zu helfen. Das ist wie der Befehl zur tätigen Mithilfe für die eigenen Henker. Wer noch einen Funken Verstand hat, sollte ihn jetzt benutzen, jetzt denken, was zu tun ist, jetzt Freunde und Bekannte informieren, sich mit allen Bürgern zusammen tun und gemeinsam unser Vaterland retten.

Meine Ansage hieße: Der Notstand ist da. Widerstand nach Artikel 20 (4) GG ist allen deutschen Bürgern ab sofort erlaubt. Bundeswehr an die Grenzen - die deutschen Grenzen total dichtmachen. Keine Zuwanderung mehr nach Deutschland erlauben - egal wer und woher.<<

Die "Schweriner Volkszeitung" berichtete am 21. November 2015: >>Der Weg von Angela Merkel: Von "Kohls Mädchen" zur Kanzlerin

... Am 16. November 1999 offenbarte Kohl in einem ZDF-Interview, daß er während seiner Kanzlerschaft am Parteispendinggesetz vorbei Millionenbeträge entgegengenommen hatte. Kohl weigerte sich unter Verweis auf sein Ehrenwort, die Geldgeber zu nennen. Ein Ex-Kanzler, der sein Ehrenwort höher stellte als das Gesetz. Da war das Maß wohl voll:

Generalsekretärin Angela Merkel veröffentlichte am 22. Dezember 1999 einen Gastbeitrag in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", in dem sie die Partei zur Abnabelung aufforderte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß ... den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."

Die oft als Quotenfrau aus dem Osten diffamierte Merkel kratzte nicht nur am Denkmal ihres Ziehvaters, sie stieß es um. Was hat sie da geritten? Womöglich war es gerade die Prägung aus DDR-Zeiten: Merkel hatte erlebt, wie ein "Kabinett der greisen Männer", das Politbüro der SED, die losgelöst von der Wirklichkeit "da draußen" die Bodenhaftung längst verloren und sich in einer Scheinwelt eingegelt hatten. ...<<

>>Die stärkste Antwort ... an Terroristen ist, unser Leben und unsere Werte weiter so zu leben wie bisher, selbstbewußt und frei, mitmenschlich und engagiert.<<

Bundestagsrede, 25.11.2015 – x323/65.

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 6. Januar 2016: >>So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland

- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.

- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.

- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.

Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. ...<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 1. Februar 2016 über die Flüchtlingskrise: >>Flüchtlinge kosten Deutschland 50 Milliarden Euro

Das Institut der deutschen Wirtschaft prognostiziert wegen der Flüchtlingskrise hohe Kosten für 2016 und 2017. Vor allem Unterkunft und Verpflegung seien teuer.

Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 knapp 50 Milliarden Euro kosten.

Im laufenden Jahr fielen für Unterbringung und Verpflegung von rund 1,5 Millionen Asylbewerbern 17 Milliarden Euro an, berichtete die *Rheinische Post* unter Berufung auf eine IW-Studie. Hinzu kämen weitere fünf Milliarden Euro für Sprach- und Integrationskurse.

Im kommenden Jahr erhöhen sich die Unterbringungskosten dem Bericht zufolge auf 22,6 Milliarden Euro, wenn die Zahl der Migranten auf 2,2 Millionen steigt. Zusammen mit den Integrationskosten fielen 27,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 an, zitierte das Blatt aus der Prognose des arbeitgebernahen Instituts. ...<<

>>Bei uns leben drei Millionen türkischstämmige Bürgerinnen und Bürger. Das sind Menschen, für die ich mich genauso verantwortlich fühle wie für diejenigen, die schon jahrhundertlang deutsche Wurzeln haben.<<

Bundespressekonferenz zu den Terroranschlägen in Ansbach und Würzburg. 28.7.2016 – x323/29.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 4. November 2016: >>**Rot-rot-grüne Erziehungsdiktatur**

"Schlimmer geht's nimmer?" - Solche Stoßseufzer sollte man in der Politik tunlichst vermeiden, sie werden zu schnell von der Wirklichkeit widerlegt. Wer geglaubt hat, mit dem rot-schwarzen Stillstandssenat der letzten fünf Jahre wäre schon der Tiefpunkt des Regierungsversagens in der deutschen Hauptstadt erreicht gewesen, wird durch die ersten durchgesickerten Details aus dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag eines besseren belehrt.

Denn was unternimmt ein Bundesland, das vom pausenlosen Ansturm der Masseneinwanderung sowieso schon überfordert ist und nicht mehr weiß, wohin mit all den illegalen Einwanderern? Genau: Einen faktischen Abschiebestopp. Nichts anderes bedeutet die Einigung der Scharf-Links-Koalition, Abschiebungen künftig nur noch als "ultima ratio" vorzunehmen.

Wer soll's bezahlen?

Dem Erfindungsreichtum sind keine Grenzen gesetzt: Keine Abschiebungen aus Krankenhäusern und Schulen, keine Trennung von Familien, mehr Wohnungen für illegale "Asyl-Immigranten" (wer soll's bezahlen? Berlin ist faktisch pleite!), und eine "Expertenkommission", die "alle juristischen Möglichkeiten ausloten" soll, "damit Flüchtlinge bleiben können". Selten hat eine Landesregierung die Entschlossenheit zum offenen Rechtsbruch frecher schwarz auf weiß festgehalten.

Daß ausgerechnet CDU-Innenstaatssekretär Bernd Krömer sich darüber echauffiert, ist allerdings eine lustige Ironie. Schließlich hätte ja der CDU-Innensenat auch schon dafür sorgen können, die rund zehntausend abgelehnten Asylbewerber, deren Abschiebung überfällig ist, in ihre Heimatländer zurückzuschaffen.

Rot-Rot-Grün aber sind sogar die gerade mal 1.748 Abschiebungen im laufenden Jahr schon zuviel. Krömer indes verweist fröhlich darauf, daß ja auch der rot-rote Vorgängersinat bis 2011 geltendes Recht schon nicht angewandt hätte. Das Schwarze-Peter-Spiel der organisierten Verantwortungslosigkeit hat Methode, nicht nur in Berlin.

Autofahrer: Lieblingsfeind aller Öko-Ideologen

Mindestens so begeistert wie an der Verhätschelung von "Flüchtlingen" und der von ihnen abhängigen Asylindustrie-Klientel basteln linke Regierungen allerdings an der Erziehungsdiktatur zur Bevormundung entnervter Bürger. Und wer eignet sich dazu besser als die Autofahrer, Lieblingsfeind aller linken und grünen Öko-Ideologen?

Noch weniger Parkplätze, noch mehr Tempo-30-Zonen, noch schmalere Straßen, Ausweitung bereits grandios gefloppter Experimente wie der "Begegnungszonen" mit Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer und noch mehr Park-Abzocke sind nur einige Punkte aus dem genüßlich durchgestochenen Horrorkatalog.

Damit nicht genug: Der Boulevard Unter den Linden soll zur Fußgängerzone werden - nicht nur vor dem wiedererrichteten Schloß, wo eine Verbindung zum Lustgarten sinnvoll wäre, sondern gleich auf der ganzen Länge, damit das Verkehrschaos auf den Parallelstraßen ins Unermeßliche steigt.

Nicht Konjunkturmotor, sondern Subventionsempfänger

Sollen die Berliner doch Fahrrad fahren, die notorisch unpünktliche S-Bahn nehmen oder in den öffentlichen Verkehrsmitteln unerfreuliche Begegnungen mit Taschendieben und gewaltbereiten orientalischen Landnehmern riskieren. Das rot-rot-grüne Spitzenpersonal, das sich so gern mit seiner Liebe zu Fahrrad und U-Bahn spreizt, wohnt ja gediegen und hat im Senato-

renrang nebenher auch Anspruch auf Dienstwagen und Chauffeur.

Ja, aber in London oder Oslo gibt es doch sogar die noch viel strengere City-Maut, rigorose Fahrverbote, oder die Innenstadt ist sogar komplett gesperrt, hört man die politisch korrekten Sekundanten zu Hilfe eilen. Das sind allerdings auch Hauptstädte, deren durchschnittliche Wirtschaftsleistung über dem Rest des Landes liegt.

Berlin aber ist in Deutschland nicht Konjunkturmotor, sondern Subventionsempfänger, dessen künftige linke Regierung nichts dabei findet, aus ideologischen Gründen den wenigen wirtschaftlich Produktiven mit lustvoll ausgedachten Verkehrsschikanen das Leben noch saurer zu machen. Dümmer geht immer.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 21. November 2016 (x1.000/...): >>Ewald Stadler: Merkel ist die Gouverneurin des US-Bundesstaates "Germany"

... Auf seiner letzten Europareise in der vergangenen Woche traf sich der scheidende US-Präsident Barack Obama mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, seiner "wichtigsten Partnerin", wie er sie einst bezeichnete, in Berlin. Dabei würdigte er sie als herausragende Politikerin und sagte u.a. "Wenn ich Deutscher wäre, wäre ich ihr Anhänger".

Während sich Obama als Merkel-Fan outete, bedankte sich die Kanzlerin beim US-Präsidenten für acht Jahre der engen, vertrauensvollen und freundschaftlichen Zusammenarbeit. Diese offensichtlich außergewöhnliche und gute Beziehung zwischen Merkel und Obama, beziehungsweise zwischen Deutschland und den USA, beschäftigte schon vor gut einem Jahr den österreichischen Politiker und ehemaligen EU-Abgeordneten Ewald Stadler.

Nur kam Stadler dabei zu einer etwas anderen Beurteilung, was die Freundschaft zwischen Obama und Merkel betrifft. Daß Stadlers Äußerungen offenbar nicht "mainstreamtauglich" sind, zeigt sich daran, daß die im Anschluß gezeigte Ansprache von Stadler samt seinem damit "verbundenem" YouTube-Konto gesperrt wurde.<<

Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft "DIE FREIE WELT" berichtete am 26. Februar 2017 (x902/...): >>Merkel schafft das "deutsche Volk" ab

"Wir haben uns nicht für die Einheit Deutschlands eingesetzt, um als "Deutsche" beseitigt zu werden."

Veröffentlicht von *Willy Wimmer*

Der Bundeskanzlerin darf man nichts mehr durchgehen lassen. Das hat das deutsche Volk bei der Migrationsentwicklung seit 2015 erfahren können. Die Bundeskanzlerin erhob sich über das Gesetz und verfügte eigenmächtig, wie zu verfahren sei. Seither hat der Deutsche Bundestag in einer All-Parteien-Bewegung die Vorgehensweise der Bundeskanzlerin gestützt. Anstatt Sie wegen der Außer-Kraftsetzung deutschen und europäischen Rechts zur Rechenschaft zu ziehen, hat das Berliner Parlament es hingenommen, unsere Grenzen absolut schutzlos zu lassen.

Wir sind die Eingeborenen von Merkelonien

Die Bundeskanzlerin geht jetzt einen Schritt weiter. Sie schafft das "deutsche Volk" eigenmächtig ab. Wie die Äußerungen der Bundeskanzlerin seit einiger Zeit deutlich machen, geht sie gezielt vor. Unsere Gesetze feigt sie beiseite, denn das "deutsche Volk" sind nun mal die "deutschen Staatsbürger" und nicht alle Menschen, die sich auf dem Territorium Deutschlands aufhalten. Aber wer weiß es denn? Vielleicht wird "Deutschland" durch diese Dame abgeschafft. Anders kann man nicht werten, was die Bundeskanzlerin vor wenigen Tagen auf dem CDU-Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern von sich gegeben hat. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 23. August 2017: >>Gehört Merkel hinter Gitter?

... Eigentlich sollte man meinen, daß der Kanzler-Eid ein rechtskräftig verpflichtender Eid ist

wie jeder andere. Zumal sich Angela Merkel bei ihr passender Gelegenheit selbst auf ihn berufen hat. Am 27. Februar 2012 erklärte sie in Bezug auf die Euro-Rettung und einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone: "Abenteuer einzugehen, verbietet mein Amtseid."

HÖRT, HÖRT!

Ein Verbot ist nach gängiger Rechtsauffassung eine Anweisung zur Unterlassung einer Handlung. Diese Anweisung kann in Regeln, Richtlinien, Befehlen oder Rechtsnormen näher definiert sein, Letztere etwa als gesetzliches Verbot.

Frau Merkel scheint ihren Amtseid selbstherrlich auszulegen. Jedenfalls hat er ihr offenbar nicht "verboten":

- mit dem überhasteten und opportunistischen Ausstieg aus der Kernenergie 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima dem deutschen Volk ganz erheblichen Schaden zuzufügen. Laut Bundesverfassungsgericht steht den Stromversorgern eine "angemessene Entschädigung" zu. Diese beziffern ihren Schaden auf mindestens 20 Milliarden Euro. Den eigentlichen und weit größeren Schaden können alle Stromkunden auf ihrer seit Jahren dramatisch steigenden Stromrechnung ablesen.

Jedenfalls hält es Frau Merkel offenbar mit ihrem Amtseid auch für vereinbar, daß die Bundesregierung mit der illegalen Grenzöffnung fortlaufend gegen geltendes Recht verstößt; daß sie mit der Verpfändung deutscher Sparguthaben zugunsten südeuropäischer Euro-Länder den Schaden und nicht den Nutzen des deutschen Volkes mehrt; daß die Regierung mit der hunderttausendfachen Duldung von Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten auf Kosten deutscher Steuer- und Beitragszahler keinesfalls "Gerechtigkeit gegenüber jedermann" ausübt. Und trägt die Kanzlerin nicht zumindest indirekt politische Mitverantwortung dafür, daß islamistische Terroristen nicht rechtzeitig abgeschoben wurden?

Man reibt sich verwundert die Augen: Wieso wurde Angela Merkel bislang nicht wegen Verletzung ihres Amtseides belangt? Müßte sie - eigentlich - nicht längst im Gefängnis einsitzen? Hat sie doch vor der höchsten Instanz überhaupt - der Vertretung des deutschen Volkes! - feierlich geschworen: "So wahr mir Gott helfe."

Fakt ist: Jeder, der vor einem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages oder eines Landtages falsch aussagt, ob eidlich oder uneidlich, macht sich strafbar. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 10/2021 berichtete im Oktober 2021: >>16

Jahre Merkel: Eine Höllenfahrt

_ von Werner Bräuninger

Die Kanzlerschaft der Rautenfrau wird ein dunkler Fleck in der deutschen Geschichte bleiben. Bilanz eines Systemwandels.

Als farblose Kandidatin war die scheidende Kanzlerin einst angetreten. Nahezu perfekt hatte es die Physikerin verstanden, sich nach der Wende 1989 chamäleongleich anzupassen. Ihr Aufstieg in der CDU vollzog sich zunächst unauffällig und still, ja beinahe klandestin (heimlich). Eine Frau ohne Eigenschaften, Überzeugungen und Werte. Zur richtigen Zeit am rechten Ort, von Helmut Kohl und maßgeblichen Parteigranden gefördert - nur so konnte diese mediokre Gestalt emporkommen.

Lange hatten Freund und Feind Merkels ausgeprägten Machtinstinkt und ihre Chuzpe sträflich unterschätzt. Vor ihrer Bindungs- und Ortlosigkeit, ihrem eigentümlich unausgelüfteten, neutrotisch verklebten Charakter, der Vulgarität ihrer Züge, den trüben Fischaugen und dem Medusenhaften ihres Wesens schien man nur durch den Schild eines Perseus gefeit.

Die ganze Banalität, die sie umgab, zeugte zu keiner Zeit von irgendeiner Würde des Geistes und barg auch kein Geheimnis. Ihre teigige Erscheinung und der lispelnde Sprachgestus eines aufmüpfigen Kindes schienen tatsächlich in einer Korrespondenz zu stehen mit den irren Vabanquespielen, deren unheilvolle Folgen sie den Deutschen jahrzehntelang in selbstherrlich-

ster Manier aufnötigte.

Ihre abgrundtiefe Unkenntnis der deutschen, europäischen und Weltgeschichte und ihr Hofieren der Klima- und Genderhysteriker taten ein Übriges und flankierten die babylonischen Verhältnisse, die bald eintraten.

Die Volksfeindin

Merkel machte Politik für Unpolitische, zugeschnitten auf den herunternivellierten Homo bundesrepublicanus. Ihre eigene Partei entkernte sie bis zur Unkenntlichkeit. Unliebsame Kritiker, wie noch verbliebene Konservative oder christliche Lebensschützer, ließ sie zeitig verbannen und ersetzte sie durch eine Clique ihr ergebener, vornehmlich weiblicher Jasager und dilettantischer Nichtskönner, die der Lebenswirklichkeit der einfachen Menschen völlig entfremdet waren und sich den Staat restlos zur Beute machten.

Mit ihrer gesetzwidrigen Entscheidung, im Sommer 2015 Millionen Fremde ins Land eindringen zu lassen, setzte Merkel eine künstlich erzeugte Völkerwanderung in Gang und gab das definitive Startsignal für den großen Austausch. Und während der ungarische Ministerpräsident die Grenzen seines Territoriums mit fünf Meter hohen Zäunen abriegeln ließ, reißt der endlose Strom einer geduldeten Conquista bis heute nicht ab. Weder das selbstkastrierte Parlament, das ihr diesen frechen, eklatanten Rechtsbruch einfach durchgehen ließ, noch diejenigen, "die schon länger hier leben", hatte sie zuvor befragt. Nach außen hin stets unterwürfig, nach innen verächtlich gegenüber dem Eigenen - so balancierte sie sich über ihre Amtszeit hinweg.

"Ist mir egal", ließ die Chefnihilistin seinerzeit verlauten, "ob ich schuld bin am Zustrom der Flüchtlinge, nun sind sie halt da." Übermütig krächte sie, das Volk sei ja schließlich "jeder, der in diesem Land lebt". Und natürlich: "Wir schaffen das!" Deutschland müsse sich eben "verändern", schwadronierte sie einfältig. Es ist dies der hoffärtige Jargon der einstigen FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda, den sie niemals ablegte. Ungläubig fragt man sich damals wie heute, ob die Handlungen dieser Unseligen wirklich noch aus einer gesunden Geistesverfassung herrühren konnten. Und es zeigte auch, daß sie letztlich nichts anderes war als ein Lakai überstaatlich agierender Pressure-Groups.

Assassinen ziehen seitdem ihre Blutspur durch Deutschland und Europa. Schwer bewaffnete Familienclans in No-go-Areas bestimmen, was Recht ist und was Unrecht. Morde, Vergewaltigungen, Diebstähle, Erpressungen und aufdringliche Okkupation des öffentlichen Raumes sind an der Tagesordnung. Zahlreiche Kindergärten stehen unter islamistischem Einfluß, an vielen Schulen terrorisieren jugendliche Migrantengangs deutsche Schüler, vor allem Christen und Juden sind die Opfer. Eine restlos kaputtgesparte Polizei hütet sich einzuschreiten.

Wir aber sollen zu all dem nach den Worten der Ex-Kanzlerin auch noch ein "freundliches Gesicht" zeigen. Ihr zerstörerischer Plan der Integration von Millionen kulturfremden Migranten ist grandios gescheitert, ebenso ihr brüchiger, auf Erpressung begründeter Pakt mit dem türkischen Wesir. Für die vielen Opfer ihres Tuns - oder besser: ihres Unterlassens - hörte man von ihr niemals auch nur irgendeine Art von Schuldeingeständnis oder ein Wort der Reue. Bis heute scheint Merkel nicht willens, ihre Schuld zu begreifen. Und sie steht wie ein Sinnbild für die Unfähigkeit zu trauern.

Unter dem trügerischen Schein weitgehender Liberalität hatte man in ihrer Ära die übertragene Macht zur Willkür geschändet. Die Deutschen selbst aber tragen einen großen Anteil Mitschuld, denn sie hatten sie in Wahlen mehrfach hintereinander legitimiert und marschierten im Zuge der Lemminge größtenteils freudig mit. Viel zu lange erduldeten sie die schleichende Despotie, begeisterten sich für das Allerfremdeste und schluckten willig alles, was von oben kam. Unter der Ägide der Dauerkanzlerdarstellerin gaben sie ihre ihnen gemäße Art weitgehend auf: ihre religiöse Subjektivität und ihr Rechtsempfinden, ihre soldatischen Tugenden, ihre ästhetischen und musischen Dispositionen. Ihre Potenz jedoch wurde dabei verbraucht.

Die Antidemokratin

Unter Merkels Stabführung mutierte die einst stabile deutsche Demokratie binnen weniger Jahre zu einem Spottgebilde, in dem es keine Luft zum Atmen, zur freien individuellen Entfaltung und ungehinderter Meinungsäußerung mehr gibt. Unter dem Mäntelchen einer universalen Humanitas und vermeintlicher Alternativlosigkeit camouflierte sie ihren Abscheu gegen das Eigene.

Ein System aus Worthülsen hatte sich etabliert, das sich, begleitet von zerschmetterten Werten, über alle Bereiche der euphemistisch bejubelten, gottlosen Zivilgesellschaft erstreckt, assistiert von einem Scheinparlament, in das erst die Alternative für Deutschland wieder abweichende Meinungen einbrachte. Die AfD, das ist eine jener "kleinen Gruppen aus unserer Gesellschaft, die sich anmaßen zu definieren, wer das Volk ist", hieß das in echt Merkelscher Diktion.

Wie von einem unstillbaren inneren Zwang gelenkt, schien sie immer das zu tun, was den Deutschen über viele Generationen hinaus unermesslichen Schaden zufügen würde. Gleich einer Nachtwandlerin, die sich mit entflammtem Streichholz in ein Dynamitdepot begibt, suchte diese Herostratin (Verbrecherin aus Geltungssucht) stets aufs Neue irgend etwas, das Feuer fangen konnte. Während einer Auslandsreise befahl sie in nie zuvor gesehener Hybris gar, daß die demokratische Wahl eines Landesoberen, die ihr nicht genehm war, "rückgängig" gemacht werden müsse. Und sie wurde rückgängig gemacht: ein seit dem Preußenschlag 1932 in Deutschland wohl einmaliger Fall. Das Schlimmste aber war, daß sie sich dabei dennoch als lupenreine Demokratin wähnte.

Ihre im Taumel völligen Mißverständnisses und bar jeder Liebe zu ihrem Volk vollzogene Politik war nicht nur grenzenlos dumm, sondern darüber hinaus unsagbar zerstörerisch. Anders aber als die alten grauen Gestalten im SED-Zentralkomitee im Herbst 1989, die wohl bei aller ihnen innewohnenden Borniertheit und Beschränkung dennoch eine vage Ahnung ihres völligen Scheiterns hatten, fehlten Merkel Größe, Einsicht und Weisheit, welche ihr die Umkehr hätten anraten müssen. Künftige Historikergenerationen werden sich einmal fragen, ob ihre Regentschaft nicht einfach nur ein schauerliches Zwischenspiel der Geschichte gewesen sei. Und ob in ihrer Amtsführung nicht lediglich ein unglückseliger Umstand lag, der einer inferioren Minderbegabung mehr oder weniger durch Zufall das Zepter in die Hand gespielt hatte.

Ruchlosigkeit regierte, niedere Dämonen hatten Einzug gehalten.

Die Pandemie kam ihr am Ende der Amtszeit äußerst gelegen. Sofort nutzte sie die Unsicherheit in der Bevölkerung aus, um ihre Pläne am Parlament vorbei zu mauscheln und notdürftig rechtskonform zu drapieren. Wer sich dagegen wehrte, war plötzlich ein sogenannter Verschwörungstheoretiker. Und bei den Herrschenden in Politik und Medien wurde, ohne jede Hemmung oder Scham, wieder das DDR-Vokabular von der "Zersetzung" und der "staatsfeindlichen Hetze" en vogue.

Die Verfluchte

Die Herrschaft Merkels bedeutete eine tiefe Veränderung für das Seelenheil der zuvor noch halbwegs gesunden deutschen Nation. So glichen diese Jahre einem düsteren Interregnum, in dem die Ruchlosigkeit regierte und niedere Dämonen Einzug gehalten hatten. Mit ihrem baldigen Abgang ist ein bössartiger Bannfluch von diesem Land genommen.

Ihre fürchterliche Bilanz gleich einer Höllenfahrt: Deutschland wurde zu einem Failed State. Europa ist tief gespalten, die Bundeswehr entmannt und die Wirtschaft ruinierte. All dies wird flankiert von denunziatorischem Blockwartmief, Hexenjagden auf Oppositionelle, irrsinnigen Auslandseinsätzen, kultureller Verwahrlosung, hektischem Atomausstieg, Sanktionierung der Homo-Ehe und Genderterror.

Ihr Handeln konnte und durfte kein gutes Ende nehmen - und muß früher oder später juristisch

geahndet werden. Ihr eigenes Volk aber hat sie in einer unklaren Verantwortlichkeit für all ihre Hasardspiele zurückgelassen, und es mag ihr Glück sein, nicht in Zeiten leben zu müssen, in denen verhaßte Potentaten vom Pöbel noch durch die schmutzigen Gassen ihrer Kapitalen geschleift wurden. Kommende Geschlechter aber werden ihren Namen verfluchen.

*Werner Bräuninger (*1965) ist Autor zahlreicher Sachbücher zu Themen der Zeitgeschichte, darunter Claus von Stauffenberg. Die Genese des Täters aus dem Geiste des Geheimen Deutschland" (2002) und "Dux: Mussolini oder der Wille zur Macht" (2018). Zuletzt erschien sein apokalyptischer Roman "Was wir lieben mußten". ...<<*

Schlußbemerkungen

Ich glaube an die Wahrheit; sie zu suchen, nach ihr zu forschen in und um uns, muß unser höchstes Ziel sein. Damit dienen wir vor allem dem Gestern und dem Heute.

Theodor Fontane (1819-1898, deutscher Dichter)

Die französischen und britischen Zeitungen berichteten bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts unentwegt über die vermeintlich angeborene Bösartigkeit und Kriegslüsterheit der Preußen bzw. Deutschen, obgleich die "kriegslüsternden" Deutschen in jener Epoche zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Angriffskriegen und den längsten Friedensjahren zählten.

Infolge der ungeheuerlichen Massenverbrechen des NS-Regimes wurden die Deutschen schließlich mit Hilfe der völkerrechtswidrigen "Kollektivschuld" pauschal zu gemeingefährlichen Menschen erklärt und das gesamte deutsche Volk weltweit zu einem mit beispielloser Schande belasteten "Volk der Täter" degradiert.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges folgten Spaltung und Zwangsverwaltung des Deutschen Reiches sowie die jahrzehntelange Umerziehung und die politische und wirtschaftliche Entmündigung. Diese völkerrechtswidrige Sicherungsverwahrung wurde bis zum heutigen Tag konsequent beibehalten, um die Weltgemeinschaft vor dem angeblich ungemein gefährlichen "Volk der Täter" zu schützen.

Die Deutschen wurden schon nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 systematisch entmündigt, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde damals durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt. Im Jahre 1919 verloren die Deutschen schließlich nach der gewaltsam erpreßten Anerkennung des "Versailler Friedensvertrages" offiziell ihre Freiheit und Selbstbestimmung.

Die Deutschen besitzen seither bis zum heutigen Tag keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt). Deutschland zählt deshalb völkerrechtlich zu den politisch und wirtschaftlich entmündigten Staatsgebilden (Kolonien bzw. Protektorate ohne politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung).

Von Friedrich Ebert bis Angela Merkel waren alle führenden Politiker gehorsame Erfüllungshelfen und willige Handlanger der satanischen Neuen Weltordnung.

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, deshalb sind die bis zum heutigen Tag fortgeltenden geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte der Alliierten bzw. die bisherige Vormundschaft oder die Gebrechlichkeitspflegschaft umgehend zu beenden.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne

Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Um das unwürdige Sklavendasein im gegenwärtigen Vasallenstaat Bundesrepublik Deutschland endlich zu beenden, benötigt Deutschland unbedingt den Abschluß von völkerrechtlich anerkannten Friedensverträgen für den Ersten Weltkrieg (der Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 wurde zweifelsfrei durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungen und war deshalb von Anfang an nichtig bzw. ungültig) und für den Zweiten Weltkrieg (der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 stellt völkerrechtlich keinen Friedensvertrag dar).

Wir müssen unverzüglich zur Vernunft und Wahrheit zurückkehren! In einer Demokratie muß die Staatsgewalt vom Volk ausgehen und darf niemals von irgendwelchen kriminellen NWO-Organisationen und ihren willigen Handlangern dominiert werden.

Erkennt endlich, was die Stunde geschlagen hat, denn die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Basis Deutschlands wurde durch die eigene Regierung bereits derartig destabilisiert, daß sofort gehandelt werden muß. Ohne die Rückkehr zum gesunden Menschenverstand zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne radikale Reformen wird unsere Heimat zwangsläufig zur Hölle auf Erden werden.

Jeder aufrechte deutsche Patriot, der sich mit seinem Volk sowie seinem Heimatland identifiziert und gemäß Artikel 20 (Absatz 4) des deutschen Grundgesetzes Widerstand leistet, kann seine gesamte Existenz oder sogar sein Leben verlieren, aber dieser Einsatz ist letzten Endes gerechtfertigt, wenn man damit seine Heimat vor dem Untergang bewahren und das Schicksal der ewigen Heimatlosigkeit vermeiden kann.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!

Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht, damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien und für unsere Nachkommen bewahren können.

Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften bis zum letzten Atemzug verteidigen, denn wir sind es unseren Vorfahren und unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.07.2021

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 3 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x051/79) = Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985, Seite 79.

| | |
|------|--|
| x017 | Meyers Lexikonredaktion (Hg.): <u>DAS NEUE DUDEN LEXIKON</u> in 10 Bänden. Mannheim 1989. |
| x023 | Maser, Werner: <u>Das Regime</u> . Alltag in Deutschland 1933-45. Berlin 1990. |
| x025 | Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987 |
| x032 | Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Das III. Reich 1933-1939</u> . Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991. |
| x033 | Overesch, Manfred: <u>Das III. Reich 1939-1945</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991. |
| x034 | Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik</u> . Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft – Kultur. Augsburg 1992. |
| x040 | Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges</u> . Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989. |
| x041 | Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege"</u> . Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981. |
| x044 | Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989. |
| x051 | Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985. |
| x054 | Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957. |
| x063 | Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990. |
| x068 | Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996. |
| x069 | Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk</u> . Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967. |

| | |
|------|---|
| x073 | Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> Frankfurt/Main 1986. |
| x074 | Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte.</u> Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994. |
| x076 | Andreae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962. |
| x089 | Ploetz-Verlag (Hg.): <u>PLOETZ.</u> Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999. |
| x101 | Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945.</u> Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990. |
| x106 | Chronik Verlag (Hg.): Chronik des Zweiten Weltkrieges. 1. Auflage. Gütersloh/München 1994. |
| x138 | Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Blitzkriege. München/Köln 1989. |
| x151 | Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996. |
| x154 | Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996. |
| x243 | Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984. |
| x268 | Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld.</u> Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004. |
| x296 | Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe).</u> Braunschweig 1975. |
| x315 | Scheuch, Manfred: <u>Historischer Atlas Deutschland.</u> Vom Frankenreich zur Wiedervereinigung in Karten, Bildern und Texten. Wien 2008. |
| x323 | Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Schwarzbuch Angela Merkel.</u> Originalzitate der Rautenfrau von 1990 bis heute. COMPACT Edition Nr. 3. Werder (Havel) 2016. |
| x345 | Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Freimaurer.</u> Die Verschwörungen eines Geheimbundes. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 23. Werder (Havel) 2019. |
| x361 | Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Wer finanzierte Hitler?</u> Das dunkle Geheimnis der Wall Street. COMPACT-Geschichte Nr. 9. Werder (Havel) 2021. |

Internet

| | |
|--------|---|
| x853 | THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/-index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015. |
| x854 | https://helmutmueller.wordpress.com/2015/09/14/offener-brief-von-generalmajor-gerd-schultze-rhonhof-an-angela-merkel/ - Oktober 2015. |
| x855 | http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/2-offener-brief-von-generalmajor-deshalb-mu3ss-merkel-zum-wohl-des-volkes-zuruecktreten-a1275056.html - Oktober 2015. |
| x859 | http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm - Oktober 2015. |
| x878 | http://www.guntram-von-schenck.de/ – September 2016. |
| x887 | http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016 |
| x890 | https://www.bundestag.de/gg - Januar 2018 |
| x902 | https://www.freiewelt.net/ - Januar 2019 |
| x932 | http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-betreibt-aufloesung-deutschlands.html – Juli 2019 |
| x933 | http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-kapert-deutschland.html – Juli 2019 |
| x943 | https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/ – November 2019 |
| x969 | https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/10/07/volk-oder-bevoelkerung-vonden-quellen-der-deutschen-kultur/ – November 2019 |
| x979 | https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/173925/ende-des-kaiserreichs-27-11-2013 – September 2020 |
| x1.001 | https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") – März 2021 |